



# LIPortal

Das Länder-Informations-Portal

## Serbien

Serbien liegt im Herzen des Balkan. Das Land befindet sich auf dem Weg einer nachholenden Modernisierung, demokratischen Transformation und (Re)Integration nach Europa. Dabei kämpft es mit den historischen Erblasten der zentralen Rolle im gewaltsamen Zerfalls des sozialistischen Jugoslawien in den 1990er Jahren.

- Landesübersicht & Naturraum
- Geschichte & Staat
- Wirtschaft & Entwicklung
- Gesellschaft & Kultur
- Alltag & Praktische Informationen

## Das Länderinformationsportal



*Das Länderinformationsportal*

Im **Länderinformationsportal (LIPortal)** geben ausgewiesene Landesexpertinnen und Landesexperten eine Einführung in eines von ca. 80 verschiedenen Ländern. Das LIPortal wird kontinuierlich betreut und gibt Orientierung zu Länderinformationen im WorldWideWeb. [mehr](#)

## Über die Autorin

Dr. Azra Dzajic-Weber

studierte und promovierte in Germanistik und Slawistik an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie war an verschiedenen Universitäten in der Lehre tätig. Danach war sie viele Jahre in der

Entwicklungsarbeit zu Südosteuropa, Osteuropa und dem Kaukasus für die Heinrich-Böll-Stiftung tätig, unter anderem als Leiterin der Regionalbüros Südosteuropa in Sarajevo. Zur Zeit arbeitet sie als Trainerin für Interkulturelles, Diversitymanagement und Landeskunde sowie als Beraterin für Projektentwicklung. Bei der GIZ ist sie als Landestrainerin tätig. Sie lebt in Berlin.

Über Kommentare und Anregungen freue ich mich.

# Landesübersicht & Naturraum

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Serbien liegt im Herzen der Balkanregion, die politisch heute auch als Westlicher Balkan bezeichnet wird. Es ist zugleich ein wichtiges Transitland zwischen Kleinasien und Westeuropa. Die Donau-Sava-Linie teilt Serbien in eine nördlich gelegene Tiefebene und das gebirgige, südlich gelegene Zentralserbien.



(Quelle: © Salix39, CC BY-SA 4.0)

Offizieller Name

Republik Serbien

Fläche

77.484 km<sup>2</sup> (ohne Kosovo)

Einwohner

6,98 Mio. (2019, ohne Kosovo)

Bevölkerungswachstum

-0,53 % (2018)

Regierungssitz

Belgrad

Amtssprache

Serbisch

Regionalsprachen

Ungarisch, Albanisch, Bosnisch

## Übersichtskarten



*geographische Karte Serbiens (public domain, basierend auf einer UN-Karte)*



*topographische Karte Serbiens (Quelle: Wikipedia; © Captain Blood, CC BY-SA 3)*



geographische Karte Serbiens (public domain, basierend auf einer UN-Karte)



topographische Karte Serbiens (Quelle: Wikipedia; © Captain Blood, CC BY-SA 3)

Weitere Karten ermöglichen einen Eindruck von der **administrativen Aufteilung** Serbiens sowie von ihrer **Topographie**. Eine umfangreiche Kartensammlung bietet außerdem die **Universität Texas**. Einen besonders plastischen Eindruck über die Topographie vermittelt die **Satellitenperspektive**. Einen detaillierten Blick bietet eine **Karte zum Zoomen**.

## Lage und Größe



Lage Serbiens in Europa (Karte: Wikimedia, public domain)

Serbien liegt im Herzen der Balkanregion, die politisch heute auch als **Westbalkan** bezeichnet wird. Es ist zugleich ein wichtiges Transitland zwischen **Kleinasien** und Westeuropa/der EU, wichtige **Autobahn- und Eisenbahnverbindungen** zwischen Westeuropa und **Istanbul** durchziehen Serbien in einer Nord-Süd-Linie. Der Staat Serbien erstreckt sich auf einer Fläche von 77.484 km<sup>2</sup> ohne die ehemalige autonome Provinz **Kosovo** (88.361 km<sup>2</sup> mit Kosovo), dessen Unabhängigkeit es nicht anerkennt. Serbien grenzt im Nordwesten an Kroatien, im Norden an Ungarn, im Nordosten an **Rumänien**, im Osten an **Bulgarien**, im Süden an **Mazedonien**, im Südwesten an das Kosovo (dessen gemeinsame Grenze es als „administrative Grenze“ betrachtet) und im Westen an **Montenegro** und **Bosnien und Herzegowina**.

## Landesimpressionen



*Belgrad aus der Luft gesehen*  
(Quelle: Wikipedia; © Vlada Marinković, CC BY-SA 3)



*Festung Golubac* (Quelle: Wikipedia;  
© Denis Barthel, CC BY-SA 3)



*Region Šumadija* (Quelle: Wikipedia;  
© Стрыжак, CC BY-SA 3)



*Fluss Tara* (Quelle: Wikipedia; ©  
Marko.jhb, CC BY-SA 3)



*Novi Sad* (Quelle: Wikipedia;  
© Wusel007, CC BY-SA 3)



*Orthodoxe Kirche Sveti Sava in  
Belgrad* (Quelle: Wikipedia; © Btt,  
CC BY-SA 3)



*Zentrum von Zrenjanin* (Quelle:  
Wikipedia; © Miste No, CC BY-SA 3)



*Festung Petrovaradin in Novi Sad*  
(Quelle: Wikipedia; © Wolfgang  
Hunscher, CC BY-SA 3)

Schöne Eindrücke von Land und Leuten, in [Kurzfilmen](#) und [Diashows](#) bietet die Webseite der [nationalen Tourismusagentur Serbiens](#).

## Grunddaten

Name: Republika Srbija (Republik Serbien – SR/SER)

Hauptstadt (Einwohner – Volkszählung 2011): [Belgrad](#) - 1.344.844 Einwohner (1,66 Mio in der Region Belgrad)

Großstädte: [Novi Sad](#) 250.439; [Niš](#) 260.237; [Kragujevac](#) 150.835; [Subotica](#) 106.681; [Pančevo](#) 90.776

Zeitzone: MEZ

Geographische Lage: Serbien liegt zwischen dem 46. Und 41. Längengrad Nord und dem 23. Und 18. Breitengrad Ost.

Das [Auswärtige Amt](#), die [UN](#) sowie die [CIA](#) bieten Grunddaten über Serbien. Relevante statistische und Wirtschaftsdaten bieten neben dem [Statistischen Bundesamt](#), der [Weltbank](#) vor allem das

Statistikamt der Republik Serbien.

Aktuelle Satelliten- und Luftbilder bietet Google maps. Weltzeituhr bietet Informationen zu Sommer- und Winterzeitumstellung und weitere Reiseinformationen.

## Naturraum und Umweltprobleme

Serbien besteht aus zwei Landschaftstypen, die durch die Save-Donau-Linie geteilt werden. Der nördlich dieser Linie liegende Landesteil – die Provinz **Vojvodina** - ist Teil der **Pannonischen Tiefebene** mit nur wenigen Erhebungen. Neben dem größten Sumpfgebiet Südosteuropas umfasst diese Region vor allem fruchtbares Ackerland. Das südlich von **Save** und **Donau** gelegene Zentralserbien ist überwiegend gebirgig. Ein Wechsel von Gebirgen, Hochebenen, Flussbeckenlandschaften und Flussebenen verleiht dem Gebiet einen topographisch abwechslungsreichen Charakter. Das in Nord-Süd-Richtung verlaufende Flusssystem der **Morava** zerteilt die 3 Gebirgszüge – das **Dinarische Gebirge**, welches im Nordosten des Balkan an die Alpen anschließt, die **Karpaten** und das **Balkangebirge** in eine westliche und eine östliche Gruppe. Im Westen des Landes bildet die Schlucht des **Drina-Flusses** die Grenze zu Bosnien-Herzegowina. Auf 30 Prozent der Fläche des Landes erstreckt sich **Wald**, 55 Prozent der Landesfläche sind landwirtschaftlich nutzbar.

In Serbien gibt es neben der Provinz verschiedene historische Regionen, die heute keinen offiziellen Status genießen. Die wichtigsten unter ihnen sind die **Šumadija** in Zentralserbien, der **Sandžak**, eine Region im Westen des Landes an der Grenze zu Montenegro und Bosnien-Herzegowina mit einem bedeutenden muslimischen Bevölkerungsanteil sowie die mehrheitlich albanisch bevölkerte Region **Preševo** im Südwesten Serbiens an der Grenze zum Kosovo und zu Mazedonien.

In Serbien sind rund 7.320 km<sup>2</sup> als **National- oder Naturpark** ausgewiesen. Ein Grund dafür besteht auch darin, dass Serbien zu 30 % bewaldet und der Großteil davon naturbelassen ist. Die vielfältige Topographie und die **Artenvielfalt** prägen den besonders schützenswerten Naturraum.

Zu den bekanntesten Nationalparks gehört **Đerdap** sowie der Stausee **Eisernes Tor** an der Grenze zu Rumänien, die zugleich touristische Anziehungspunkte sind. Zu den bekanntesten Gebirgen zählen **Kopaonik** und **Zlatibor**, die Besucher zum Wandern und Skifahren einladen.

### Klima

Das **Klima in Serbien** ist im Norden des Landes bestimmt von Kontinentalklima und im Süden durch gemäßigtes Kontinentalklima. Die Winter sind kalt und schneereich, die Sommer sehr warm bis mitunter sehr heiß.

In der Hauptstadt Belgrad variieren die **durchschnittlichen Tagestemperaturen** zwischen 3 Grad Celsius im Januar und knapp unter 30 Grad im Juli-August, wobei Temperaturen von 40 Grad und mehr im Hochsommer keine Seltenheit sind.

### Umweltprobleme

Der Naturraum Serbiens ist bedroht durch vielfältige **Umweltprobleme**, die vor allem bestimmt sind vom sozialistischen Erbe der Schwerindustrie, eines mangelnden Umweltbewusstseins und der entsprechenden Insuffizienz einer effektiven **Umweltschutzpolitik** mit den dazugehörigen staatlichen Institutionen. Diese Probleme wurden verstärkt durch den Zusammenbruch der Wirtschaft während der Kriege der 1990er Jahre.

Die zentralen Umweltprobleme in Serbien bestehen in hoher **Luftverschmutzung** im Rahmen der Energieproduktion, die zu einem Großteil auf veralteten Kohlekraftwerken beruht. Die **Energieeffizienz** von Heizungssystemen ist niedrig. **Wasserverschmutzung** durch das weitgehende Fehlen von Aufbereitungsanlage für Abwässer der Kommunen wie aus der Industrie, sowie durch

die Flussschifffahrt ist ein weiteres Problem. Die **unzureichende Abfallentsorgung**, insbesondere von giftigen Abfälle stellt ein weiteres Umweltproblem dar.

Ein außergewöhnliches Umweltproblem ist im Mai 2014 durch das **Jahrhunderthochwasser** entstanden. Im Mai kam es infolge außergewöhnlicher intensiver Regenfälle zum schwersten Hochwasser seit 120 Jahren in Serbien (sowie den Nachbarländern Bosnien-Herzegowina und Kroatien). Betroffen war vor allem der Westen des Landes, insbesondere die Kleinstadt **Obrenovac**, deren 30.000 Einwohner komplett evakuiert werden mussten. Durch das Hochwasser wurden landesweit zahlreiche Industrieanlagen überschwemmt. Überschwemmt wurde auch das Braunkohleabbaugebiet **Kolubara**, aus dessen Kohle in serbischen Kraftwerken 50 Prozent der serbischen Stromproduktion gewonnen wird. Ein weiteres Umweltproblem stellten die tausende an verendeten Stück Vieh dar. Eine **Evaluierung der Schäden des Hochwassers** wurde gemeinsam von EU, UN und Weltbank vorgenommen und bildete die Grundlage für ein umfassendes Sanierungsprogramm. Anfang März 2016 kam es zu erneuten **Überschwemmungen** in West- und Zentralserbien. Allerdings fiel das Hochwasser von Ausmaß und Schäden her wesentlich weniger dramatisch aus als in 2014.

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union stehen Serbien umfassende Reformanstrengungen zur **Anpassung von Umweltstandards an die EU** bevor. Diese sind im **Beitrittskapitel 27: Environment and Climate Change** zusammengefasst.

## Sozialraum

Serbien gehört mit einer **Bevölkerungsdichte** von 91 Einwohnern pro km<sup>2</sup> (2017) zu den eher dichter besiedelten Ländern in Europa. Dabei schwankt die Bevölkerungsdichte regional sehr stark. Am geringsten ist sie in ländlichen Regionen des Südwestens und des Südostens Serbiens. Die größte Dichte weist der Ballungsraum der Hauptstadt Belgrad auf.

Von den knapp 7,0 Mio. Einwohner Serbiens leben 52 Prozent in Städten und 28 Prozent auf dem Land. Neben der Hauptstadt **Belgrad**, in der knapp 30 Prozent der urbanen Bevölkerung leben, sind die größten Städte **Novi Sad**, **Niš**, **Kragujevac**, **Subotica** und **Pančevo**.

### Straßennetz

Das **Straßennetz** ist insgesamt 45.290 Kilometer lang. Serbien besitzt 498 mautpflichtige Autobahnkilometer und 136 Kilometer mautpflichtige Halbauto bahnen. Das Straßennetz beinhaltet 2638 Brücken und 78 Tunnel, von denen jedoch nur sehr wenige beleuchtet sind. Die Infrastruktur wird sukzessive ausgebaut. Viele Autobahnen und Schnellstraßen befinden sich in Planung und Bau. Der heutige **Autoput Beograd-Šid**, die Autobahn E 75, ist die wichtigste Autobahnstrecke in Serbien. Sie knüpft an die kroatische Autobahn A3 am Grenzübergang Batrovci an und verläuft dann circa 387 Kilometer süd-östlich Richtung Leskovac. Ein Arm der E 75 führt nördlich von Belgrad in nördlicher Richtung durch die Vojvodina, durch die Provinzhauptstad Novi Sad und weiter bis an die serbisch-ungarische Grenze. Seit einigen Jahren läuft der Weiterbau der E 75 im Süden Serbiens, wo diese bisher in Leskovac geendet hatte. In südlicher Richtung erfolgt der Ausbau der Strecke bis an die serbisch-mazedonischen Grenze; in östlicher Richtung erfolgt der Ausbau bis zur Stadt Dimitrovgrad, und damit bis zur serbisch-bulgarischen Grenze. Der Ausbau beider Strecken soll zunächst bis Ende 2018 abgeschlossen sein, verzögerte sich aber weiter, so dass dieser auch Mitte 2019 noch nicht abgeschlossen war.

Ebenfalls seit einigen Jahren läuft der Bau einer Autobahn von Belgrad ins zentralserbische Čačak. Von dort sind der Bau von zwei Autobahntrassen geplant, die die serbische Hauptstadt mit den Hauptstädten Montenegro, Podgorica, sowie Bosnien-Herzegowinas, Sarajevo verbinden. Sowohl der Ausbau der E 75 (der sog. Korridor 10) Richtung Mazedonien und Bulgarien wie der Autobahnneubau Richtung Bosnien-Herzegowina und Montenegro sind Teil des, von der EU geförderte Ausbaus des

europäischen Autobahnnetzes in Südosteuropa.

Im Rahmen des begonnenen Normalisierungsprozesses zwischen Serbien und Kosovo ist außerdem der Bau einer Autobahn von der südserbischen Metropole Niš in die kosovarische Hauptstadt Prishtina angedacht, bzw. der 77 km lange Abschnitt von Niš bis zum Grenzort Merdare – auf kosovarischer Seite ist der Bau der Autobahn bis in die Hauptstadt Prishtina bereits abgeschlossen. 2017 kündigte die serbische Regierung den **Beginn des Autobahnbaus** im serbischen Abschnitt für 2018 an. Dieser verzögert sich allerdings weiter. Zunächst war der Baubeginn für Anfang **2019** angekündigt. Mittlerweile ist er für den Herbst 2020 geplant, nachdem die serbische Regierung im September 2019 mit der Europäischen Entwicklungsbank ein **Kreditabkommen** für den ersten Bauabschnitt unterzeichnet hatte. Mit der Fertigstellung der Autobahn wird die Anbindung des serbischen Korridors 10 an Albanien bis zur Hauptstadt Tirana und weiter zur Hafenstadt Drac geschaffen.

### Schienennetz

Serbien besitzt 3809 Kilometer Eisenbahnstrecken. 1364 Kilometer davon sind elektrifiziert. Wichtigste Fernverkehrsbahnhöfe sind Belgrad, Novi Sad, Niš und Subotica. In Teilstücken wird die Verbindung momentan zur Schnellfahrstrecke ausgebaut, ein durchgehender Ausbau für den Hochgeschwindigkeitsverkehr ist in Planung. Neben den Inlandslinien betreiben die **Eisenbahnen Serbiens** Verbindungen von Belgrad nach Bar (Montenegro), Istanbul und in mehrere EU-Länder, u. a. nach Sofia sowie Budapest mit Kurswagen nach München, Zürich und Wien.

### Wasserwege

Die Binnenschifffahrt ist ein wichtiger Verkehrsträger. An der Donau, Save und Theiß gibt es viele **Flusshäfen** für **Passagier- sowie Gütertransport**. Über die Donau gibt es eine Wasserverbindung zum Schwarzen Meer. Entlang der Donau befinden sich einige Schiffswerften. Belgrads internationaler **Passagierhafen** befindet sich auf der rechten Flussseite des Savaflusses.

### Flugverkehr

Für den Flugverkehr spielt der internationale **Flughafen „Nikola Tesla“ Belgrad** die wichtigste Rolle. Direktverbindungen mit Deutschland bestehen nach München, Stuttgart, Köln, Düsseldorf und Berlin (der Flugverkehr mit Deutschland ist aktuell Corona-bedingt eingeschränkt). Im Januar 2018 hat die serbische Regierung den Zuschlag für den Betrieb des Hauptstadtflughafens an die französische Unternehmensgruppe Vinci erteilt. Für die auf 25 Jahre laufende **Konzession** zahlte Vinci 501 Millionen Euro und versprach Investitionen von über 700 Millionen Euro. Daneben gibt es noch den internationalen **Flughafen „Konstantin Veliki“ in Niš**, der seit einigen Jahren von europäischen Billigfluggesellschaften angefliegen wird. Im Juli 2018 entschied der Stadtrat von Niš, trotz monatelanger Bürgerproteste, die **Verwaltung des Flughafens** an den serbischen Staat zu übertragen.

Daneben bestehen noch der **Flughafen Ponikve** in Užice und Morava bei Kraljevo, letzterer ist auch Militärflughafen. Beide werden seit Jahren renoviert und ausgebaut, angeblich auch für zivile Nutzung und für internationaler Flüge.

Die einzige nationale Fluggesellschaft ist die staatliche JAT Airways. 2013 ist die Fluggesellschaft **Etihad Airways** aus den Vereinigten Arabischen Emiraten bei der serbischen Fluggesellschaft eingestiegen, die seitdem den Namen **Air Serbia** trägt und erheblich modernisiert wurde.

## Nationale Symbole

# Flagge



(Quelle:  
[www.srbija.gov.rs/pages/  
imageblock\\_popup.php](http://www.srbija.gov.rs/pages/imageblock_popup.php),  
public domain)

Die **Flagge Serbiens** zeigt die Farben Rot, Blau und Weiß (panslawische Farben) in waagerechter Anordnung. Die heutige Ausführung der Flagge (mit Wappen und Krone) wurde am 17.08.2004 eingeführt. Sie geht auf das 19. Jahrhundert zurück, das serbische Königreich.

# Wappen



(Quelle:  
[www.srbija.gov.rs/pages/ar  
ticle.php](http://www.srbija.gov.rs/pages/article.php), public domain)

Das Wappen Serbiens stammt in seiner heutigen Form aus dem 19. Jahrhundert. Seine Wurzeln hat es jedoch im frühen Mittelalter - der Doppeladler geht auf das Byzantinische Reich zurück. Die im 8./9. Jahrhundert gegründeten serbischen Staaten Zeta und Raschka (Raszien) waren Lehen des Byzantinische Reichs, die 1117 zum Fürstentum Serbien zusammengefasst wurden. Dieses erlangte 1180 die Unabhängigkeit. Die serbische Heraldik mit dem Doppeladler erinnert an die Heraldik des Byzantinischen Reichs.

# Nationalhymne "Bože Pravde"

Bože Pravde (Gott der Gerechtigkeit) ist die Nationalhymne von Serbien. Der Text wurde 1872 von **Jovan Đorđević** und die Musik von **Davorin Jenko** geschrieben. Bože Pravde wurde erst mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung am 30. September 2006 zur offiziellen serbischen Nationalhymne. Bože Pravde war die Nationalhymne des Königreichs Serbien (1882-1918) und Teil der Nationalhymne des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (1918-1945; seit 1929 Königreich Jugoslawien). Die **aktuelle Version** ist eine Adaption des ursprünglichen Textes ohne die Bezugnahme auf die Monarchie.

serbisch:

Bože pravde, ti što spase  
od propasti do sad nas,  
čuj i od sad naše glase  
i od sad nam budi spas.

Moćnom rukom vodi, brani  
budućnosti srpske brod,  
Bože spasi, Bože hrani,  
srpske zemlje, srpski rod!  
Srbiju nam Bože brani,  
moli ti se srpski rod!

Složi srpsku braću dragu  
na svak dičan slavan rad,  
sloga biće poraz vragu  
a najjači srpstvu grad.

Nek na srpstva blista grani  
bratske sloge zlatan plod,  
Bože spasi, Bože hrani  
srpske zemlje, srpski rod!  
Srbiju nam Bože brani,  
moli ti se srpski rod!

Iz mračnoga sinu groba  
srpske slave novi sjaj,  
nastalo je novo doba,  
novu sreću Bože daj.

Srbiju nam Bože brani,  
pet vekovne borbe plod,  
Bože spasi, Bože hrani,  
srpske zemlje, srpski rod!  
Srbiju nam Bože brani,  
moli ti se srpski rod!

deutsch:

Gott der Gerechtigkeit, der du gerettet  
vor dem Untergang uns bis jetzt,  
hör auch von nun an unsere Stimmen  
und sei von nun an unsere Rettung.

Mit mächtiger Hand führe, verteidige  
der serbischen Zukunft Schiff,  
Gott rette, Gott ernähre,  
serbische Länder, serbisches Geblüt!  
Gott beschütze Serbien unser,  
bittet dich dein serbisches Geblüt!

Einige die teuren serbischen Brüder  
auf jedes prächtige (ein) ruhmreiches Werk,  
Einigkeit wird des Gehörnten Niederlage sein  
und des Serbentums stärkste Feste.

Möge über Serbien erstrahlen der Glanz  
der brüderlichen Eintracht golden Frucht,  
Gott rette, Gott ernähre,  
serbische Länder, serbisches Geblüt!  
Gott beschütze Serbien unser,  
bittet dich dein serbisches Geblüt!

Aus finsterem Sohnes Grab  
leuchtet des serbischen Ruhmes neuer Schein,  
angebrochen ist eine neue Zeit,  
neues Glück, gib uns Gott.

Serbien, das verteidige uns Gott,  
aus fünf Jahrhunderten Kampfes Frucht,  
Gott rette, Gott ernähre,  
serbische Länder, serbisches Geblüt!  
Gott beschütze Serbien unser,  
bittet dich dein serbisches Geblüt!

(Quelle: Wikipedia)

# Geschichte & Staat

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Die serbische Geschichte war geprägt durch die geographische Lage des Landes zwischen Orient und Okzident. Serbien erlangte als erste osmanische Provinz auf dem Balkans im 19. Jh. staatliche Unabhängigkeit. Das Land spielte eine zentrale Rolle bei der Gründung des 1. und des 2. Jugoslawien und hatte eine Schlüsselrolle inne beim kriegerischen Zerfall Jugoslawiens.



(Quelle: © Zoran Žestić, CC-BY-SA 4.0)

Tag der Unabhängigkeit  
05. Juni 2006

Staatsoberhaupt  
Aleksandar Vučić

Regierungschef  
Ana Brnabić

Politisches System  
parlamentarische Demokratie

Demokratie Status- Index (BTI)  
Rang 36 (von 137 - 2020)

Korruptionsindex (CPI)  
Rang 91 (von 180 - 2019)

## Mittelalter, osmanische Herrschaft



*Serbisches Königreich,  
Mittelalter (Quelle: Wikipedia,  
public domain)*

Serbiens mittelalterliche Geschichte war geprägt von der Errichtung eines serbischen Königreichs und dem späteren Fall unter osmanische Herrschaft, die bis in das 19. Jahrhundert andauern sollte. Im 6. Jahrhundert siedelten sich slawischer Völker, aus dem Norden kommend, auf dem Gebiet des heutigen Serbien an, das damals zu Byzanz, dem oströmischen Reich gehörte. Die serbischen

Herrscher **Stefan Nemanja** und **Stefan II.** errichten zwischen 1184 und 1216 im Südbalkan ein serbisches Fürstentum und lösten sich von **Byzanz**, 1217 wurde es ein Königreich. Eine eigene serbisch-orthodoxe Kirche entstand. Das Königreich Serbien expandierte im 14. Jh. auf das Gebiet des späteren Kosovo, beeindruckende Klöster und Kirchen wurden im byzantinischen Stil (**Gračanica**, **Dečani**, **Peć**) errichtet und das Reich erlebte seine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit. Das Zentrum des Reichs lag im heutigen Kosovo. **König Stefan IX. Dušan** vergrößerte das Reich um Makedonien und Thessalien und nahm 1346 den Zarentitel an.



*Osmanische Provinz Serbien  
(Quelle: Wikipedia; © PAKKO,  
CC BY-SA 3.0)*

Nach der Niederlage der Serben gegen die Osmanen (Türken) in der **Schlacht auf dem Amselfeld** (Kosovo polje) im Jahr 1389 zerfiel das großserbische Reich. Die genauen Details der **militärischen Auseinandersetzung** sind bis heute unklar. Ungeachtet dessen wird dieses Ereignis im 19. Jh. zum **Gründungsmythos** des serbischen Nationalismus, welcher später im Vorlauf zu den Balkankriegen der 1990er Jahre seine Wiederbelebung erfahren sollte. Nach weiteren Schlachten wird Serbien 1459 Provinz des Osmanischen Reiches. Mitte des 16. Jahrhunderts steht der gesamte Balkan bis hinein nach Mittelungarn unter Osmanischer Herrschaft.

Das osmanische Gesellschaftssystem war erstens geprägt von einer Tradition des multireligiösen Nebeneinanders, das durch die Institutionen des **Millet-Systems** gesichert ist. Es garantiert nicht-muslimischen Gemeinden Autonomie und ermöglicht so die Bewahrung der serbischen Kultur und orthodoxen Religion, der volkstümlichen Erzählungen über das serbische Königreich, welche später die Basis nationaler Geschichtsschreibung werden. 1557 kommt es zur Wiedererrichtung des autokephalen serbisch-orthodoxen **Patriarchats von Peć**, das zum Zentrum der serbischen Orthodoxie aufsteigt. Im 16. Und 17. Jahrhundert kommt es zur allmählichen Islamisierung vor allem der städtischen Bevölkerung - die meisten Serben halten am orthodoxen Christentum fest. Zweitens prägte die osmanische Herrschaft ein im Vergleich zu Westeuropa wesentlich „milderes“ Feudalsystem mit Pachtrechten für die bäuerlichen Kmeten und relativ niedrigeren Abgabenlasten. Seine Krise führt ab dem 18. Jh. zu einer Modernisierungsblockade und zu Bauernaufständen der serbischen, ländlichen Bevölkerung. 1689/90 dringen Habsburger Truppen zeitweilig bis in das Kosovo vor, albanische und serbische Aufständische schließen sich ihnen an. Nach der militärischen Niederlage flüchteten sie mit den österreichischen Truppen, was die stattfindende serbische Migration aus dem Gebiet des Kosovo ins heutige Kernserbien beschleunigt. In der mythisch-nationalen Geschichtsschreibung wird dieses Ereignis später als **Große Wanderung** (seobe) bekannt. Es kommt zu weiteren Habsburger Vorstößen im 17. Und 18. Jh. und zur vorübergehenden Einnahme von Belgrad.

# Serbischer Staat und 1. Jugoslawien



entstehende serbische Staat, 19. Jahrhundert



(Quelle bd. Karten: Wikipedia; public domain)



entstehende serbische Staat, 19. Jahrhundert



(Quelle bd. Karten: Wikipedia; public domain)

Im 19. Jahrhundert erlangte das serbische Volk als erstes der südslawischen Völker die (de facto) staatliche Unabhängigkeit und dominierte infolgedessen zu Beginn des 20. Jahrhunderts den ersten gemeinsamen Staat. Im Jahr 1812 führten mehrere Aufstände der bäuerlichen serbischen Bevölkerung unter dem Anführer Fürst Karađorđe und mit Unterstützung Russlands dazu, dass Sultan Mahmud II. der Provinz Serbien die Teil-Autonomie zugestand; 1830 folgte die formelle Selbstverwaltung unter Fürst **Miloš Obrenović**. In Rahmen der staatlichen Neuordnung des Balkanraumes erhält Serbien 1877/78 auf dem Berliner Kongress die staatliche Unabhängigkeit. Fürst Obrenović erklärt das Land 1882 zum Königreich, er wird sein erster König – es beginnt eine Königsfolge der beiden Dynastien Obrenović und Karađorđević, die bis zum Zweiten Weltkrieg andauern wird. In den Balkankriegen von 1912/13 erobern serbische und montenegrinische Truppen Kosovo, Mazedonien und Nordalbanien. Dabei kommt es historisch zu den ersten Formen von „**ethnischen Säuberungen**“. Am Kriegsende billigen die europäischen Großmächte ein zuvor ausgerufenes albanisches Fürstentum, allerdings ohne die Gebiete Kosovo und Mazedonien, wo die Hälfte aller Albaner leben. Der erste serbische Staat der Moderne ist geprägt von eine breiten bäuerlichen Bevölkerung, der Dominanz des Staats durch eine entstehenden Militärbürokratie und eine noch dünnere Bildungsbürgerschicht. Seine Vertreter, etwa der Sprachreformer **Vuk Karadžić**, importieren die Idee der „Nation“ aus Westeuropa in den weitgehend vormodernen serbischen gesellschaftlichen Kontext. Dort nimmt der Nationalismus dominierend völkisch-reaktionäre Formen an, mit hegemonialen Tendenzen gegenüber anderen ethnischen Gruppen in der Region, zu denen sich Anfang des 20. Jhds. rassistische Untertöne gesellen. Staatsbürgerlich orientierte Nationskonzepte bleiben marginal. Erste Ansätze eine parlamentarischen Demokratie bleiben angesichts der mangelnden Zivilität schwach.



Serbien im 1. Jugoslawien, 1918 (Quelle: Wikipedia; public domain)

Am 28. Juni 1914 töten Mitglieder der serbischen Terrorgruppe „**Schwarze Hand**“ den österreichischen Kronprinz Franz Ferdinand im bosnischen Sarajevo bei einem Attentat, Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg - der Beginn des Ersten Weltkriegs. Auf dem Kosovo zwingen 1915 österreichische Truppen das serbische Heer nach Süden ab und werden dabei von der albanischen Bevölkerung unterstützt; nach der Niederlage Habsburgs und der Rückkehr der Serben kommt es zu blutigen Racheakten an Albanern. Im sich abzeichnenden Zusammenbruch der Donaumonarchie kommt es zu politischen Verhandlungen um einen Zusammenschluss der Südslawen; südslawisch-föderale und großserbische Staatskonzepte treffen aufeinander. 1918 wird das "Vereinigte Königreich der Serben, Kroaten und

Slowenen" (dazu gehören auch Bosnien-Herzegowina und Mazedonien), das 1. Jugoslawien unter Führung der serbischen Dynastie ausgerufen.



*Jugoslawien 1929 nach der Aufteilung in Banowinas (Quelle: Wikipedia; public domain)*

Durch die serbische Hegemonie sind Konflikte zwischen Serben und Kroaten und zwischen den unterschiedlichen Konfessionen vorprogrammiert. Die Verabschiedung der zentralistischen „Vidovdan-Verfassung“ 1921 verschärft den politisch den Staat dominierenden serbisch-kroatischen Verfassungskonflikt, der 1928 in der Erschießung des Führers der Kroatischen Bauernpartei **Stjepan Radić** im Parlament in Belgrad und der Spaltung der Volksvertretung eskaliert. Instabilität von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind bedingt durch das Erbe unterschiedlicher Feudalsysteme, von Rückständigkeit und konfligierenden Nationalismen, v.a. der Serben und Kroaten. Dieser Zustand wird auch nicht verbessert durch das Einschreiten des Königs Aleksandar Karađorđević, der 1929 die Verfassung suspendiert, den Staat mit Hilfe des Militärs in eine Königsdiktatur unter dem Namen "Königreich Jugoslawien" umwandelt und eine willkürliche Neugliederung des Landes in sog. **Banschaften (banovinas)** vornimmt. In der chronischen Schwäche von Staat und Politik stürzt die Regierung 1941 nach dem Beschluss des Beitritts zum Dreimächtepakt Deutschland, Italien und Japan. Der Staatsstreich in Belgrad führt zum Angriff der **Achsenmächte** auf Jugoslawien, das Land versinkt im Chaos des Zweiten Weltkriegs.

## 2. Weltkrieg und sozialistisches Jugoslawien



*Das sozialistische Jugoslawien und seine föderalen Einheiten (Quelle: Wikipedia; © Decius, CC BY-SA 3)*

Jugoslawien wird durch Truppen der Achsenmächte aus Deutschland, Italien, Bulgarien und Ungarn besetzt. In Kroatien und Bosnien-Herzegowina errichtet das Nazi-Regime den Quislingstaat NDH – **Freier Staat Kroatien** unter formaler Führung der extremistischen kroatischen Splittergruppe Ustascha. In Serbien, das von deutschen und bulgarischen Truppen besetzt ist wird ein faschistisches Quislingregime unter **Dimitrije Ljotić** errichtet. Aus der Errichtung von Konzentrationslagern und der Verübung von Massenmord an Juden, Roma und Serben auf dem Gebiet des NDH entwickelt sich eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt. Sie gestaltet sich als bewaffneter Konflikt zwischen kroatischen Ustascha, serbisch-royalistischen Tschetniks und der zunehmend dominierenden Partisanenbewegung der kommunistischen jugoslawischen Partei unter ihrem Anführer **Josip Broz Tito**, sowie als Kampf der Partisanen und teils der Tschetniks gegen die Besatzungsmächte. Mit dem Rückzug der Wehrmacht 1944 und trotz des nachfolgenden Einmarsches der Roten Armee gelingt den jugoslawischen Kommunisten in Jugoslawien als einzige in Osteuropa die Machterlangung aus eigener Kraft, und nicht als Folge sowjetischer Besatzung. Unter Tito's Führung wird das 2. Jugoslawien, die Föderative Volksrepublik Jugoslawien gegründet, die später

umbenannt wird in Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ); sie besteht aus den 6 Republiken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien. Tito wird später zum Präsidenten auf Lebenszeit gewählt werden. Es folgt die schnelle Verdrängung der alten bürgerlichen Parteien und die Errichtung eines Einparteienregimes nach stalinistischem Vorbild. Serbien bekommt, ebenfalls gemäß dem sowjetischen Vorbild zwei autonome Regionen Kosovo und Vojvodina als institutionelle Absicherung gegen die historisch existierenden Hegemoniebestrebungen im sozialistischen Vielvölkerstaat.

Über der Weigerung der jugoslawischen Kommunisten, sich wie im Rest Osteuropas zum sowjetischen Satellitenstaat degradieren zu lassen kommt es 1948 zum historischen Bruch Belgrads mit Stalin. Aus der Not internationaler Isolation beginnt das Regime den Weg in einen eigenen Sozialismus, der später als Arbeiterselbstverwaltungssozialismus betitelt wird. Ab 1950 beginnen Reformen hin zu betrieblicher Mitbestimmung der Arbeiter in den in „Gesellschaftseigentum“ übergehenden Staatsbetrieben. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wird nach ersten bäuerlichen Widerständen aufgegeben und der private Landbesitz toleriert. Die in Belgrad zentralistisch konzentrierte Macht in Partei- und Staatsapparat wird sukzessive auf die Ebene der Republiken und autonomen Provinzen dezentralisiert. Jugoslawien und in ihm auch Serbien durchlebt in den 1960er Jahren eine liberale Phase in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Jugoslawien erfährt eine rasante Modernisierung von einer zunächst stark agrarisch-traditionell geprägten zu einer zunehmenden modernen Industriegesellschaft. Beides zusammen ergibt den Yugoslav way of life.

Doch die Entwicklung eines alternativen Sozialismus bleibt relativ. Die Dezentralisierung der Macht in einer anfangs noch weitgehend agrarisch-ungebildeten Gesellschaft führt nicht zur propagierten Demokratisierung, sondern zur autoritären Machtkonzentration auf der parteistaatlichen Ebene der föderalen Einheiten, welche die zentrifugalen Kräfte in Jugoslawien stärken. Zugleich bleiben viele ökonomische Irrationalitäten der sowjetischen Planwirtschaft bestehen. Das Regime behilft sich durch pragmatische, „unsozialistische“ Lösungen wie die Öffnung zum kapitalistischen Westen, Westkredite und die Öffnung für am Ende 1 Millionen jugoslawischer **Gastarbeiter** nach Westeuropa (Deutschland, Österreich, Schweiz u.a.), deren familiäre Transferzahlungen das Land sozial stabilisieren, ohne dass die Strukturprobleme des jugoslawischen Sozialismus eine Lösung finden. Ethnizität wird nach sowjetischem Vorbild in der sozialistischen Nationalitätenpolitik als Instrument zum Aufbau einer neuen Gesellschaft von oben instrumentalisiert und gefördert, durch den zunächst rein formalen föderalen Staatsaufbau und die Affirmation vormals marginalisierte ethnischer Gruppen zu gleichberechtigten Völkern wie der Mazedonier und der bosnischen Muslime. In der Entwicklung des liberaleren jugoslawischen Sozialismus jedoch wird ethnischer Nationalismus von den Republikführungen missbraucht zur Stärkung ihrer Macht, was in der Experimentierphase der 60er Jahre Jugoslawien an den Rand des Zusammenbruchs führt. Nach dem Entstehen von der Zagreber Partei- und Staatsführung geförderten

nationalen Protestbewegung in Kroatien, dem sog. **kroatischen Frühling** setzt Tito die liberalen Partei- und Staatsführungen in Kroatien und Serbien ab, zugleich wird 1974 in der letzten jugoslawischen Verfassung der Stand an Dezentralisierung der Macht und Kompetenzen aus den 60er Jahren festgeschrieben. Serbiens Stellung innerhalb Jugoslawiens ist geprägt davon, dass die Republik aufgrund der spezifischen institutionellen Konstruktion als einziges direkt mit der Idee Jugoslawiens identifiziert bleibt, während sich gleichzeitig –außer in der kurzen Phase unter der liberalen Partei- und Staatsführung- keine Affirmation der Republikstaatlichkeit entwickelt. Kosovo, indem nach Unterdrückung der albanischen Mehrheitsbevölkerung 1966 eine Verschiebung der Machtdominanz von den Serben auf die Albaner stattfindet, durchlebt die zunehmende Stärkung seiner Eigenständigkeit, ohne dass diese institutionell, etwa durch einen Republikstatus, wie erstmals 1968 von albanischer Seite gefordert, aufgelöst wird.

1980 stirbt der Staats- und Parteichef Marschall Tito. 1981 brechen Unruhen auf dem Kosovo aus, wo politische Forderungen nach einem Republikstatus für die autonome serbische Provinz auf die Straßen getragen werden – der Beginn der offenen Systemkrise des sozialistischen Jugoslawiens.

## Ethnisierender Zerfall, Jugoslawienkriege

Mitten in der Erstarrung der sozialistischen Systems und fortschreitender Wirtschaftskrise Mitte der 1980er Jahre wird der junge, energische Parteivorsitzender der Hauptstadt Belgrad, **Slobodan Milošević**, 1987 zum neuen Vorsitzenden der serbischen Kommunisten gewählt, 2 Jahre später wird er auch Republikpräsident Serbiens. Es beginnt ein **einzigartiger Machtaufstieg**. Von Serbien aus versucht Milosevic durch populistische sozialistische und serbisch-nationalistische Massenmobilisierung nach der Macht in Jugoslawien zu greifen. Er affirmiert das 1986 vom Regime bekämpfte **Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften (SANU)** – ein Papier mehrerer Akademiemitglieder, das die komplizierte institutionelle Stellung der Republik Serbien in ein ethno-nationalistische Programm umdeutet. Mit organisierten „spontanen“ Massendemonstrationen stürzt Milosevic 1988/89 die Führungen von Montenegro, Vojvodina und Kosovo und erlangt so die Kontrolle über die Hälfte aller föderalen jugoslawischen Einheiten. Der Status der autonomen Provinzen wird aufgehoben. Im Kosovo führt dies zur gewaltsamen Eskalation und zur Errichtung eines zehnjährigen Apartheidregimes gegen die albanische Bevölkerung, die komplett aus dem öffentlichen Leben gedrängt wird. Zugleich schürt Milosevic damit aber den Konflikt mit den übrigen Republikführungen, v.a. in Slowenien und Kroatien. Im Januar 1990 endet der letzte Kongress der kommunistischen Partei, des **Bundes der Kommunisten Jugoslawiens** mit dem Zerfall der (Einheits-)Partei – das faktische Ende des Titoistischen Nachkriegsjugoslawiens. 1990 finden in allen Republiken die ersten Mehrparteienwahlen statt; in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina kommen neue oder reformierte politische Kräfte an die Macht, während Serbien und Montenegro die sozialistische Partei ihre Macht festigen kann.

Über den Konflikt um die Reform des jugoslawischen Staates zwischen Belgrad und den nördlichen Republiken kommt es zum Bruch zwischen diesen. Slowenien und Kroatien erklären 1991 die staatliche Unabhängigkeit, während serbische politische Kräfte in Kroatien und Bosnien – gefördert durch Belgrad- eigene serbisch-ethnische Republiken auf Teilen des Gebiets dieser Republiken ausrufen, der Konflikt transformiert sich in einen Konflikt um die Auflösung Jugoslawiens – entlang der Grenzen der föderalen Einheiten oder entlang ethnische „Grenzen“. Es beginnt der ethnisierende, gewaltförmige Zerfall Jugoslawiens. Dieser zieht sich durch 3 Kriege in der ersten

Hälfte der 90er Jahre, den 10-Tagekrieg in Slowenien im Juni 1991, der Slowenien die Unabhängigkeit bringt und die serbisch-ethnische Transformation der jugoslawischen Armee befördert; den Kroatienkrieg, der im Juli ausbricht, Anfang 1992 mit einem UN-überwachten Waffenstillstand zum vorläufigen Ende kommt und dann nochmal 1993 und 94 kurz aufflackert; sowie dem Bosnienkrieg, der im April 92 beginnt, dreieinhalb Jahre dauert und dessen markanteste Ereignisse die Belagerung Sarajevos und der Genozid von Srebrenica sind. Besonders der Krieg in Bosnien erreicht die volle Ausprägung dieser ethnischen Eroberungskriege, welche geprägt sind von „ethnischer Säuberung“ und Massenkriegsverbrechen, von ethnischer Vertreibung und Lagern, in denen Vergewaltigungen, Folter und Morde stattfinden und in dem Paramilitärs und Kriminelle an der Seite von Militär und Polizei stehen. Während das Milosevic-Regime eine zentrale Rolle in den Kriegen und der militärischen, logistischen und ökonomischen Unterstützung der serbischen para-staatlichen Gebilde in Kroatien und Bosnien und Herzegowina einnimmt, gründen Serbien und Montenegro im Mai 1992 die Bundesrepublik Jugoslawien, mit der sie den Anspruch auf die Rechtsnachfolge Jugoslawiens erheben und zugleich formal nicht mit den Kriegen in den Nachbarländer zu tun haben. Ideologisch führte die parallele Propagierung des sozialistischen, titoistischen Jugoslawiens wie eines aggressives serbischen (antikommunistischen) Nationalismus zu ideologischer Verwirrung in der serbischen Gesellschaft über Ursache und Wirkung von Staatszerfall und ethnischer Gewalt bzw. die Rolle der eigenen Gesellschaft darin - bei gleichzeitiger tiefgreifender Ethnisierung, die zu einer bis dato ungekannten Dominanz des Ethnischen in nahezu allen Bereichen der serbischen Gesellschaft führte.

Infolge eines UN-Embargos gegen Serbien führt Ende 1993 eine Hyperinflation das Land an den Rand des Kollapses und bewirkt den endgültigen Schwenk von Milošević weg von der Kriegspolitik. Ende 1995 handelt Milošević in Dayton, Ohio den **Daytoner Friedensvertrag** für Bosnien an Stelle der bosnisch-serbischen politischen Führung aus. Nachdem Belgrader Friedensbemühungen in Richtung kroatische Serben im gleichen Jahr gescheitert waren, hatte im August die kroatische Armee die serbisch kontrollierten Gebiete in Kroatien in der Militäraktion Sturm zurückerobert, in deren Rahmen es zur - von Zagreb begrüßten - kollektiven Flucht der dortigen serbischen Bevölkerung v.a. nach Serbien gekommen war. Nach dem Ende der internationalen Isolation Serbiens kam es 1996 zum Konflikt zwischen Regierung und Opposition, der das Milošević-Regime den Wahlsieg in mehreren Großstädten bei den Kommunalwahlen verwehren wollte. Nach monatelangen Protesten und westlichem Druck lenkte Milosevic ein, der Parteivorsitzender der oppositionellen **Demokratischen Partei (DS)**, **Zoran Đinđić** wurde Bürgermeister von Belgrad. Trotz Zerfall des Oppositionsbündnisses setzte sich die Krise des Regimes fort und Repressionen gegen kritische Medien, Akademiker, Intellektuelle und parteipolitische Opposition nahmen zu.

Der ungelöste Zustand auf dem Kosovo, das Apartheitsregime führte Ende der 1990er Jahre zu einem bewaffneten Aufstand unter der neu entstandenen **Kosovo-Befreiungsarmee UCK**, Gegenmaßnahmen von serbischer Polizei und Militär führten Ende 1998 zu geschätzten 180.000 vertriebenen Albanern innerhalb des Kosovo. Nach gescheiterten Friedensverhandlungen unter westlicher Vermittlung im Februar und März 1999 begann die Nato am 24.3.1999 den Kosovokrieg gegen Serbien. In einem dreistufigen Luftkrieg wurden zunächst militärische Anlagen angegriffen, später auch zivile Infrastruktur. Belgrad reagierte mit ethnischer Säuberungspolitik auf dem Kosovo, fast eine Millionen Albaner flüchteten bzw. wurden vertrieben nach Albanien und Mazedonien. Erst im Juni 1999 lenkte Milosevic ein, im Abkommen von Kumanovo wurde das Kosovo unter UN-Protectorat gestellt.

Nach landesweiten Protesten der Jugendbewegung **Otpor** (Widerstand) und des Oppositionsbündnisses **DOS** und nach Sieg des Oppositionspolitikers Vojislav Koštunica bei den jugoslawischen Präsidentenwahlen gegen Milošević im September 2000, welcher vom Regime nicht anerkannt wurde, wurde das Milosevic-Regime am 5. Oktober 2000 in einer Massendemonstration in Belgrad gestürzt. Koštunica wurde der **erste frei gewählte Präsident** des Bundesstaates, **Zoran Đinđić** wurde nach Parlamentswahlen 2001 serbischer Ministerpräsident und ließ kurz darauf Milosevic verhaften und ausliefern an das UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag (ICTY). Im März 2003 wurde der Hoffnungsträger des demokratischen Serbien Zoran Đinđić in

einem Attentat getötet, die Täter kamen aus dem Milieu der Geheimdienste und Paramilitärs des Milošević-Regimes. Im Februar 2003 wurde der Staat in Serbien-Montenegro umbenannt, was zu einem dreijährigen Aufschub der Unabhängigkeitsbestrebungen Montenegros führte, das nach einem Referendum 2006 aus dem Staatenbund austrat. Im Juni desselben Jahres erklärte das Parlament in Belgrad die formale staatliche Unabhängigkeit Serbiens. Am 10. November 2006 nahm das Parlament nach vorherigen Referendum die erste nach-kommunistische Verfassung Serbiens an, die zugleich einen erfolglosen Versuch darstellte, die sich abzeichnende Ausrufung der Unabhängigkeit der ehemaligen serbischen Provinz Kosovo zu verhindern. Damit endete zugleich der **Zerfallsprozess Jugoslawiens**.

## Staat

### Verfassung

Die **serbische Verfassung von 2006** bestimmt die Republik Serbien als parlamentarische Demokratie und legt deren wichtigste Institutionen – Präsident, Regierung, Parlament, Justizwesen, die demokratischer Kontrolle unterliegenden Sicherheitsorgane – sowie den Verwaltungsaufbau des Staates fest. Die aktuelle Verfassung Serbiens weist zahlreiche Schwächen auf, die sich auf die Stabilität der Verfassungsordnung auswirken, und zurückgehen auf den Entstehungszusammenhang der Verfassung. Dieser war einerseits bestimmt durch den Zerfall des Staatenbundes Serbiens mit Montenegro, andererseits durch die drohende staatliche Unabhängigkeit Kosovos. Insbesondere der Charakter der Verfassung als eines politisch-ideologischen Instruments gegen die Unabhängigkeit der ehemaligen serbischen Provinz und die Eile, mit der die Verfassung in weniger Wochen verfasst und verabschiedet wurde, bedingten ihre schlechte Qualität. So gibt es zahlreiche widersprüchliche Regelungen, die Kompetenzverteilung zwischen den beiden Organen der Exekutive – Präsident und Regierung – ist teils nicht klar getrennt, der Umfang territorialer Dezentralisierung nicht klar geregelt. Außerdem gibt es demokratisch problematische Regelungen wie die politische Kontrolle über die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten sowie die Kontrolle der parlamentarischen Parteien über die Mandate ihrer Abgeordneten. Serbien ist angehalten, im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen Änderungen an seiner Verfassung zur Beseitigung der wichtigsten Schwächen vorzunehmen.



(Quelle: © Generalsekretariat des Präsidenten der Republik Serbien, CC BY-SA 3.0)

### Institutionen

Die Republik Serbien ist eine parlamentarische Demokratie. Ihre wichtigsten Institutionen sind der Präsident, die Regierung und das Parlament, sowie das Justizwesen.

Das Amt des **Staatspräsidenten** hat, etwa vergleichbar mit dem des deutschen Bundespräsidenten, einerseits repräsentative Funktionen. Der Präsident löst das Parlament auf, erteilt den Auftrag zur Regierungsbildung und ratifiziert vom Parlament verabschiedete Gesetze. Darüber hinaus ernennt er allerdings noch die Botschafter und nimmt die Beförderungen der Offiziere der serbischen Armee vor. Der Präsident wird auf 5 Jahre vom Volk direkt gewählt. Besonderes Gewicht bekommt das Präsidentenamt dadurch, dass es parteipolitisch nicht neutral ist – das Amt verpflichtet nicht zur Niederlegung von Parteiämtern, und wird in der Regel von den Parteivorsitzenden einer der führenden parlamentarischen Parteien ausgeübt. So war der bis 2012 amtierende Präsident Serbiens, Boris Tadić, zugleich Präsident der größten Regierungspartei, der

Demokratischen Partei (DS). Aufgrund dieser Regelung war das Machtverhältnis zwischen Präsident und Regierung in der Vergangenheit mehr von der parteipolitischen Zugehörigkeit von Präsident und Premier geprägt als von der verfassungsmäßig festgelegten Verteilung der Kompetenzen. In der Amtszeit des im Juni 2012 abgewählten Präsidenten Tadić stellte mit der DS erstmalig seit 2000 eine Partei den Präsidenten und führte die Regierung an; infolgedessen lag die **Macht faktisch beim Präsidenten**, und nicht entsprechend der verfassungsmäßigen Ordnung zum größten Teil bei der Regierung. Der ab Juni 2012 amtierende Präsident Serbiens Tomislav Nikolić hatte als erster Präsident mit seinem Amtsantritt seine Funktion als Parteivorsitzender der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) niedergelegt, und damit eine demokratische Grundhaltung demonstriert, die seinen Vorgängern fehlte. Allerdings hatte er später mehrfach eigenständige politische Initiativen unternommen und damit indirekt angezeigt, dass er sich nicht vollkommen mit der Aufgabe des durch den Rücktritt von seinem Parteiamt verbundenen Machtverlust abgefunden hat bzw. vollständig bereit war, sich auf seine weitgehend repräsentativen Zuständigkeiten zu begrenzen.

Mit den Präsidentschaftswahlen vom April 2017, aus denen Nikolić's Parteikollege und bis dahin amtierende Ministerpräsident Vučić im ersten Wahlgang als Sieger hervorging, endete sowohl Nikolić's Amtszeit, als auch die Trennung des obersten Staatsamts von der Parteipolitik – Vučić, dessen **Amtseinführung als neuer Präsident Serbiens** am 31. Mai 2017 statt fand, hatte angekündigt, seinen Vorsitz der größten Regierungspartei SNS behalten zu wollen. In der Tat dominiert im öffentlichen Wirken von Präsident und Premier seit 2017 der Eindruck, dass Präsident Vučić die dominierende politische Figur in der faktischen Verteilung exekutiver Kompetenzen zwischen Präsident und (parteiloser) Regierungschef(in) ist. Diese Verteilung erinnert stark an die Amtszeit von Präsident Tadić und ist nicht durch die verfassungsmäßig festgelegte Machtverteilung gedeckt. Die nächsten Parlamentswahlen sind für den März 2020 geplant.

Die Exekutive wird von der **Regierung Serbiens** ausgeübt. Am 11. August 2016 wählte das Parlament die aktuelle Regierung ins Amt, basierend auf den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom 24. April. Die Regierung wird angeführt von der Serbischen Fortschrittspartei (SNS), welche bei den Wahlen die absolute Mehrheit der Sitze errang. An der aktuellen Regierungskoalition, sind wie in der vorherigen Amtszeit außerdem die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) sowie die Partei der ungarischen Minderheit aus Nordserbien, der Bund der Ungarn der Vojvodina (SVM) beteiligt, als auch einige parlamentarische Vertreter anderer ethnischer Minderheiten beteiligt. Zusammen verfügen die Regierungspartner weiterhin über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit in der Volksvertretung. Premierminister ist der Vorsitzende der SNS, **Aleksandar Vučić**. Vizepremier und Außenminister ist der SPS-Vorsitzende **Ivica Dačić**. Mit der Amtseinführung Vučić's als neuer serbischer Präsident Ende Mai 2017 wurde das Ministerpräsidentenamt frei. Anfang Juni nominierte Vučić mit der bisherigen Ministerin für öffentliche Verwaltung **Ana Brnabić** erstmals in der serbischen Geschichte eine Frau für das höchste Regierungsamt. Die 15. Regierung seit der Etablierung des Mehrparteiensystems Anfang der 1990er Jahre wurde am 29. Juni 2017 vom Parlament mehrheitlich im Amt bestätigt. Unter Ministerpräsidentin Brnabić blieb die Zusammensetzung der Regierung weitgehend unverändert; wichtigste Neuerung war die Ernennung des ehemaligen Belgrader Bürgermeisters und Vučić-Vertrauten Šiniša Malić zum neuen Finanzminister. Am 28. Oktober 2020 wurde die aktuelle Regierung ins Amt gewählt, die erste Regierung seit der Etablierung des Mehrparteiensystems 1990, an der alle parlamentarischen Parteien beteiligt sind. Ministerpräsidentin

wurde erneut Ana Brnabić.

Das Parlament, die **Narodna Skupština**, übt die Gesetzgebung aus. Es ist ein Einkammerparlament mit 250 Sitzen, dessen Mitglieder auf 4 Jahre gewählt werden. Die im Parlament vertretenen Parteien gruppieren sich als Fraktionen in eine Regierungskoalition und die Opposition. Die letzten, vorgezogenen Parlamentswahlen fanden am 24. April 2016 statt.

### Verwaltungsaufbau

Serbien besteht offiziell aus 174 Einheiten lokaler Selbstverwaltung - 150 Gemeinden (über 10.000 Einwohner), 23 Städten (über 100.000 Einwohner) sowie der Hauptstadt Belgrad, die mit einem Sonderstatus versehen ist. 29 Städte und Kommunen liegen allerdings im sich unabhängig erklärten Kosovo. Darüber hinaus ist die nordserbische Provinz Vojvodina mit gewissen Selbstverwaltungsrechten ausgestattet. Auf regionaler Ebene gibt es außerdem 24 Kreise - 7 in der Vojvodina und 17 in Zentralserbien (sowie 5 in dem von Serbien beanspruchten Kosovo). Diese sind **Verwaltungseinheiten** ohne Selbstverwaltungsrechte.

Die Republik Serbien ist ein zentralistisch aufgebauter Staat mit einer zentralstaatlicher Ebene und der kommunalen Ebene. Die Gemeinden haben den Status als Einheit lokaler Selbstverwaltung, allerdings sind ihre Kompetenzen beschränkt. Daneben existiert eine größere Anzahl an Kreisen, diese sind allerdings reine Verwaltungseinheiten bzw. statistische Regionen ohne Selbstverwaltungsrechte.

Trotz starker Traditionen historischer Regionen, u.a. solche mit einem hohen Anteil ethnischer Minderheiten, und von Dezentralisierung verhindern die politischen Eliten mit dem Vorwand des Konflikts um das Kosovo eine Regionalisierung des Staatsaufbaus.

Die **Provinz Vojvodina** hatte unter dem Milošević-Regime ihre Autonomie verloren, was zur Herausbildung einer starken Autonomiebewegung in den 1990er Jahren geführt hatte. Mit der Verfassung von 2006 wurde der Vojvodina der Autonomiestatus zurückgegeben, die Provinz sollte ein neues Statut bekommen. Die zugestandenen Kompetenzen vielen allerdings deutlich hinter politische Forderungen aus der Region zurück. Zugleich wird die Umsetzung wie etwa die Verabschiedung des neuen Statuts seitdem von den politischen Eliten in der Hauptstadt Belgrad verschleppt.

Das in der serbisch-bosnisch-montenegrinischen Grenzregion liegende Sandschak mit einem historisch stark muslimischen Bevölkerungsanteil (Bosniaken) geht zurück auf osmanische Verwaltungsstrukturen. In den 90er Jahren kam es zu Diskriminierung, interethnischen Spannungen und dem Übergreifen von ethnischen Säuberungen aus dem benachbarten Bosnien. Die jetzige Regierung hat 2008 die Vorsitzenden der beiden bosniakischen Parteien mit Ministerposten politisch integriert, das Problem der strukturellen Benachteiligung der Muslime im Sandschak ist allerdings nicht angegangen worden. Infolgedessen hat sich in den letzten 2-3 Jahren eine populistische Bewegung unter Führung des Oberhaupts der islamischen Gemeinschaft im Sandschak, Muamer Zukorlić herausgebildet, die einen Autonomiestatus für die Region fordert.

In der südserbischen Preševo-Region, eine an das Kosovo angrenzende Region mit hohem Albaneranteil ist es infolge des Kosovo-Konflikts zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts zu **bewaffneten Konflikten** zwischen der albanischen Bevölkerung und den Behörden gekommen. Dieser wurde mithilfe internationaler Vermittlung beigelegt, der albanischen Bevölkerung wurden gewisse Sonderrechte zugestanden.

### Justiz

Das **serbische Justizwesen** besteht aus einem Verfassungsgericht, dem Obersten Gerichtshof, 30 Bezirksgerichten und 138 Gemeindegerechten. Daneben bestehen spezielle Gerichte wie Verwaltungsgerichte und Handelsgerichte. Im Belgrader Bezirksgericht existiert eine Sonderkammer für die Verfolgung von Kriegsverbrechen, daneben existiert eine Staatsanwaltschaft für

Kriegsverbrechen – beiden zusammen obliegt die juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen aus den Balkankriegen der 1990er Jahre. Ihre Einrichtung ist Teil des Prozesses der Schließung des UN-Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien (Den Haag) und der Überführung seiner Aufgaben auf die nationalen Justizen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Serbien hatte eine für sozialistische Staaten relativ starke Rechtstradition. Im sozialistischen Jugoslawien funktionierten – außer in den politischen Bereichen – weite Teile des Justizsystems nahezu wie im westlichen Rechtsstaat bis hinein in die 80er Jahre. Unter dem Milošević-Regime kam es zu einer starken Politisierung und Veränderung der personellen Struktur im Justizwesen, und infolgedessen zu einer dramatischen Entprofessionalisierung. Zugleich breitete sich Korruption systematisch in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen aus – die Justiz nicht ausgenommen. In den Jahren 2009-2010 hat die serbische Regierung eine grundlegende Justizreform unter dem Einfluss des EU-Integrationsprozesses unternommen. Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden nach objektiven Kriterien territorial und funktional grundlegend umstrukturiert und so rationalisiert. Zugleich fand ein Prozess der Neu-Ernennung aller Richter und Staatsanwälte statt, der der systematischen Säuberung der Justiz von unqualifizierten und durch ihr Agieren in den 1990er Jahren diskreditierten Juristen dienen sollte. Die Ziele dieses Verfahrens wurden jedoch durch Intransparenz und politische Einflussnahme konterkariert. Nach massiver innenpolitischer Kritik sowie von der EU-Kommission fand 2013 eine **Teilrevision** statt. Nachdem das serbische Verfassungsgericht die in diesem Verfahren erfolgte Entlassung von über 900 Richtern und Staatsanwälten für verfassungswidrig erklärt hatte, mussten alle wieder in ihre Ämter eingesetzt werden. Die EU-Kommission hatte Serbien im **Fortschrittsbericht für 2011** noch positive Ergebnisse des Justizreformprozesses bescheinigt, zugleich aber weitere Anstrengungen gefordert. Im darauffolgenden **Fortschrittsbericht von 2012** musste die Kommission Serbien allerdings das Scheitern der Neuernennung aller Richter und Staatsanwälte bescheinigen. Sie korrigierte damit ihre überwiegend positive Einschätzung der Vorjahre und verwies darauf, dass zentrale Reformvorhaben im serbischen Justizwesen noch bevorstehen.

Seit 2013 stand die Justizreform zunehmend unter dem Einfluss von Serbiens Weg hin zu Beitrittsverhandlungen. Die neue Regierung verabschiedete eine neue Justizreformstrategie für die Jahre 2013-18. 2014 fand der Screening-Prozess zu den sog. **Rechtsstaatskapiteln 23** und 24 statt. Die Verhandlungen über den von der serbischen Regierung zu erarbeitenden **Aktionsplan**, der der Plan für die Umsetzung der von der EU vorgegebenen, umfangreichen Bedingungen für Strukturreformen der Justiz darstellt, zog sich lange hin, bis zum April 2016. Die Eröffnung der beiden Kapitel, die eigentlich zu Beginn des Beitrittsprozesses vorgesehen war, geschah daher erst im Juli 2016.

Tatsächlich hat sich die Situation der Justiz in der Regierungszeit von Aleksandar Vucic nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Die politische Einflussnahme auf die Justiz hat eher zu- als abgenommen. Die Kommentierung von sensiblen Justizverfahren durch Regierungsvertreter ist zur Alltagspraxis geworden. Eine von der EU geforderte Verfassungsänderung mit dem Ziel der Abschaffung der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten durch das Parlament lässt auf sich warten. Erst Anfang 2018 legte das serbische Justizministerium den entsprechenden Verfassungsänderungsentwurf vor. Der Entwurf wurde von Vertretern von Justizverbänden wie Zivilgesellschaft gleichermaßen als unzureichend hinsichtlich der Entpolitisierung der Justiz kritisiert. Bei Konsultationen zum Entwurf kam es zu offenen Auseinandersetzungen zwischen Ministeriumsvertretern und Vertretern von der serbischen Richtervereinigung wie zivilgesellschaftlichen Organisationen und zum **Rückzug** letzterer von den Konsultationen.

Im Juni 2018 veröffentlichte die Venedig-Kommission des Europarates eine positive **Stellungnahme** zum Verfassungsänderungsentwurf. Mittlerweile hat die serbische Regierung die erneute Verschiebung der Verfassungsänderungen auf die Zeit nach den Parlamentswahlen und dem Amtsantritt der nächsten Regierung in 2020 angekündigt.

# Das politische System

Das politische System Serbiens ist von strukturellen Problemen geprägt, die bis heute die demokratische und rechtsstaatliche Transformation behindern, weswegen die Transformationsprozesse nach den 1990er Jahren nicht linear verlaufen sind, gefolgt von negativen, autoritären Rückschritten in den letzten Jahren. Ein guter Gradmesser der Entwicklung ist der Freiheitsindex von Freedom House zu Serbien. Aufgrund der politischen Entwicklung stuft die Organisation **2019** Serbien erstmals seit Jahren herunter von „frei“ auf „teilweise frei“, was sich auf die individuellen Bürgerrechte, noch mehr aber auf die politischen Rechte bezog. Das Land erzielte nur noch 67 von maximal 100 Punkten gegenüber 73 im Vorjahr. **2020** setzte sich dieser Negativtrend mit nur noch 66 Punkten fort.

## Das Milošević-Erbe

Das **politische System** in Serbien ist seit dem Regimewechsel 2000 (mit)bestimmt geblieben vom Erbe der Milosevic-Ära. Dieses war bestimmt von der autoritären Transformation des sozialistischen Regimes bei gleichzeitiger formaler Einführung von Parteienpluralismus, kompetitiven Wahlen, eines (begrenzten) Medienpluralismus sowie von Gewaltenteilung. Dieses eigentümliche Zusammenspiel unter den Bedingungen eines kriegerischen Ausnahmezustands hat den Parlamentarismus und die politische und Rechtskultur beschädigt. Die Justiz wurde politisiert und wie andere staatliche Sektoren systematisch korrumpiert. Es kam zur Politisierung und Kriminalisierung der Sicherheitsdienste, der Verschränkung von Polizei/Staatsicherheit und kriminellem Untergrund, von organisierter Kriminalität. Eine enge, teils informelle Verflechtung von Staat, Partei und Ökonomie entstand, welche auch den privatwirtschaftlichen Sektor umfasste. Gesellschaftliche Eliten wie die Gesellschaft als Ganzes durchliefen einen Prozess tiefgreifender Korrumpierung. Schließlich, während der gesellschaftliche Niedergang mit dem Kampf um die nationalstaatlichen Grenzen des serbischen Volks begründet wurden, blieb eine Definition des Staatsverständnis, der Grenzen Serbiens aus, Serbien verließ die Milošević-Ära mit einem völlig unklaren Staatsverständnis.

Die Entwicklung des politischen Systems in Serbien was im Jahrzehnt nach dem Regimewechsel über weite Strecken bestimmt vom Konflikt innerhalb des ehemaligen Oppositionsbündnisses DOS um den reformpolitischen Bruch mit dem Milosevic-Erbe. Die Gegnerschaft zwischen den Befürwortern einer weitgehenden Beseitigung dieses Erbes und der Übernahme und dem Festhalten an gewissen institutionellen Erbschaften sowie des nationalistischen ideologischen Erbes gestaltete sich als Konflikt zwischen DS und DSS, zunächst als Konflikt zwischen den Parteiführern Koštunica (DSS) und Đinđić (DS), und nach der Ermordung von Premier Đinđić 2003 mit dessen Nachfolgern. Nutznießer waren über lange Strecken die extrem nationalistischen Parteien, allen voran die SRS, die sich in den politischen Wirren der Nach-Regimewechselzeit schnell wieder stabilisieren konnte und zur stärksten politischen Kraft aufstiege. Diese Entwicklung prägte die Instabilität des politischen Systems, und prägt es bis heute und führte dazu, dass der **demokratische Transformationsprozess** nach 2000 keine lineare Entwicklung nahm.

## Parteiensystem

Die seit Juli 2012 amtierende Regierungskoalition setzt sich aus der Serbischen Fortschrittspartei sowie der Sozialistischen Partei Serbiens zusammen. Zur Koalition gehören außerdem eine größere Anzahl kleinerer und Kleinstparteien, die auf den Wahllisten der Fortschrittspartei wie der Sozialisten ins Parlament eingezogen waren, sowie Vertreter von Minderheiten in Serbien.

Zu den wichtigsten serbischen Parteien gehören die:

- **Serbische Fortschrittspartei (SNS)** (Srpska Napredna Stranka). Die SNS ist die größte parlamentarische Partei und die größte Regierungspartei Serbiens. Infolge der vom Westen unterstützten Unabhängigkeit des Kosovo hatte sich 2008 eine Gruppe von 15 Abgeordneten unter Führung des damaligen Vorsitzenden und ehem. Šeselj-Vertrauten, Tomislav Nikolić von der extrem nationalistischen Serbisch-Radikalen Partei Serbiens (SRS) abgespalten, und später

die SNS gegründet. Die Partei weist eine diffuse programmatische Ausrichtung auf, hat aber einen pro-europäischen Kurs eingeschlagen, und sich vom extremen Nationalismus der SRS abgewendet. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 ist die SNS knapp als stärkste Kraft vor der Demokratischen Partei als Sieger hervorgegangen. Parteivorsitzender Nikolić hat sich im 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Juni überraschend gegen den Amtsinhaber Tadić durchgesetzt. Mit dem Amtsantritt hat Nikolić den Parteivorsitz abgegeben. Ende September 2012 wurde der bisherigen Generalsekretär Aleksandar Vučić zum neuen Parteivorsitzenden gewählt; zuvor war er bereits zum Verteidigungsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten in der neuen serbischen Regierung ernannt worden. In kürzester Zeit ist Vučić zum neuen starken Mann in der serbischen Politik und zum unangefochtenen Führer seiner Partei aufgestiegen. Nach dem Triumph der SNS bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2014 wurde Vučić zum neuen Premier in der Fortsetzung der Regierungskoalition mit den Sozialisten gewählt. Nachdem die SNS auch die erneut vorgezogenen Wahlen im April 2016 mit fast 50 Prozent Stimmenanteil gewonnen hat, stand Vučić ab dem 11. August zum dritten Mal auch der neu formierten Regierung vor. Mit seiner Wahl zum Präsidenten im Mai 2017 ergab sich eine neue Situation für die SNS: mit der Wahl von Ana Brnabić zur neuen Premierministerin steht seit Juni erstmals keine SNS-Vertreterin, sondern eine Parteilose der Regierung vor.

- **Sozialistische Partei Serbiens (SPS)** (Socijalistička Partija Srbije) - Regierungspartei: Die Partei des ehemaligen Staats- und Parteiführers Milošević wurde von diesem 1990 als Zusammenführung der kommunistischen Partei und ihrer Gesellschaftsorganisationen begründet. Nach dem Regimewechsel 2000 erlebte die Partei einen wahren Zusammenbruch und wurde zu einer marginalen politischen Kraft. Erst unter dem aktuellen Parteivorsitzenden Ivica Dačić hat die SPS den Weg in eine sozialdemokratische Erneuerung eingeschlagen, konnte bei den Wahlen 2008 an Stimmen zulegen und ging mit dem ehemaligen politischen Gegner, der DS eine Regierungskoalition ein. Aus den Parlamentswahlen vom Mai 2012 ging die überraschend als eigentlicher Wahlsieger und drittgrößte politische Kraft mit einer Verdopplung ihres Stimmenanteils hervor. Bei den nachfolgenden Regierungsbildungsverhandlungen stieg sie somit zum Königsmacher auf, die von den beiden großen Parteien DS und SNS gleichermaßen umworben wurde. Ende Juni 2012 bekam der Parteivorsitzende Dačić vom serbischen Präsidenten das Mandat zur Bildung einer Regierung, nachdem sich dieser für das Koalitionsangebot der SNS entschieden hatte, welches das Amt des Premierministers für Dačić beinhaltet hatte. Nach den Neuwahlen 2014 wurde Dačić Vizeregierungschef und Außenminister in der Wiederauflage der Koalition mit der SNS. Bei den letzten Wahlen im April 2016 behauptete die SPS erneut ihre Position als zweitstärkste parlamentarische Kraft und setzte nach der Regierungsbildung ihre Regierungsarbeit fort.
- **Demokratische Partei (DS)** (Demokratska Stranka) - Seit den Parlamentswahlen und anschließender Regierungsbildung 2012 die größte Oppositionspartei Serbiens. Die DS war eine der beiden großen Oppositionsparteien der Milosevic-Ära. Ihr ermordeter Präsident Zoran Đinđić hatte entscheidenden Anteil an der Schaffung und Gestaltung der Kampagne des Oppositionsbündnisses DOS, welches zum Sturz von Milošević geführt hat. Als erster Premier eines freien Serbien war er der Gegenspieler von Präsident Koštunica wie der Kräfte des alten Regimes. Nach seiner Ermordung hat nach kurzem Intermezzo Boris Tadić die Führung der Partei übernommen. Tadić führte seine Partei 2008 an die Spitze der Regierung und gewann selber im gleichen Jahr das Amt des Präsidenten Serbiens. Beide Ämter verlor die DS 2012 bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Mit dem Machtverlust setzte ein innerparteilicher Machtkampf zwischen Tadić und dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden und Belgrader Bürgermeister Dragan Đilas um das führende Parteiamt ein, den Đilas am Ende für sich gewinnen konnte. Ein zwischenzeitlich in der serbischen Öffentlichkeit gehandeltes Auseinanderbrechen der Partei konnte zunächst abgewendet werden. Mit dem Verlust der Macht und dem Verlust des Zugangs zu staatlichen Ressourcen verlor die Partei massiv an Einfluss und kam es zu erheblichen innerparteilichen Umbrüchen, die bis heute andauern. Unter dem Vorsitzenden Đilas gelang es der Partei nicht, politisch wieder Fuß zu fassen und innerparteilich Ruhe einkehren zu lassen. Auf einer Sitzung des Parteivorstands im Januar 2014 scheiterte der Versuch der innerparteilichen Gegner des Vorsitzenden um seinen

- Vorgänger Tadić, Đilas zu stürzen. Am 30. Januar erklärte Boris Tadić seinen Austritt aus der DS. Zusammen mit einem Teil ihm loyaler Parteifunktionäre und Mitglieder gründete er eine neue Partei. Nach einem enttäuschenden Ergebnis bei den Parlamentswahlen vom März 2014 (6 Prozent), setzte sich auf dem Parteikongress im Mai desselben Jahres der Bojan Pajtić gegen Dragan Đilas bei der Wahl um den Parteivorsitz durch. Doch auch unter Pajtić gelang es in der Folgezeit nicht, den Niedergang der Partei aufzuhalten bzw. umzukehren. Bei den letzten Parlamentswahlen konnte die DS ihren Stimmenanteil nicht verbessern. Als innerparteiliche Reaktion auf die Stagnation wählte ein Parteikongress Ende September 2016 den Abgeordneten und ehemaligen Verteidigungsminister Serbiens Dragan Šutanovac zum **neuen Parteivorsitzenden**. Der unterlegene Pajtić legte ebenfalls den Fraktionsvorsitz nieder. Nach den Wahlen zum Belgrader Stadtparlament Anfang März 2018, bei denen die DS mit nur 2,3 % der Stimmen den Einzug in die Bürgervertretung klar verpasste, kam es zum Rücktritt des Parteivorsitzenden. Neuer amtierender Parteivorsitzender ist der Politologe Zoran Lutovac.
- **Sozialdemokratische Partei (SDS)** (Socijaldemokratska Stranka) - Die Partei ist das Produkt der Abspaltung von der Demokratischen Partei. Sie wird angeführt vom ehemaligen serbischen Präsidenten Boris Tadić. Die Partei erzielte bei den vorgezogenen Neuwahlen 2014 einen Achtungserfolg. Sie erreichte knapp 6 Prozent der Stimmen und zog ins Parlament ein. Allerdings gelang es Tadić in der Folgezeit nicht, die Position seiner neuen Partei zu stärken. Bei den Wahlen 2016 gelang der SDS im Wahlbündnis mit der Liberal-Demokratische Partei (LDP) nur ganz knapp der Sprung über die 5-Prozent-Hürde.
  - **Liberal-Demokratische Partei (LDP)** - Die LDP entstand 2005 als Abspaltung von der DS infolge des innerparteilichen Konflikts um die Nachfolge des ermordeten Vorsitzenden Djindjic. Ihr Vorsitzender, Čedomir Jovanović war ehemaliger Studentenführer und enger Vertrauter von Zoran Đinđić. Die LDP beschuldigt die DS und ihren damaligen Präsidenten Tadić, vom konsequenten demokratischen Reformkurs Djindjic's abgekommen zu sein. Die LDP war lange Zeit die Partei mit der klarsten pro-europäischen programmatischen Ausrichtung und die einzige, die die Unabhängigkeit des Kosovo als politische Realität akzeptiert hatte. Zum Umfeld der Partei gehörten in den ersten Jahren nach Gründung ein bedeutender Teil der demokratisch-politischen Zivilgesellschaft. 2014 misslang der LDP erstmals der Wiedereinzug ins Parlament. Durch ein Wahlbündnis zwischen den beiden ehemaligen Widersachern Jovanović und Tadić gelang der LDP 2016 die Rückkehr in serbische Volksvertretung.
  - **Bewegung ‚Dosta je bilo‘** (Es ist genug) - Die Bewegung wurde Anfang 2014 vom ehemaligen Wirtschaftsminister Saša Radulović gegründet. Die wirtschaftsliberal ausgerichtete Bewegung-Partei scheiterte bei der nur wenige Wochen nach Gründung stattfindenden Wahl zum serbischen Abgeordnetenhaus. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im April 2016 zog die Bewegung als stärkste demokratische Oppositionskraft erstmalig ins Parlament ein.
  - **Serbisch-Radikalen Partei Serbiens (SRS)** - Als extrem nationalistische Partei unter dem ehemaligen Dissidenten **Vojislav Šešelj** wurde die SRS 1990 mit Unterstützung des Milošević-Regimes gegründet. Formal Opposition, diente die SRS Milošević in den 1990er Jahren als ideologisches Sprachrohr der nationalistischen serbischen Kriegspolitik. Paramilitärische Einheiten der SRS waren in Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen in den Jugoslawienkriegen verwickelt. Vojislav Šešelj saß deswegen ab 2006 in einem UN-Gefängnis in Den Haag, wo ein Gerichtsverfahren wg. Kriegsverbrechen gegen ihn lief. Die SRS war lange Zeit nach 2000 stärkste politische Kraft, verlor aber nach der Abspaltung der SNS 2008 massiv an Bedeutung und fiel 2014 aus dem Parlament. Die Partei erlebte neuen Aufwind, nachdem Šešelj Ende 2014 aus gesundheitlichen Gründen vorläufig nach Serbien entlassen worden war. Kurz vor den Neuwahlen 2016, am 31. März wurde Šešelj vom UN-Kriegsverbrechertribunal überraschend **freigesprochen**. Unter seiner Führung gelang der SRS im April der Wiedereinzug ins Parlament.
  - **Demokratische Partei Serbiens (DSS)** - Die Partei wurde in den 1990er Jahren vom späteren jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica als Abspaltung von der DS gegründet. Die konservativ-nationalistische Partei verpasste bei den Wahlen 2014, zu denen sie im Bündnis mit der ultranationalistischen Partei Dveri angetreten war, den Wiedereinzug ins Parlament. Das Bündnis schaffte bei den Wahlen 2016 knapp die Rückkehr in das Abgeordnetenhaus. Im Oktober kam es innerhalb der Parteiführung zu einem Bruch, infolgedessen die für den

erfolgreichen Wahlkampf verantwortlich zeichnende neue Parteivorsitzende, Sanda Rašković Ivić, von ihrem Amt zurück trat, und anschließend noch aus der Partei ausgeschlossen wurde. Durch dieses Zerwürfnis verlor die DSS 5 ihrer 8 Abgeordneten und damit den Fraktionsstatus.

- **Bewegung freier Bürger (PSG)** – Die Bewegung wurde im Mai 2017 vom ehemaligen serbischen Ombudsmann Saša Janković gegründet, und ist deshalb bisher nicht im Parlament vertreten. Janković trat bei den serbischen Präsidentschaftswahlen im April 2017 an, unterstützt von prominenten Intellektuellen und der DS, und erreichte mit 16,3% und dem zweiten Platz hinter Präsident Vučić einen Achtungserfolg. Janković gründete seine liberaldemokratische Partei aus dem Unterstützerkreis seines Wahlkampfes. Infolge von internen Streitigkeiten in der Führung der Bewegung trat Janković im Dezember 2018 vom Parteivorsitz zurück. Als Nachfolger wurde im Januar 2019 der prominente serbische Schauspieler Sergej Trifunović gewählt.
- **Partei der Freiheit und Gerechtigkeit (SSP)** – Im April 2019 gründete der ehemalige Belgrader Bürgermeister und Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dragan Đilas zusammen mit weiteren Abgeordneten seiner ehemaligen Partei die SSP. Die Neugründung geschah im Rahmen der Oppositionsproteste und des Oppositionszusammenschlusses Bündnis für Serbien, zu deren treibenden Kräften Đilas gehört. Als Abspaltung der DS erlangte die SSP Fraktionsstärke im serbischen Parlament.
- **Serbischer-patriotischer Bund (SPAS)** – Seit 2010 auf lokaler Ebene bestehende Partei um den aktuellen Bürgermeister der Belgrader Gemeinde Neu-Belgrad, Aleksandar Šapić. Die national-konservative Partei ohne ausgeprägtes programmatisches Profil ist erst seit 2018 auf nationaler Ebene registriert. Bei ihrem erstmaligen Antritt zu Parlamentswahlen im Juni 2020 ist sie gleich mit 3,8% der Stimmen und 11 Sitzen – und als einzige Oppositionspartei – in die serbische Volkvertretung eingezogen.

Seit den letzten Parlamentswahlen vom Juni 2020 gehören neben den Regierungsparteien SNS und SPS, den auf ihren Wahllisten mitkandidierten Kleinstparteien sowie den Repräsentanten der Minderheiten nur noch SPAS zu den parlamentarischen Parteien. Alle anderen Parteien haben entweder den Wahlgang boykottiert oder sind an der 3 Prozent-Hürde gescheitert.

Charakterisiert war das Parteiensystem über lange Strecken durch die internen ideologischen und praktisch-politischen Konflikte zwischen den Parteien des bald zerfallenen ehemaligen Oppositionsbündnisses DOS und der Drohung einer extrem-nationalistischen Mehrheitskoalition zwischen DSS und SRS, die sich 2004 nach der Ermordung von Đinđić realisierte. Nach 2008 und der Schrumpfung der SRS war das Parteiensystem geprägt von drei großen-größeren Parteien, der DS, der neuformierten SNS und der LDP – sowie der sozialistischen Partei. Mit dem Verlust der Mehrheitsfähigkeit des rechten Blocks sind die ideologisch-programmatischen Konfliktlinien zwischen diesen 3-4 Parteien diffus. Alle sind praktisch für den EU-Integrationsprozess. Auf der anderen Seite sind die kleine(re)n Parteien mit wenigen Ausnahmen orientiert auf Machtbeteiligung und den damit verbundenen Ressourcenzugang. Das gilt insbesondere auch für die Parteien der nationalen Minderheiten, deren politische Interessen aufgrund ihrer Minderheitenposition quasi natürlich auf eine Beteiligung an der Macht ausgerichtet sind.

Mit der Neuwahl vom März 2014 erreichte der Siegeszug der SNS, der bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2012 den Anfang genommen hatte, seinen vorläufigen Höhepunkt. In der Volksvertretung stand der von ihr angeführten Regierungskoalition nur noch eine demoralisierte Opposition gegenüber, die etwas mehr als 10 Prozent der Stimmen erreicht hatte, und die den Niedergang und Zerfall der ehemaligen Regierungspartei DS symbolisierte.

Mit dem Ergebnis der erneut vorgezogenen Parlamentswahlen vom April 2016 ist sowohl das demokratische Oppositionslager gestärkt worden als auch die ultranationalistische, EU-feindliche Opposition ins Parlament zurückgekehrt.

Anfang September 2018 haben mehrere Oppositionsparteien einen gemeinsamen Block unter dem Namen Bündnis für Serbien (Savez za Srbiju, SZS) gegründet. Zu ihnen gehört die DS sowie

Kleinparteien, die von ehemaligen hohen Funktionären der DS-geführten Regierung von vor 2012 gegründet wurden, wie die Partei des ehemaligen Außenministers Vuk Jeremić sowie die Partei des ehemaligen hohen DS-Funktionärs Borislav Stefanović. Die Führungsrolle spielt der ehemalige DS-Vorsitzende Dragan Đilas. Das Programm des Bündnisses bleibt diffus, neben dem Ziel der Ablösung des Vučić-Regimes mit demokratischen Mitteln nimmt die Koalition in der Kosovo-Frage eine nationalistische Position ein. Innerparteiliche Kritik an der Beteiligung der DS an dem Bündnis hat v.a. die Beteiligung der (ultra-)nationalistischen Parteien DSS und Dveri hervorgerufen.

Nach dem, weitgehend politisch gescheiterten, Wahlboykott des Großteils der Opposition bei den Juniwahlen 2020, ist die Zukunft des serbischen Parteiensystems aktuell offen, d.h. das in den 1990er Jahren entstandene pluralistische Parteiensystem ernsthaft in Gefahr.

## Parlamentarismus

In der Arbeit des serbischen Parlaments wirkt das Erbe der 1990er Jahre nach, als die Einführung eines Mehrparteienparlaments travestiert wurde durch die autoritäre Machtkonzentration unter Präsident Milošević. Daher bleibt der demokratische Parlamentarismus in Serbien heute von einer Schwäche gekennzeichnet. Zwar ist das Parlament der Ort politischer Auseinandersetzungen. So scheiterte etwa 2010 ein Versuch der SNS, durch einen Hungerstreik ihres Parteivorsitzenden Nikolić, das politische Geschehen in die außerparlamentarische Sphäre zu verlagern. Doch in der Ausübung ihrer legislativen Funktion bleibt das Parlament schwach. Insbesondere bleibt die Kontrolle des Parlaments über die Implementierung verabschiedeter Gesetze defizitär. Zugleich gehören harte ideologische Debatten und verbale Ausfälle, insbesondere der nationalistischen Rechten weiter zum parlamentarischen Alltag. Ein Hauptgrund für die Schwäche parlamentarischer Arbeit liegt in der autoritären Machtkonzentration in den Partei- und Fraktionsführungen begründet. Vor den Parlamentswahlen im Mai 2012 wurden auf Druck der EU hin einige der rechtlichen Regelungen abgeschafft, die bis dahin die weitgehende Kontrolle der Mandatsträger durch die Parteiführungen garantiert hatten. Nach dem Regierungswechsel vom Sommer 2012 und der Krise der größten Oppositionspartei, der DS, krankte die parlamentarische Arbeit v.a. an der Schwäche der Opposition, welche mehr mit inneren Verwerfungen beschäftigt war als auf die Arbeit der Regierungsparteien konzentriert zu sein schien.

Mit dem Ergebnis der Parlamentswahlen 2014 hat die Opposition quasi jeglichen Einfluss im Parlament verloren, und die SNS eine Machtfülle erlangt, die selbst Slobodan Milošević in den 1990er Jahren nicht gegönnt war. Aufgrund der zusehends autoritären Machtbefugnisse des Regierungschefs und Vorsitzenden der traditionell autoritär strukturierten Partei kommt den Parlamentariern der SNS die Funktion zu, vorgelegte Gesetzesentwürfe durchzuwinken. Insgesamt ist es unter der von der SNS, welche innerparteilich selbst außerordentlich autoritär strukturiert ist, angeführten Regierungskoalition seit 2012 zu einer erheblichen Degradierung der Arbeit des serbischen Parlaments gekommen. Ein Großteil der Gesetzesvorhaben wird im Eilverfahren durchs Parlament gejagt. Die Parlamentspräsidentin Maja Gojković nutzt ihre Befugnisse, teils in Verletzung der Parlamentsordnung, exzessiv aus, um die Rechte der Opposition zu beschneiden. Zugleich sind die SNS-Vertreter im Parlament dazu übergegangen, ernsthafte parlamentarische Beratungen zu von ihrer Regierung eingebrachten Gesetze dadurch zu verhindern, dass sie die Gesetzesvertretung mit einer Vielzahl an Gesetzesänderungsanträgen bombardieren. Diese Praxis wurde erst 2019 auf Druck der EU wieder eingestellt. Alles zusammen genommen hat den **Parlamentarismus** in Serbien in den letzten Jahren zusätzlich erheblich geschwächt.

Mit dem Wiedereinzug von Vojislav Šešelj und den weiteren ultranationalistischen Parteien DSS und Dveri 2016 litt die parlamentarische Kultur im neu formierten Abgeordnetenhaus zusätzlich und verlaufen Debatten noch kontroverser als zuvor. Zugleich tun sich die Abgeordneten der Bewegungspartei Dosta je bilo seit ihrem Einzug ins Parlament in 2016 mit lautstarkem Schlagabtausch mit den Regierungsparteien und offenem Widerstand gegen den Führungsstil der Parlamentspräsidentin hervor. Somit ist die parlamentarische Arbeit wieder von größeren ideologisch-politischen Differenzen geprägt, als in den zwei Jahren zuvor.

Seit Februar 2019 boykottierten die Abgeordneten der zum Bündnis für Serbien gehörigen parlamentarischen Parteien das Parlament. Mit dem Einzug von lediglich 3 Parteien ins serbische Parlament in den Juniwahlen 2020, und der aktuell (Ende September 2020) noch andauernden Regierungsbildungsverhandlungen, bei denen auch ein Bündnis aller drei Parteien diskutiert wird, besteht die Möglichkeit, dass Serbien sogar ohne eine formale parlamentarische Opposition bleiben wird. Zugleich hat seit den Juniwahlen die Konstituierung des neuen Parlaments bis heute noch immer nicht stattgefunden.

## Korruption

Korruption gehört zu den zentralen politischen Problemen in Serbien, mit weitreichenden, negativen Auswirkungen auf das Funktionieren von politischem System, staatlichen Institutionen und die serbischen Wirtschaft. Die **systemische Korruption in Serbien** ist in erster Linie ein Erbe der Milosevic-Ära. Im Kontext von ethnischer Kriegsführung, internationalen Sanktionen und autoritärem Machtausbau ist in Serbien in den 1990er Jahren das staatliche Machtmonopol durch die staatlichen Akteure ausgehebelt worden, sind die Grenzen zwischen Sicherheitsorganen, Justiz und anderen staatlichen Institutionen einerseits und kriminellen Milieus andererseits bis zur Unkenntlichkeit verwischt worden. Systemische **Korruption heute** findet sich vor allem bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Verteilung anderer staatlicher Haushaltsmittel, sowie im Gesundheits- und Bildungswesen. **Korruption in der Wirtschaft** findet v.a. an den Schnittstellen zu staatlichen Institutionen statt. Abgenommen hat die Korruption in den letzten Jahren bei der Polizei. Auf staatlicher Seite ist eine eigenständige Institution, die Anti-Korruptionsagentur mit dem Kampf gegen Korruption befasst; in der serbischen Zivilgesellschaft beschäftigt sich **Transparency International** mit dem Phänomen Korruption. Druck auf serbische Behörden zu effektiverer Bekämpfung der systemischen Korruption kommt v.a. auch von der EU. Unterstützung bei der Bekämpfung der Korruption in Serbien leistet außerdem das **UN Development Program (UNDP)**.

Nach dem Arbeitsbeginn der neuen Regierung in 2012 hatte sich der Vizepremier und Vorsitzende der größten Regierungspartei, Aleksandar Vučić, der zugleich zum Regierungskoordinator für die Korruptionsbekämpfung ernannt worden ist, öffentlich als Kämpfer für die Beseitigung der grassierenden Korruption in Serbien präsentiert. Vučić hat die Bekämpfung von Korruption bis in höchste Kreise ohne politische Rücksichtnahmen angekündigt. U.a. wurde der Unternehmer Miroslav Mišković, einer der prominentesten unter den sog. "Tycoons", der seit den 1990er Jahren ein beträchtliches Imperium aufgebaut hat und dem Verbindungen zu diversen Parteien nachgesagt werden, wegen Korruptionsverdacht verhaftet. Die Kampagne hat Vučić über Nacht zum beliebtesten Politiker Serbiens aufsteigen lassen, ihm zugleich aber auch massive Anschuldigungen einer politisch motivierten Kampagne eingebracht. Es blieb allerdings von Anfang an unklar, ob diese öffentlichkeitswirksamen Schritte der Beginn einer wirklich systematischen Bekämpfung der in Serbien strukturellen Korruption sind. Bis Ende 2014 jedenfalls verharrte die Korruptionsbekämpfung bei der anfänglichen spektakulären Verhaftung einzelner Tycoons und der Verabschiedung von Strategien und Aktionsplänen zur Korruptionsbekämpfung.

Daran änderte sich später wenig. Spektakuläre Verhaftungen gingen zurück auf spezielle Task Forces, denen der Premier vorstand, und waren damit das Ergebnis politischer Intervention bzw. Willens, nicht der regulären Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaften. Der notwendige Übergang von interventionistischer zu systemischer Korruptionsbekämpfung blieb aus. Der Ausgang der verschiedenen, initiierten hochkarätigen Korruptionsverfahren blieb ungewiss; Miroslav Mišković wurde am 20. Juni 2016 letztlich für 3 Millionen Euro **Steuerhinterziehung** zu 5 Jahren Haft verurteilt, sein mit angeklagter Sohn zu dreieinhalb Jahren. Dieses Urteil stand in erheblichem Missverhältnis zur politischen Kampagne, die die Regierung ursprünglich um die Verhaftung herum aufgebaut hatte. Zugleich bleibt die Arbeit der staatlichen Anti-Korruptionsagentur von strukturellen Schwächen geprägt. Demgegenüber leidet der sehr agile Antikorruptionsrat darunter, dass seine Empfehlungen

nur unzureichend von der Regierung umgesetzt werden. Die **Bekämpfung der Korruption** gehört zu den zentralen Reformbedingungen der EU in Serbiens Beitrittsverhandlungen bzw. in den Justizkapiteln 23 und 24. Letztendlich verpuffte der anfänglich Elan in der Korruptionsbekämpfung, ein systemischer Effekt war nicht zu verzeichnen. Damit wurde nachträglich klar, dass die Korruptionsbekämpfungsinitiativen von Vučić in erster Linie machtpolitischen Zwecken gedient hatte, sowie der Schwächung der Opposition.

Die fehlenden Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung in Serbien spiegeln sich in den jährlichen Rankings im **Korruptionswahrnehmungsindex** von Transparency International wider. So hat sich Serbien 2017 um fünf Positionen auf Platz 77 verschlechtert. Die zunehmende Verschlechterung führte 2018 zu einem dramatischen Einbruch um weitere zehn Plätze auf Platz 87. Der negative Trend setzte sich auch 2019 mit einem weiteren Rückgang auf Platz 91 fort.

## Menschenrechte

Die Lage der Menschenrechte in Serbien ist insgesamt gut. Serbien hat die wichtigsten internationalen Menschenrechtskonventionen in nationales Recht übernommen. 2013 hat die serbische Regierung eine Anti-Diskriminierungsstrategie verabschiedet. Ein effektiver gesetzlicher Rahmen zum Schutz von Serbiens zahlreichen ethnischen Minderheiten existiert. Trotzdem existieren verschiedene Schwächen im Menschenrechts- und Minderheitenschutz. Probleme in der Verwirklichung der Menschenrechte bestehen etwa durch die Schwäche des Rechtsstaats und die noch immer unzureichende juristische Aufarbeitung der Kriegszeit. Mitglieder der LGBT Gemeinschaft klagen über unzureichenden Schutz vor Angriffen, v.a. durch rechtsextremistische serbisch-nationalistische Gruppierungen. So wurde auch 2013 das dritte Jahr in Folge die Belgrader Gay Parade von den Behörden aus „Sicherheitsgründen“ abgesagt trotz Drängen aus der EU und anderer westlicher Staaten. Nach massivem internationalem Druck konnten sich die serbischen Behörden 2014 zum ersten Mal nach vier Jahren wieder dazu bewegen, die **Belgrader Gay Parade** zuzulassen. Sie fand am 28. September unter starkem Polizeiaufgebot und begleitet von Gegendemonstrationen rechtsextremer Gruppen statt. Trotz kleinerer Zwischenfälle blieb die Sicherheitslage stabil. 2015 fand die **Gay Parade** erneut statt, erneut gesichert durch ein hohes Polizeiaufgebot. Die Veranstaltung, an der zwei serbische Minister, der Belgrader Bürgermeister, zahlreiche Oppositionspolitiker, westliche Botschafter und EU-Vertreter teilnahmen, verlief gänzlich ohne Zwischenfälle. Ohne Zwischenfälle verlief die Gay Parade auch 2016 und 2017. Besondere Bedeutung bekam die Parade in 2017 durch die **Teilnahme von Ana Brnabić**, der neuen Ministerpräsidentin Serbiens und erster bekennend lesbisch-schwulen Person im Amt eines Regierungschefs/einer Regierungschefin auf dem Balkan. Trotz Kritik von Aktivist\_innen, Brnabić setzte sich nicht ausreichend für die LGBT Gemeinde ein, ließ diese es sich auch 2018 nicht nehmen, an der Parade teilzunehmen. 2019 nahm die Ministerpräsidentin erneut an der **Gay Parade** teil, ungeachtet der Kritik von LGBTQ-Aktivist\_innen, dass die in der serbischen Gesetzgebung garantierten Rechte, etwa verankert im Antidiskriminierungsgesetz von 2009, in der Praxis bis heute kaum umgesetzt sind.

Ethnische Minderheiten beklagen Diskriminierungen in Bereichen wie Bildung und Sprache. Einen guten Überblick über die Menschenrechtsentwicklung liefern der jährliche **Fortschrittsbericht der EU zu Serbien** und der ebenfalls jährlich publizierte **Freedom in the World** Bericht von Freedom House, sowie die Berichte von **Human Rights Watch** und **Amnesty International**.

## Innenpolitische Themen

Über weite Strecken waren in innenpolitischen Diskussionen in Serbien im zurückliegenden Jahrzehnt geprägt von Auseinandersetzungen über das Erbe des Milošević-Regimes – dem ideologischen, politischen, institutionellen, sozio-ökonomischen, und damit über den Weg nachholender demokratischer und marktwirtschaftlicher Transformation, auf den sich das Land nach 2000 begab.

Fragen nach der Verbindung, der Verflechtung der regierenden und oppositionellen Parteien mit Strukturen des alten Regimes prägten die innenpolitischen Auseinandersetzungen. Dazu und

daneben stellen Fragen von Korruption und Amtsmissbrauch ein weiteres, durchgehendes Thema im politischen Diskurs dar. Mit dem Aufstieg des SNS-Vorsitzenden Vučić zum neuen starken Mann der serbischen Politik ist die Bekämpfung der grassierenden Korruption endgültig ins Zentrum des politischen Diskurses gerückt.

Seit der Unabhängigkeit des Kosovo, der Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU und der Spaltung der Radikalen Partei sowie der Marginalisierung der ehemaligen Regierungspartei DSS 2008 ist unter der aktuellen Regierung der EU-Integrationsprozess zum bestimmenden politischen Thema der letzten Jahre aufgestiegen.

Infolge der Unruhen im Kosovo im Sommer 2011 sah sich Serbien von Seiten der EU mit Bedingungen auf dem Weg zur Erlangung des beantragten EU-Kandidatenstatus konfrontiert, die auf eine mittelfristige, de facto-Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo hinauslaufen. Dadurch wurde die Frage des Verlusts des Kosovo, der Westanbindung und europäischen Integration zum bestimmenden Thema, in dessen Folge verstärkt nationalistische Töne wiederkehrten. Nach einer Unterbrechung durch den Wahlkampf 2012 wurde der Kosovo Anfang 2013 erneut zum alles dominierenden, und alle anderen innenpolitischen Fragen überschattenden Thema. Die neue Regierung gab dem gewachsenen Druck von EU und USA nach, schwenkte auf einen pragmatischen politischen Kurs ein mit der Bereitschaft, den Dialog mit Kosovo nicht nur fortzusetzen, sondern zu beschleunigen. Im öffentlichen Diskurs verbanden sich so ein neuer Realismus hin zur Anerkennung des faktischen Verlustes der ehemaligen Provinz mit der damit verbundenen Aussicht auf eine mittelfristige EU-Mitgliedschaft. Nach diesem politischen Kurswechsel in der Kosovofrage verlor das Thema nach 2013 wieder an innenpolitischer Bedeutung, und wurde durch andere Themen abgelöst.

Die **schwierige sozio-ökonomische Lage** des Landes und die damit verbundenen Herausforderungen und Reformen in Wirtschafts- und Sozialpolitik waren schon im Vorfeld der Wahlen vom Mai 2012 zu bestimmenden innenpolitischen Themen aufgestiegen. In den ersten fast zwölf Monaten, die die neue Regierung im Amt war, wurden diese Fragen durch die historischen Verhandlungen über das Kosovo fast vollständig in den Hintergrund gedrängt. Doch schon unmittelbar nach Abschluss eines Abkommens zwischen Serbien und Kosovo drängten das Thema der schwierigen Haushaltslage und der damit verbundenen Frage von grundlegenden Wirtschaftsreformen zurück auf die politische und öffentliche Bühne.

Mit der Ukrainekrise 2014 rückte die außenpolitische Orientierung Serbiens zwischen EU-Integration einerseits und den traditionellen Beziehungen zu Russland andererseits ins Zentrum innenpolitischer Auseinandersetzungen.

Vom Spätsommer 2015 bis zum März 2016 überschattete die **europäische Flüchtlingskrise** alle anderen innenpolitischen Themen. Seit dem Herbst 2017 sind es vor allem die in 2018 anstehenden, von der EU geleiteten Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen Serbiens zum Kosovo, die die innenpolitische Diskussion bestimmt. Ende 2018 ist die Eskalation im Verhältnis zum Kosovo im Zusammenhang mit der serbischen Verhinderung einer Interpol-Mitgliedschaft Kosovos und den anschließenden Reaktionen Prishtinas (Verhängung von Strafzöllen, Armeegründung) das bestimmende innen- und außenpolitische Thema. Dieses Thema bleibt auch in der ersten Jahreshälfte 2019 das alles bestimmende.

Andererseits haben 2018 aber auch politische und soziale Proteste in den Mittelpunkt innenpolitischer Diskussion gedrängt. So fanden Mitte 2018 mehrtägigen Protesten von Autofahrern in mehreren Städten Serbiens gegen die seit Jahresanfang erheblich gestiegenen Spritpreise statt.

Im Dezember 2018 wurden gewaltsame Ausschreitungen vonseiten von Anhängern der Regierungspartei SNS gegen den Oppositionspolitiker Borislav Stefanović zum Ausgangspunkt von monatelangen **Bürgerprotesten** gegen den autoritären Regierungsstil von Präsident Vučić und seiner Regierung, die bis Ende 2019 fort dauerten.

# Aufstieg der SNS zur bestimmenden politischen Kraft Serbiens

Historischer Regierungswechsel im Sommer 2012

Unter schwierigen innen- wie außenpolitischen Bedingungen fanden am 06. Mai 2012 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Serbien statt. Die ohnehin nur durch die Unterstützung der LDP regierende Minderheitsregierung des parteilosen Premiers Cvetković wurde im Laufe ihre Mandats durch den Austritt kleinerer Koalitionspartner weiter geschwächt – zunächst durch die G17 Plus, und gegen Mandatsende der SPO. Die Politik von Präsident Tadić und seiner regierenden DS des „Kosovo und EU“ – des gleichzeitigen Anstreben eine EU-Mitgliedschaft und des Beharrens auf dem Kosovo als integraler Bestandteil des serbischen Staates – trotz der Anerkennung des Kosovos als unabhängigen Staat durch 22 der 27 Mitgliedsstaaten der Union – erlebte mit dem entschiedeneren Auftreten der EU nach den Unruhen im Kosovo im Sommer 2011 sein sichtbares Scheitern. Das Einlenken Belgrads in von der EU geführten Verhandlungen mit Pristina brachte Tadic und seiner Partei im März 2012 den für die anstehenden Wahlen so wichtigen EU-Kandidatenstatus. Trotz dieser außenpolitischen Dramatik dominierte die schlechte sozio-ökonomische Lage Serbiens und nicht der Kosovo den Wahlkampf.

Am 06. Mai 2012 wählten die Bürger Serbiens ein neues Parlament. Stärkste Kraft wurde mit 24% und 73 Parlamentsmandaten das Wahlbündnis der SNS, gefolgt von der DS mit 22% (67 Sitze). Zum überraschenden Wahlsieger wurde die SPS von Innenminister Ivica Dačić, die ihren Stimmenanteil mit 14,5% nahezu verdoppeln konnte (44 Sitze). Ins Parlament zogen neben den Vertretern der ethnischen Minderheiten von den kleineren Parteien noch die DSS mit 7% der Stimmen (21 Mandate), die LDP mit 6,5% der Stimmen (19 Mandate) und die URS mit 5% Stimmenanteil (17 Sitze) ein.

Da Präsident Tadić in Umfragen in seinen persönlichen Beliebtheitsraten durchgehend vor denen seiner Partei lag, entschied er sich im April für den Rücktritt, um den Weg für vorzeitige, parallel zu den Parlamentswahlen stattfindende Präsidentschaftswahlen frei zu machen. Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen setzte sich Amtsinhaber Tadić knapp vor Herausforderer Nikolić mit 25,3% gegen 24,9% durch. Beide bestritten die Stichwahl am 20. Mai. Trotz vorheriger Führung setzte sich im zweiten Wahlgang am 20. Mai überraschend Herausforderer Tomislav Nikolić durch. Er errang 49,8% Stimmen, der geschlagenen Amtsinhaber 47,1% der abgegebenen Stimmen.

Der **überraschende Ausgang der Präsidentschaftswahlen** hatte die nach den Parlamentswahlen begonnenen Verhandlungen zwischen DS und SPS über die Bildung einer erneuten Regierungskoalition ins Stocken gebracht. Nach mehrwöchiger Unklarheit über politische Ausrichtung der SPS erteilte Präsident Nikolić am 28. Juni deren Parteivorsitzenden Dačić das Mandat zur Bildung einer Regierung mit der SNS und einigen kleineren Parteien, nachdem es der SNS mit dem Angebot des Postens des Premierministers an Dačić zuvor gelungen war, die SPS für eine gemeinsame Regierung zu gewinnen.

Mit diesem **Wahlsieg und anschließender Koalitionsbildung** entwickelte sich eine für die serbische Nachkriegsepoche, und Nach-Milošević-Ära historisch neue Situation. Erstmals bildeten mit der SPS und der Nachfolgepartei der SRS - der SNS - zwei Regimeparteien der 1990er Jahre wieder die Regierung. Diese Regierung brachte zugleich ein ungewöhnliches Dreiergespann von Präsident, Premier und Vize-Premier an seine Spitze. Präsident Nikolić hatte mit der Abgabe des Parteivorsitzes seine Position als eigentlich starker Mann (formal) abgegeben. Premier Dačić rückte auf die unter der Vorgängerregierung politisch schwache Position des Regierungschefs auf, obgleich Vorsitzender nur der kleineren Koalitionspartei; zugleich behielt er seinen Posten als Innenminister. Zum eigentlich starken Mann stieg überraschend der neue Vorsitzende der großen Koalitionspartei, der SNS, Vučić auf. Diese Machtfülle beruhte einerseits auf seiner Parteiposition, weniger auf seiner Funktion als neuer Verteidigungsminister; zusätzliche Macht eignete er sich durch die ungewöhnliche Funktion als

Regierungskordinator für Korruptionsbekämpfung sowie als Koordinator aller Sicherheitsbehörden an.

Entgegen ihrer Verwurzelung in der nationalistischen Kriegsära der 1990er Jahre, setzt die neue Koalition jedoch die Politik der EU-Integration der Vorgängerregierung fort. Zugleich schwenkte sie zur Überraschung vieler Beobachter (unter Beibehaltung nationalistischer politischer Töne) in der Kosovopolitik in eine - von EU und USA geforderte - Intensivierung des Dialogs mit Priština ein.

### Regierungsumbildung

Am 02. September 2013, nur gut ein Jahr nach ihrer Bildung, wurde vom serbischen Parlament eine weitreichende **Umbildung der Regierung** verabschiedet. Vorausgegangen war ein monatelanges Tauziehen zwischen den drei Regierungsparteien SNS, SPS und URS, währenddessen auch vorgezogene Neuwahlen im Gespräch waren. Am Ende dieses Prozesses stand der Rauswurf des kleinsten Koalitionspartners, der URS, und eine Neuverteilung der Gewichte unter den verbliebenen zwei Regierungsparteien. Insgesamt wurden 11 neue Minister vereidigt, darunter 6 parteilose Experten – ein Novum in der neueren serbischen Geschichte. Mit der Teilung des vorherigen Superministeriums für Finanzen und Wirtschaft wurde ein zusätzliches Ministerium geschaffen. Während Vizepremier Aleksandar Vučić die Leitung des Verteidigungsministeriums abgab, behielt Premier Dačić den Posten des Innenministers. Unter den neuen Ministern ohne Geschäftsbereich wurde der Generalsekretär der SPS, Branko Ružić, mit dem EU-Integrationsprozess betraut, während der Regierungskordinator für das Kosovo Aleksandar Vulin ebenfalls in den Ministerrang erhoben wurde.

Unklar blieben die Gründe für die Regierungsumbildung. Regierungschef Dačić und Stellvertreter Vučić begründeten den Schritt mit der unzufriedenstellenden Leistung eines Teils der Minister, vor allem aber als Ausdruck eines entschiedenen Reformwillens in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Für diesen steht die Benennung des 29-jährigen, parteilosen Yale-Absolventen Lazar Krstić. Einen nicht weniger wichtigen Grund dürfte das Interesse der SNS gespielt haben, dass ihre dominierende Machtposition in der Verteilung der Ministerien deutlicher zum Ausdruck kommt.

Die Regierungsumbildung fand zu einem Zeitpunkt statt, als innenpolitische Themen und die zentralen Reformanforderungen zurück ins Zentrum des politischen Geschehens rückten. Dies war der Fall, nachdem es der Regierung gelungen war, wichtige Weichenstellung in der EU-Integration und dem Konflikt um das Kosovo zu unternehmen.

### Vorgezogene Neuwahlen 2014 - Vučić's Triumph

Auf dem Kongress der SNS beschloss die größere der beiden Regierungsparteien am 26. Februar 2014 auf Vorschlag ihres Vorsitzenden und Vizepremier Aleksandar Vučić das Abhalten vorgezogenen Parlamentswahlen für den 16. März desselben Jahres. Der Entscheidung ging der erfolgreiche Abschluss einer Etappe in Serbiens EU-Integrationsprozess voraus sowie monatelanger innerparteilicher Druck auf den Vorsitzenden. Die Partei erhoffte sich infolge der außerordentlichen Popularität der SNS und ihres Vorsitzenden, nach der Wahl das Amt des Premiers zu übernehmen und vielleicht sogar die absolute Mehrheit an Stimmen bzw. Parlamentssitzen zu erlangen.

Der Entscheidung folgte ein kurzer aber intensiver **Wahlkampf**. Dieser war geprägt von heftigen gegenseitigen Attacken zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien sowie untereinander. Da sich fast alle parlamentarischen Parteien in Serbien einig sind über den grundlegenden politischen Kurs Serbiens, der durch den EU-Beitrittsprozess weitgehend vorgegeben ist (einzig die DSS und einige extrem rechte, außerparlamentarische Parteien vertreten eine anti-europäische politische Positionen), konzentrierte sich der Wahlkampf auf persönliche Angriffe der politischen Gegner. Programmatische Unterschiede blieben undeutlich. So blieben für den Wähler nicht nur die parteipolitischen Alternativen unklar, unklar blieb für diesen auch der Grund, warum es überhaupt zu Neuwahlen gekommen war.

Im Lager der demokratischen Opposition formierte der ehemalige Vorsitzende der Demokratischen

Partei Boris Tadić innerhalb kürzester Zeit eine neue Partei als Abspaltung von der DS und nachdem es ihm zuvor nicht gelungen war, dessen Vorsitzenden Đilas zu stürzen und sich erneut an die Parteispitze zu setzen. Die Partei, die Neue Demokratische Partei (NDS), die nach den Wahlen ihren Namen in Sozialdemokratische Partei (SDS) umänderte, und ihr Vorsitzender Tadić lies es im Unterschied zur DS im Wahlkampf offen, ob sie für den Fall des Einzugs ins Parlament offen wäre für eine Koalition mit der SNS.

Die **Parlamentswahlen** vom 16. März 2014 gerieten zum Triumphzug für den neuen starken Mann Serbiens, Alexander Vučić. Die SNS erreichte mit 48 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Der ehemalige Koalitionspartner SPS erreichte mit 13 Prozent das zweitbeste Ergebnis. Die Demokratische Partei kam mit nur 6 Prozent auf ihr historisch schlechtestes Ergebnis überhaupt. Die neue Partei von Boris Tadić NDS erreichte mit 5,8 Prozent der Stimmen ebenfalls den Sprung über die 5-Prozenthürde. Ansonsten erreichten nur noch die Parteien der ethnischen Minderheiten, welche von der Hürde befreit sind, den Einzug ins Parlament. Damit fiel eine ganze Reihe langjähriger parlamentarischen Parteien aus der serbischen Volksvertretung: die LDS, die URS sowie die DSS.

Mit dem Wahlergebnis stand fest, dass Alexander Vučić neuer Premierminister Serbiens werden würde. Trotz absoluter Mehrheit an Parlamentssitzen - 158 von 250 - kündigte der SNS-Vorsitzende an, dass er Koalitionsverhandlungen mit den anderen parlamentarischen Parteien führen wolle, um eine möglichst breite parlamentarische Basis für die zukünftige Regierung zu schaffen, auf der grundlegende Reformen durchgeführt werden können. Der SNS fehlten nur wenige Parlamentsmandate zur Erlangung der verfassungsändernden 2/3-Mehrheit. Doch auch die Option einer SNS-Alleinregierung wurde vom Wahlsieger nicht ausgeschlossen. Letztendlich entschloss sich die SNS doch für eine Koalitionsregierung - und zwar erneut mit der SPS sowie einer kleineren Partei der ungarischen Minderheit. Am 27. April 2014 wurde die **neue Regierung** unter Ministerpräsident Vučić mit 198 Stimmen ins Amt gewählt. Der SPS-Vorsitzende Ivica Dačić wurde stellvertretender Ministerpräsident und neuer Außenminister Serbiens, seine Partei erhielt drei der nun 18 Ministerien.

#### Neuerliche vorgezogene Wahlen in 2016

Nach monatelangen Spekulationen kündigte der serbische Premier Aleksandar Vučić im Januar 2016 **vorgezogene Parlamentswahlen** für das Frühjahr desselben Jahres an. Damit fanden nach 2014 zum zweiten Mal frühzeitige Wahlen in der Mitte der Legislaturperiode statt, obwohl die regierende Koalition über eine stabile Mehrheit verfügte, und damit de facto eine Rechtsgrundlage für den Urnengang fehlte. Erneut blieb der Ministerpräsident seinen Bürgerinnen und Bürgern eine schlüssige Begründung für diese Entscheidung schuldig.

Vučić erklärte in der Öffentlichkeit, er benötige ein Vierjahresmandat für die anstehenden Reformen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft - ein solches hatte er jedoch bereits 2014 von den Wählerinnen und Wählern erhalten. Vermutlich hatte der Schritt von Vučić **zwei Hauptgründe**: ersten wollte er eine erneute Bestätigung vor in 2016 anstehenden, schmerzhaften wirtschaftspolitischen Maßnahmen; zweitens zielte er mit den Parlamentswahlen auf eine Stärkung seiner Partei SNS bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen und den Wahlen in der Autonomen Provinz Vojvodina ab.

Der Wahlkampf wurde von der SNS und der Omnipräsenz ihres Vorsitzenden mittels Ausspielens der Medienmacht der Regierung dominiert. Inhaltlich fokussierte sich Vučićs Wahlkampf auf zwei Kernbotschaften - Kontinuität bei Wirtschaftsreformen, EU-Integration und regionaler Zusammenarbeit und Ausbau der Machtposition der SNS durch ein Wahlergebnis von 50-Plus Prozent Stimmenanteil. Die demokratische Opposition scheiterte im Versuch, sich auf ein gemeinsames Wahlbündnis zu einigen. Stattdessen trat sie mit zwei Blöcken an - dem Bündnis der DS mit einigen kleineren Parteien, und einem erstmaligen Bündnis von SDS und LDP der ehemals verfeindeten Parteivorsitzenden Boris Tadić und Čedomir Jovanović. Außerdem beteiligte sich der ehemalige Wirtschaftsminister Saša Radulović mit seiner Bewegung „Genug ist genug“ zum zweiten Mal an der Wahl. Auf der extremen Rechten hoffte die Radikale Partei SRS auf eine triumphale Rückkehr ins

Parlament. Sie gründete diese Hoffnung auf die Rückkehr ihres ehemaligen Parteivorsitzenden Vojislav Šešelj auf die politische Bühne. Dieser war Ende 2014 aus gesundheitlichen Gründen vom UN-Kriegsverbrechertribunal vorläufig nach Hause entlassen worden. Mitten im Wahlkampf, am 31. März, verkündete das Tribunal sein Urteil gegen Šešelj und sprach diesen überraschend in allen Anklagepunkten frei.

Der am 24. April stattgefundene **Urnengang**, der wegen Unregelmäßigkeiten in einigen Wahlbezirken am 4. Mai wiederholt werden musste, bestätigte die Regierungsparteien, und brachte dennoch nicht das vom Premier erhoffte **Ergebnis**. Die SNS erreichte mit 48,25 Prozent der Stimmen ein nahezu identisches Ergebnis wie 2014, und ihre Koalitionspartner SPS verlor leicht und kam auf 11 Prozent. Doch gleichzeitig schafften diesmal gleich 5 weitere Wahlbündnisse/Parteien im Unterschied zu nur 2 in 2014 den Einzug in das Parlament. Die DS erreichte unverändert 6%, das Bündnis der SDS mit der LDP schaffte es mit 5,03% knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Überraschend gewann die Bewegung „Genug ist genug“ 6 %. Auf der politischen Ultrarechten kehrte die SRS mit 8% in das Abgeordnetenhaus zurück; und das Bündnis aus DSS und Dveri hielt mit erzielten genau 5% Stimmenanteil nach zwei Jahren ebenfalls erneut Einzug in die Volksvertretung.

Durch den Einzug so vieler Parteien ist die Anzahl der Parlamentssitze von SNS (131) und SPS (30) deutlich geschrumpft.

Auf der lokalen Ebene ging die Rechnung von Premier Vučić auf: In der Vojvodina verlor die oppositionelle DS nach 16 Jahren die Macht an die SNS, die aus dem Stand die absolute Mehrheit an Sitzen im Regionalparlament errang.

Trotz des relativ klaren, erneuten Wahlsiegs der SNS unter ihrem Premier Vučić zog sich die Regierungsbildung diesmal ungewöhnlich lang hin: erst am 11. August wählte das serbische Parlament die gleiche Regierungskoalition erneut ins Amt. Wie bereits bei den vorgezogenen Neuwahlen wurde die Öffentlichkeit auch über die Gründe für die schleppenden Koalitionsverhandlungen im Dunkeln gelassen. Premierminister Vučić wechselte insgesamt 8 seiner bisherigen Minister aus – darunter einen seiner Vertrauten, Justizminister Selaković und den für die anstehenden Wirtschaftsstrukturereformen so wichtigen Wirtschaftsminister Serđić --- ebenfalls ohne jegliche Erklärung der Gründe. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Ivica Dačić, blieb Außenminister und Vizekanzler.

## Premier Vučić gewinnt die Präsidentenwahlen 2017

Mitte 2017 endete die fünfjährige Amtszeit des Staatspräsidenten Tomislav Nikolić. Bereits Ende 2016 bestimmten die noch terminlich festzulegen Präsidentenwahlen die politische Bühne und deuteten eine Krise des bisher unangefochtenen Regimes von Premierminister Vučić an, verbunden mit der Ankündigung Nikolićs, erneut anzutreten. Dem nach der Abgabe des SNS-Parteivorsitzes weitgehend politisch durch den Premierminister marginalisierten Nikolić setzte die demokratische Opposition Bemühungen zur Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten entgegen, dem Umfragen erstmals reale Siegchancen attestierten. Zugleich traten ideologische Differenzen zwischen Präsident und Premier offen zutage, von denen in den zurückliegenden Jahren unklar blieb, ob sie real sind oder Teil politischer Taktik. Premier Vučić geriet so zum ersten Mal in die politische Defensive: weil er in den vergangenen Jahre verhindert hatte, dass neben ihm andere Parteifunktionäre und Regierungsmitglieder an politischem Profil und Macht gewinnen, lief die Wahl eines Gegenkandidaten der SNS Gefahr, bei den Wahlen gegen Nikolić oder einen potentiellen Oppositionskandidaten zu unterliegen. Vučićs einzige sichere Option – selbst bei den Präsidentenwahlen anzutreten – war mit der Herausforderung verbunden, das Machtzentrum von der Regierung ins Präsidentenamt zurück zu verlagern, wie das unter Präsident Tadić der Fall

gewesen war.

Anfang 2017 war noch immer unklar, für welchen Ausweg aus der politischen Zwickmühle sich der Premierminister entscheiden würde. Zugleich waren die demokratischen Oppositionsparteien gescheitert, sich auf einen einzigen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Mitte Februar 2017 erklärte sich Premier Vučić schließlich für eine Kandidatur und der Parteivorstand nominierte ihn einstimmig. Über eine Woche nach der Entscheidung sah es nach einem offenen Bruch zwischen Premier und Präsident und nach einer Kampfkandidatur Nikolićs gegen Vučić. Erst dann erklärte der Präsident seinen Rückzug.

Der erste Durchgang der Präsidentschaftswahlen fand am 2. April 2017 statt. Sie endete mit einem Triumph für Vučić, der ohne eine Stichwahl bereits in der ersten Runde die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erzielte. Laut dem **offiziellen amtlichen Endergebnis** erzielte Aleksandar Vučić 55% der abgegebenen Stimmen. Zweitplatzierte war mit 16,4% der ehemalige Ombudsmann Serbiens, Saša Janković, der von der Demokratischen Partei (DS) und Teilen der Zivilgesellschaft unterstützt wurde. Einen Achtungserfolg erzielte drittplatziert mit 9,4% der bis zur Präsidentschaftswahl unbekannte Luka Maksimović, der unter dem Spitznamen „Beli Preletačević“ einen Protest- und Spaßwahlkampf gegen die Korruptiertheit der politischen Klasse in Serbien geführt hatte. Alle übrigen Kandidaten, einschließlich des Ultrationalisten Vojislav Šešelj (4,5%) landeten weit abgeschlagenen auf den übrigen Plätzen.

Die Wahlen waren nur beschränkt fair, was an der faktischen Kontrolle des Premiers und seiner Regierungspartei über weite Teile der Medien und seiner dominanten Medienpräsenz gegenüber den anderen Kandidaten lag. Außerdem gab es nach den Wahlen aus dem Lager von Janković und der Oppositionsparteien Vorwürfe, wonach die Erreichung der absoluten Mehrheit durch Vučić im ersten Durchgang nur infolge massiver Wahlfälschungen zustande gekommen sei.

Auf diesem Hintergrund entwickelte sich in den Tagen nach den Wahlen eine spontane **Protestbewegung gegen den Wahlsieg Vučićs**. In Belgrad und vielen weiteren serbischen Städten demonstrierten über Wochen Zehntausende, vor allem junge Leute gegen angebliche Wahlfälschung und die nach ihrer Meinung zunehmend autoritären Züge des Regimes. Unter diese Kritik mischten sich mit der Zeit linkspolitische Forderungen nach sozio-ökonomischen Reformen, während sich die Demonstranten zugleich gegen jegliche Teilnahme politischer Parteien an den Protesten verwehrten. Zugleich blieben die Proteste ohne klar identifizierbare Führungspersönlichkeiten. Nach etwa zwei Monaten versiegten die Proteste weitgehend.

Am 31. Mai wurde Aleksandar Vučić in der serbischen Nationalversammlung **als neuer Präsident Serbiens vereidigt**. Mitte Juni nominierte er die bisherige Ministerin für öffentliche Verwaltung und lokale Selbstverwaltung, **Ana Brnabić** als seine Nachfolgerin im Amt der Ministerpräsidentin. Die Wahl der parteilosen, Vučić loyalen Brnabić bestärkte politische Beobachter in ihrer Einschätzung, dass Vučić nach einem faktischen Präsidialsystem strebt, das mit den weitgehend repräsentativen Kompetenzen des Präsidentenamtes verfassungsmäßig nicht im Einklang ist. Dafür sprach, dass er angekündigt hatte, anders als sein Vorgänger und ehemaliger Ziehvater, das Amt des Vorsitzenden der Regierungspartei SNS nicht abgeben zu wollen. Tatsächlich bleibt die Regierungspolitik seither vom neuen Präsidenten und SNS-Vorsitzenden dominiert, während die Ministerpräsidentin insgesamt politisch blass bleibt. Die für die weitere politische Entwicklung so wichtigen Brüsseler Verhandlungen im politischen Dialog mit Kosovo werden unverändert von Vučić geführt.

## **Eskalation der Oppositionsproteste gegen das Regime Vučić**

Am 17. März 2019 **eskalierten die seit Monaten stattfindenden Bürgerproteste** durch das gewaltsame Eindringen mehrerer Oppositionspolitiker und Parteianhänger in das Gebäude des Staatlichen

Fernsehsenders RTS. Eineinhalb Dutzend Demonstranten wurden umgehend verhaftet und zum Teil in Schnellverfahren abgeurteilt. Die Demonstration war die fünfzehnte der seit dem 08. Dezember 2018 jeden Samstag stattfindenden in der Hauptstadt Belgrad und dutzenden anderen serbischen Städten stattfindenden Bürgerproteste.

Anlass war ein Anfang Dezember in der Stadt Kruševac stattgefundener Angriff auf den sozialdemokratischen Oppositionspolitiker Borislav Stefanović und zwei weitere seiner Parteikollegen bei einer Veranstaltung des Oppositionsbündnisse Savez za Srbiju, angeblich durch lokale Anhänger der Regierungspartei SNS, bei dem Stefanović verletzt worden war. Bei anschließenden, wöchentlichen **Demonstrationen** gegen den autoritären Führungsstil von Präsident Vučić nahmen serbienweit jeweils mehrere Zehntausend Menschen teil. Die Demonstrationen werden von Bürgern organisiert, die politischen Parteien bzw. der parteipolitischen Opposition kritisch gegenüberstehen. Demonstriert wird unter dem Slogan „Einer von 5 Millionen,“ der sich auf eine Aussage des serbischen Präsidenten bezieht, der zu den Protesten geäußert habe, dass er deren Vertreter auch dann nicht anhören würde, wenn 5 Millionen Menschen auf die Straßen gingen. Oppositionsvertreter nahmen deshalb zwar an den Protestdemonstrationen teil, exponierten sich aber bis Mitte März nicht. Zugleich versuchen sie, aus den Demonstrationen gegen das Regime Vučić politisch Kapital zu schlagen. So hatte das oppositionelle Bündnis als Reaktion auf die politischen Forderungen der Demonstranten ihren eigenen Forderungskatalog in Form einer sogenannten „Vereinbarung mit den Bürgern“ vorgelegt.

Vor der Mitte März stattgefundenen Eskalation der Proteste hatte die Opposition ihre Forderungen radikalisiert und den Rücktritt von Präsident und Regierung sowie Neuwahlen gefordert. Kritisiert wurde das Oppositionsbündnis von demokratischen Kräften in Serbien nicht nur wegen der Eskalation des Konflikts mit dem Regime durch das Eindringen der Demonstranten in das Fernsehgebäude, welches von Kritikern als Versuch gedeutet wurde, die Führung der Demonstrationen an sich zu ziehen. Sondern v.a. auch wegen des Zusammenschlusses von etablierten Oppositionsparteien aus dem links-liberalen Spektrum Serbiens mit der rechtradikal, ultranationalistischen Partei Dveri. Dessen Parteivorsitzender Boško Obradović spielte eine Schlüsselrolle in den Ereignissen des 17. März, Beobachter werteten diese als Versuch Obradovićs, die faktische Führung des Oppositionsbündnisses wie der Proteste an sich zu ziehen.

Trotz kämpferischem Auftreten von Präsident Vučić und hoher Regierungsvertreter, scheinen die eskalierenden Proteste dennoch einen gewissen Eindruck auf das Regime gemacht zu haben. Kurz nach den Märzdemonstrationen kündigte der Präsident die Begnadigung eines Teils der wegen der Vorfälle verurteilten Beteiligten an.

#### Anstehende Neuwahlen und drohender Oppositionsboykott

Im Laufe des Jahres 2019 ist der Konflikt zwischen Opposition und Regierung weiter eskaliert, ohne dass eine Lösung der politischen Krise in Sicht wäre. Der Versuch von Teilen der serbischen Opposition, sich an die Spitze der im Winter 2018 von Bürger\_innen spontan initiierten Proteste zu setzen, führte Anfang 2019 nicht zu einer Ausweitung der Demonstrationen, sondern zur Radikalisierung der Oppositionsproteste. Im Februar 2019 begannen so die an den Protesten beteiligten Parteien, die Sitzungen des serbischen Parlaments zu **boykottieren**. Die Abgeordneten der Opposition halten sich seitdem zwar weiterhin im Parlamentsgebäude auf, nehmen aber nicht an den Sitzungen teil, sondern geben Pressekonferenzen.

Ab dem Spätfrühjahr ist es vermittelt von Teilen der serbischen Zivilgesellschaft an der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Belgrad zu mehreren **Konfliktlösungsgesprächen** zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien gekommen, die allerdings ergebnislos verlaufen sind.

Im Laufe des Sommers hat sich der innenpolitische Konflikt weiter verschärft. Nachdem die Regierungspartei reguläre Parlamentswahlen für den März 2020 angekündigt hatte, haben die Mehrzahl der im Bündnis für Serbien zusammengeschlossenen Oppositionsparteien ihren

**Wahlboykott** angekündigt, sollten die demokratischen Reformforderungen des Bündnisses, insbesondere jene zur Sicherstellung von fairen und freien Wahlen an die Regierung nicht erfüllt werden. Im September 2019 kündigte die Parlamentspräsidentin Gojković eine Vermittlungsmission des Europaparlaments an. Im Oktober und November fanden die ersten **Vermittlungsgespräche**, noch ohne nennenswerte Ergebnisse statt. Erste Ergebnisse brachte die **dritte Gesprächsrunde** im Dezember 2019. So wurde die Neubesetzung von 5 der 9 Mitglieder der Regulationsbehörde für elektronische Medien (REM) vereinbart, sowie eine gleichberechtigte Vertretung aller Parteien in der Wahlkampfberichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehsender RTS – beides Maßnahmen zur Depolitisierung öffentlicher elektronischer Medien im Wahlkampf. Außerdem wurden Maßnahmen beschlossen, die verhindern sollen, dass Beamte und öffentliche Ressourcen im Wahlkampf eingesetzt werden. Ob diese Vereinbarungen ausreichen, um einen Oppositionsboykott zu vermeiden, war zum Jahreswechsel 2019/2020 noch nicht absehbar, nicht zuletzt da der Großteil der Opposition, vereint im „Bund für Serbien“ nicht an den Vermittlungsgesprächen teilgenommen hatte.

Anfang März 2020 kündete der serbische Präsident die Ansetzung der Parlaments- und Kommunalwahlen für den 26. April an. Kurz zuvor hatte die Regierung die **Änderung des Wahlgesetzes** hinsichtlich der Senkung der Sperrklausel von 5 auf 3 Prozent für den Einzug von Parteien in die Volksvertretung. Sowohl die Opposition als auch die Vermittler des Europaparlaments kritisierten diese überraschende Initiative, die nicht Teil der Vermittlungsgespräche gewesen war als undemokratisches Manöver.

Die Aktion bestärkte den Großteil der Oppositionsparteien in ihrem bereits vorher angekündigten **Wahlboykott**. Lediglich die an den Vermittlungsgesprächen teilgenommenen kleineren Parteien kündigten ihre Teilnahme am Urngang an. Auch innerhalb der größeren Oppositionsparteien regte sich Widerstand gegen den Boykott. So schlossen Abgeordnete von DS und SDS zum Wahlbündnis Srbija 21 (Serbien 21. Jahrhundert) zusammen, um an den Wahlen teilzunehmen. Zugleich kündigten die DS-Bürgermeister von Šabac und Paraćin, zwei der letzten Gemeinden, die von der Opposition kontrolliert werden, ihre Teilnahme an den Kommunalwahlen entgegen des Boykottbeschlusses ihrer Parteiführung an. Die mittlerweile als Verein registrierte Protestbewegung „Einer von 5 Millionen“ vollzog eine Wende und kündigte ebenfalls ihre Teilnahme am Urngang an.

Nachdem mit der Ausrufung des Ausnahmezustands Mitte März die Verschiebung der ursprünglich für Ende April angesetzten Wahlen einherging, entschied die Regierung nach der Aufhebung von lockdown und Ausnahmezustand Anfang Mai, dass die Wahlen endgültig am 21. Juni stattfinden.

## Die Parlamentswahlen vom 21. Juni 2020: Serbien ohne Opposition

Die **Parlamentswahlen** vom 21. Juni wurden zum Triumph für die SNS von Präsident Vučić, stellten zur gleichen Zeit einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Demokratie in Serbien dar. Zum ersten Mal in der Geschichte des serbischen Mehrparteiensystems erreichten nur 3 Parteien (von den 21 zur Wahl zugelassenen Listen) mehr als 3% der Stimmen und schafften damit den Einzug ins Parlament: die SNS erzielte 60,4% der Stimmen und erreicht in der Volksvertretung eine klare Zweidrittelmehrheit; der bisherige Koalitionspartner SPS erzielte mit seiner Liste 10,3 Prozent der Stimmen; als letzte zog der 2018 gegründete Serbisch-patriotische Bund SPAS des Bürgermeisters der Belgrader Gemeinde Neu-Belgrad Aleksandar Šapić mit 3,9% erstmals ins Parlament ein. Außerdem zogen 5 Minderheitenlisten über die für die Minderheiten gesicherten Mandate ins Parlament ein. Präsident Vučić schloss nach den Wahlen nicht aus, die Koalition mit der SPS fortzusetzen. Als zweite Option brach er eine sog. „Konzentrierte Regierung“ auf allen drei im Parlament vertretenen Parteien SNS, SPS und SPAC, sowie einigen parteilosen Experten ins Spiel, wobei diese nur eineinhalb Jahre bis zu vorgezogenen Neuwahlen im Amt sein sollte. Der SPAS-Vorsitzende Šapić erklärte seine Bereitschaft, in eine Regierungskoalition einzutreten. Damit wäre Serbien nicht nur faktisch, sondern auch formal ohne Opposition. Drei Monate nach den Wahlen

hatte Präsident Vučić noch immer keine formellen Schritte zur Regierungsbildung unternommen bzw. bleibt unklar, wann diese zustande kommen wird und warum sich der Präsident und SNS-Vorsitzende so viel Zeit lies. Schließlich entschied sich Präsident Vucic für eine Konzentrationsregierung. Am 24 Oktober 2020 wurde die neue Regierung Brnabic ins Amt gewählt, womit erstmals seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1990 Serbien ohne parlamentarische Opposition blieb.

Das Wahlergebnis signalisierte zugleich das Scheitern des Wahlboykotts durch einen Teil der Opposition. Umfragen vor den Wahlen zeigten, dass nur ein kleiner Teil der Bürger Serbiens den Boykott unterstützte. Die Wahlbeteiligung lag bei 48-50%, und damit so niedrig, wie seit 2000 nicht mehr. Die niedrige Beteiligung dürfte allerdings in erster Linie Ausdruck von Hoffnungs- und Alternativlosigkeit gewesen sein. So weisen Umfragen darauf hin, dass bis zu 20% der Bürger sich eine politische Alternative zu den existierenden Parteien wünschen.

Laut internationalen und einheimischen Wahlbeobachtern der Zivilgesellschaft gab es zwei- bis dreimal soviel **Unregelmäßigkeiten** am Wahltag gegenüber den Wahlen von 2016 bzw. 2017, d.i. in 8-10 Prozent der Wahlkreise. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass diese nicht das Wahlergebnis beeinflusst haben, sondern auf eine höhere als die reale Wahlbeteiligung abzielten. Zu den wichtigsten Unregelmäßigkeiten zählen u.a. Druck auf Wähler und Stimmenkauf. Zu den zentralen Unregelmäßigkeiten im Wahlkapf zählten eine massive Bevorzugung der Regierungsparteien in den Medien, aktiver Wahlkampf durch Regierungsvertreter und der Missbrauch öffentlicher Ressourcen. Von den von der EU in den Vermittlungsgesprächen zwischen Regierung und Opposition diskutierten und teils vereinbarten Reformen wurden praktisch keine für die Wahlen umgesetzt. Eine erweiterte Wahlbeobachtungsmission der OSZE kam infolge von Pandemie und der kurzfristigen Ansetzung des Wahltermins nicht zustande, stattdessen war die **OSZE** mit lediglich 8, in Belgrad stationierten Experten präsent.

Wegen Unregelmäßigkeiten ordnete die Wahlkommission für den 1. Juli Nachwahlen in ca. 3% der Wahllokale an, ohne dass es zu wesentlichen Veränderungen im Wahlergebnis kam. Komplette Neuwahlen wurden auch für die Wahl des Gemeindeparlaments der Stadt Šabac, der letzten **Oppositionshochburg**, angesetzt. Die Anfang September 2020 stattgefundenen Neuwahlen brachten wieder kein klares Ergebnis bzw. keine klare Mehrheit zwischen den beiden politischen Lagern - der SNS auf der einen Seite, und einem aus der DS hervorgegangenen oppositionellen Lager um den amtierenden Bürgermeister, **Nebojša Zelenović**. Während die SNS den Sieg für sich verbuchte, legte das Oppositionsbündnis erneut Protest gegen die Anerkennung der Wahlen in der Mehrzahl der Wahlbezirke bzw. für eine Wahlwiederholung ein.

## Politische Skandale ohne Konsequenzen

Im Herbst und Winter wurde Serbien von einer Reihe politischer Skandale erschüttert, die alle die gleichen Charakteristika aufwiesen: Alle betrafen hochrangige Vertreter des Regimes; alle blieben sie ohne politische Folgen und zeigten so, wie weit das Machtgefüge in Serbien mittlerweile von systematischer Korruption durchzogen ist und es an politischer Verantwortlichkeit mangelt. Zunächst entzog die Universität Belgrad dem amtierenden Finanzminister Siniša Mali den **Dokortitel**, nachdem es seine Dissertation als Plagiat eingestuft hatte. Rücktrittsforderungen wurden von ihm und der Regierungschefin zurückgewiesen. Zugleich berichteten unabhängige Medien über die Fragwürdigkeit des Universitätsabschlusses von Innenminister Nebojša Stefanović, der offiziell einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften vom wirtschaftswissenschaftlichen Ableger in London der privaten serbischen Universität Megatrend hat, die aber in England gar nicht als Hochschule registriert ist.

Stefanović stand auch im Mittelpunkt eines weitreichenden Skandals um politisch protegierte Verkäufe des **staatlichen Militärunternehmens Krušik**, das seit Jahren roten Zahlen schreibt. Medien

berichteten dank der Hilfe eines Whistleblowers aus dem Unternehmen, dass eine private Firma, für die der Vater von Stefanović tätig ist, Granatwerfer für einen Preis unterhalb der Produktionskosten erworben, und teuer in den Nahe Osten verkauft habe. Das Innenministerium ist zuständig für die Genehmigung von Waffenverkäufen. Trotz dieses Interessenkonfliktes und der Tatsache, dass Präsident Vučić bestätigte, dass Stefanovićs Vater für das Unternehmen tätig ist, negierte der Innenminister jegliche Verantwortung und zog keine Konsequenzen. Stattdessen wurde der Whistleblower zunächst verhaftet, und nach öffentlichen Protesten unter Hausarrest gestellt, ohne Anklage und damit rechtliche Grundlage. Parallel erließen die USA Sanktionen gegen einen angeblichen serbischen Waffenhändler, Slobodan Terzić, der zugleich Großspender der Regierungspartei SNS ist.

Schließlich wurde bekannt, dass die serbische Polizei auf dem Gelände des landwirtschaftlichen Großbetriebs von Predrag Kovulija eine der größten **Marihuana**plantage, die jemals auf dem Westbalkan entdeckt wurde, ausgehoben hat. Das Unternehmen war Bezieher umfangreicher staatlicher Subventionen und der Besitzer Teil von Wirtschaftsdelegationen von Präsident Vučić auf Auslandsreisen. Die Opposition warf der Familie Vučić Verbindungen zu Kovulija vor, was vom Präsidenten zurückgewiesen wurde.

## Corona-Krisenmanagement und autoritäre Tendenzen

Wie im Rest der Welt war auch in Serbien Politik und Staat ab März 2020 vollständig reduziert und fokussiert auf das Krisenmanagement der Corona-Pandemie. Im Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten im Westbalkan zeichnete sich dieses Management durch seinen stark populistisch-autoritären Charakter aus.

Serbien hatte seinen ersten offiziellen Coronafall am 6. März und war von Anfang an stärker betroffen als die Nachbarstaaten der Region. Am **31. März** waren in Serbien 900 Personen als mit dem COVID-19-Erreger infiziert registriert, 23 von ihnen waren verstorben.

Die **ursprüngliche Reaktion der serbischen Politik** bis Mitte März trug vergleichbare Züge mit populistischen Regimen in allen Teilen der Welt, bestimmt von Verharmlosung. So erklärte einer der medizinischen Berater der Regierung noch Ende Februar auf einer Pressekonferenz mit Präsident Vucic Corona zum „lustigsten Virus der Geschichte“ und riet serbischen Frauen zum Shopping in Mailand, weil es dort gerade große Rabatte gebe. Gesundheitsminister Zlatibor Lončar erklärte zur gleichen Zeit, dass das Coronavirus viel schwächer als eine normale Grippe sei und Präsident Vučić bestand noch nach Bekanntwerden des ersten Infektionsfalls in Serbien darauf, dass „täglich 25 Mal mehr Menschen an Moskitostichen sterben“ als an COVID-19. Parallel zum Herunterspielen der Gesundheitsbedrohung liefen die Vorbereitungen für die zum 26. April angesetzten Parlaments- und Kommunalwahlen auf Hochtouren.

Nachdem die Regierung in den Tagen zuvor bereits erste Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie getroffen hatte, vollzog sie mit der Verhängung des Ausnahmezustands am 15. März eine **drastische Kehrtwende** hin zur radikalen Maßnahmen. Ein weitgehender Lockdown wurde beschlossen mit zeitlich beschränkten Ausgangssperren für die gesamte Bevölkerung und eine fast komplette Ausgangssperre für ältere Menschen ab 65 Jahren. Alle Geschäfte mit Ausnahmen von Supermärkten und Apotheken wurden geschlossen, der öffentliche Nah- und Fernverkehr weitgehend eingestellt, die Grenzen außer für Warenverkehr geschlossen. Unternehmen wurden angewiesen, soweit wie möglich ihre Mitarbeiter ins Home Office zu schicken. Massive Strafen inklusive Gefängnisstrafen bei Verletzung der Auflagen wurden verhängt. Die Wahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Ausrufung des Ausnahmezustands wie die beschlossenen Maßnahmen zur Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten der Bürger und Bürgerinnen Serbiens beschädigten massiv

Rechtsstaatsprinzipien und waren fast durchweg ohne verfassungsrechtliche Grundlage. So wurde die Entscheidung zur Ausrufung des Ausnahmezustands anstatt vom Parlament von Präsident, Premierministerin und Parlamentspräsidentin mit der verfassungsrechtlich nicht haltbaren Begründung getroffen, das Parlament sei in Zeiten von Corona nicht in der Lage, zusammen zu treten. Auch eine nachträgliche verfassungskonforme rechtliche Sanktionierung durch das Parlament blieb aus. In der Entscheidung fehlte die zwingend notwendige inhaltliche Begründung wie eine zeitliche Befristung des Ausnahmezustands. Während die Regierung in halbwöchentlich geänderten Erlassen die Bestimmungen des Lockdowns regelte bzw. änderte, gründeten sich die weitgehenden Ausgangssperren auf Entscheidungen des Innenministeriums, das dafür keinerlei verfassungsrechtliche Kompetenzen hat. Schließlich bestehen serbische Juristen darauf, dass die fast vollständige Ausgangssperre für ältere Menschen grundsätzlich verfassungswidrig sei, weil sie das Recht auf Bewegungsfreiheit nicht nur einschränke, sondern quasi vollständig abschaffe.

Zugleich haben Regierung und Justizministerium mit Eingriffen in die Justiz hinsichtlich der juristischen Verfolgung von Verletzungen der Krisenmaßnahmen wie der Ausgangsbeschränkungen Rechtsstaatsprinzipien verletzt. So wurde auf die Beschleunigung von Gerichtsverfahren durch Videositzungen gedrängt, Strafen mit rückwirkender Anwendung eingeführt, die Mehrfachverurteilung für den gleichen Tatbestand ermöglicht und das Einspruchsrecht gegen bestimmte Urteile für die Zeit des Ausnahmezustands suspendiert.

Coronamaßnahmen wurden außerdem zur Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit benutzt. Ein Dekret, das Strafen für die Verbreitung von Falschnachrichten vorsah, führte zur Verhaftung einer Journalistin in Novi Sad, die über den Mangel an Schutzausrüstung im dortigen Krankenhaus berichtet hatte. Die Journalistin wurde nach Protesten von nationalen und internationalen Journalistenverbänden und lokaler Zivilgesellschaft schnell wieder freigelassen. Daneben wurden nach einiger Zeit Journalisten von den Regierungspressekonferenzen ausgeschlossen und konnten nun ihre Fragen nur noch online einreichen. Außerdem wurde die im Informationsfreiheitsgesetz verankerte Auskunftspflicht staatlicher Institutionen gegenüber Medien faktisch ausgesetzt.

Eine drastische außenpolitische Wende vollzog Präsident Vucic in der Coronakrise Mitte März. So kritisierte er heftig die – später für die Westbalkanländer zurück genommene – Entscheidung der EU Kommission über einen Exportstopp für medizinische Schutzausrüstung mit den Worten, die europäische Solidarität sei „nicht existent“ bzw. ein „schönes Märchen“, und erklärten, Rettung können nun nur von China kommen. Er habe Präsident Xi Jinping einen Brief geschrieben, offenbarte Vucic, in dem er China um Unterstützung gebeten habe und ihn als „Freund und Bruder“ Serbiens benannt habe. Am 21.3. nahm der Präsident am Belgrader Flughafen – einmalig – eine Maschine mit Hilfsgütern und chinesischen Pandemieexperten in Empfang. Letztere sollten bei der Umsetzung der Pandemiebekämpfung nach (autoritärem) chinesischem Vorbild federführend beratend tätig werden, tatsächlich blieb es aber weitgehend bei der medienwirksamen Inszenierung. Die wesentlich umfangreicheren Hilfen der EU in Höhe von 7,5 Mio. Euro und weiteren 93,4 Mio. Euro fanden hingegen wesentlich weniger politische und mediale Beachtung, während die tatsächliche Höhe chinesischer Hilfslieferungen im Unklaren bleibt.

Ebenso radikal wie die serbische Regierung bei der Verhängung der Corona-Schutzmaßnahmen vorging, erfolgte Anfang Mai die Kehrtwende: nachdem die Zahl der Neuinfektionen auf ein niedriges Niveau gefallen waren, erfolgte praktisch über Nacht die Aufhebung nahezu aller Einschränkungen, indem am 4. Mai der Lockdown komplett aufgehoben wurde und zwei Tage später per Parlamentsentscheidung der Ausnahmezustand, sowie ein neuer Termin für die verschobenen Parlamentswahlen angesetzt wurde.

Eskalierende Bürgerproteste gegen das Krisenmanagement und Polizeigewalt

Frustrationen in Serbien über das angeblich **politisierte Krisenmanagement** der Regierung brachen sich, befeuert durch eine neuerliche Explosion der Infektionszahlen, Anfang Juli in landesweiten Bürgerprotesten Bann. Dass die Zahl an Infektionen nur in der kurzen Periode von etwa sechs Wochen von der Aufhebung des Ausnahmezustands und dem Beginn des Wahlkampfs Anfang Mai für

die zunächst coronabedingt verschobenen Parlamentswahlen bis direkt nach dem triumphalen Wahlsieg der Partei von Präsident Vučić Ende Juni unter Kontrolle waren, nährte diese Interpretation. Die praktisch komplette Aufhebung aller Schutzmaßnahmen über Nacht war gefolgt von Massenveranstaltungen wie Wahlkampfveranstaltungen der regierenden SNS oder das Belgrader Stadtderby der beiden Fußballklubs Roter Stern und Partisan mit 25.000 Zuschauern – ohne Einhaltung von Mindestabstand oder dem Tragen von Masken. Die massiv Wahlkampf betreibenden Regierungsmitglieder wie der Präsident warben mit der vermeintlich erfolgreichen Bekämpfung der Pandemie, personalisiert wie alle offizielle Politik in der Führungsperson von Vučić.

Direkt nach dem Wahltag berichteten die Behörden zum ersten Mal wieder von steigenden Infektionszahlen. Zugleich veröffentlichten unabhängigen Medien Berichte, nach denen die tatsächlichen Todeszahlen mehr als doppelt so hoch seien, wie offiziell behauptet. Während diese Berichte im Juni noch von der Regierung zurückgewiesen wurden, musste Ende September ein Mitglied des Regierungsstabs der serbischen Regierung eingestehen, dass die tatsächlichen Todeszahlen im Juni dreimal so hoch gelegen hätten als offiziell angegeben. Er schob diesen „Fehler“ auf die Einführung eines neuen Informationssystems. Seit Ende Juni und im Verlauf des Juli stiegen die täglichen Zahlen an Neuinfektionen zunächst erneut auf über einhundert, und später auf bis zu nahezu fünfhundert an. In einzelnen Städte wie Novi Pazar in der Region Sandžak aber auch in Belgrad drohten Kapazitätsengpässe in Krankenhäusern bzw. traten diese ein. Auch hochrangige Vertreter von Staat und der Regierungspartei SNS, die an einer Wahlparty unter Missachtung jeglicher Schutzmaßnahmen teilgenommen hatten, infizierten sich mit dem Coronavirus, darunter Verteidigungsminister Vulin, der Kosovobeauftragte der Regierung Đurić und die Parlamentspräsidentin Gojković.

Die explodierenden Infektionszahlen brachten die Regierung in Zugzwang. Am 7. Juli verkündete der Staatspräsident auf einer Pressekonferenz die Wiedereinführung einen strikten Lockdowns für Belgrad, eine Ankündigung, die viele Bürger erzürnte. Bereits in den Tagen davor hatten Studentenproteste in Belgrad die Regierung von ihrem Plan abgebracht, die Studentenwohnheime zu schließen, um sie für die Coronanotversorgung umzufunktionieren. Nun gingen in Belgrad und in den folgenden Nächten in diversen weiteren serbischen Städten zehntausende Bürger auf die Straße. Sie protestierten gegen die Ankündigung wie das Coronamanagement insgesamt, und forderten, es in die Hände von Gesundheitsexperten zu legen. Umfragen hatten bereits gezeigt, dass eine Mehrheit der Bürger dem Krisenmanagement und der Informationspolitik der Regierung misstraut. Zugleich gerieten die **Demonstrationen** erneut zum Protest gegen den autoritären Führungsstil des Regime Vučić. Die Zusammensetzung der Demonstrierenden war aber insgesamt heterogen und umfasste auch rechtsnationalistische Gruppierungen und Hooligans. Letztere wurden für Gewaltexzesse gegen die Polizei am ersten und anderen Abenden und die kurzzeitige Stürmung des serbischen Parlaments am 7. Juli verantwortlich gemacht. Die Polizei, die Sondereinheiten zum Einsatz brachte, antwortete zunächst ebenfalls mit, wie Nichtregierungsvertreter und internationale Organisationen behaupteten, exzessiver Gewaltanwendung. Teile der Opposition und der Demonstranten beschuldigten die Regierung, sie hätte gewaltsame Extremisten in die Demonstrationen eingeschleust, um die Proteste zu diskreditieren. Der Staatspräsident beschuldigte ausländische Geheimdienste und angeblich aus den Nachbarländern eingeschleuste Kriminelle für die Unruhen. Beides blieb unbewiesen. Die Proteste kamen nach einigen Tagen landesweiter Demonstrationen zum Erliegen. Politische Beobachter sehen die Ursachen für das Scheitern der Proteste in ihrer ideologischen Heterogenität und dem Fehlen politischer Führungskräfte, die einen solchen Protest kanalisieren und anführen könnten.

## Außenpolitik, EU-Integration

## Serbiens außenpolitisches Lavieren

**Serbiens außenpolitische Orientierung** ist Ausdruck eines Spannungsverhältnisses zwischen der stattfindenden demokratischen Transformation und dem ideologischen Erbe des Nationalismus aus den 1990er Jahren. Die überwiegende Mehrheit der politischen Eliten und Bevölkerung sieht ihr Land als Teil Europas und des Westens und unterstützt die euro-atlantische Integration Serbiens. Eine Mehrheit unterstützt das zentrale Ziel der Politik der aktuellen Regierung, die EU-Mitgliedschaft. Offen bleibt z.Z. die Frage einer Nato-Mitgliedschaft – auf der einen Seite ist sie Teil der euro-atlantischen Integration, auf der anderen steht die Erfahrung mit dem Krieg gegen die Nato um das Kosovo 1999.

Der eindeutig positiven Einstellung zur Europa- und Westbindung Serbiens steht ein eigentümlich positives **Verhältnis zu Russland** gegenüber: es ist stark emotional-national gefärbt, was dem Verhältnis eine Schiefelage verleiht, da auf der anderen Seite die russische Betonung der slawischen Brüderlichkeit reinem machtpolitischem und ökonomischem Kalkül zu folgen scheint.

Das positive Verhältnis zu Russland zementierte sich insbesondere während der 1990er Jahre als Russland sich in den Balkankriegen konsequent auf die Seite Serbiens stellte. Russland unterstützte Serbien 2006-08 in der Ablehnung der staatlichen Unabhängigkeit Kosovos und der Verhinderung der Sanktionierung des Friedensplans des UN-Vermittlers Ahtisaari durch den Sicherheitsrat. 2008 unterzeichnete Serbien einen Vertrag mit Russland, der die enge energiepolitische Verflechtung der beiden Staaten besiegelte. Serbien stimmte dem Bau der Gaspipeline Southstream über serbisches Staatsgebiet im Gegenzug für zukünftige Durchleitgebühren zu. Zugleich wurde das staatliche Ölunternehmen NIS an eine Tochtergesellschaft von Gazprom verkauft.

Durch die **Ukrainekrise** ist die serbische Regierung in eine schwierige geopolitische Lage geraten: Einerseits hat sie sich für die Integration in die EU entschieden und verpflichtet sich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zur Harmonisierung ihrer Außenpolitik mit der der Union; zugleich hat sie kein Interesse an einem Abweichen vom traditionell guten Verhältnis zu Moskau, nicht zuletzt auch aus Gründen ökonomischer Abhängigkeit. So hat die Regierung in Belgrad einen Mittelweg gewählt – sie hat vorsichtig Kritik an der Unterminierung der Souveränität der Ukraine geübt, ohne dabei zugleich direkt Kritik an Moskau zu üben und ohne sich den Sanktionen der EU gegen Russland anzuschließen.

Dass dieser Spagat Serbiens europäische Partner irritieren sollte, ohne dem Land einen Gewinn an außenpolitischer Souveränität einzubringen, zeigte sich im Verlauf des Herbstes 2014. Am 16. Oktober empfing Belgrad den russischen Präsidenten zu einer **Militärparade** anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung der serbischen Hauptstadt von der nationalsozialistischen Besatzung, wobei die Feierlichkeiten um 4 Tage vorverlegt wurden, um sie an Putin's Reiseplanung anzupassen. Ungeachtet dieser demonstrierten Verbundenheit mit Russland kündigte Putin während eines Staatsbesuchs in der Türkei am 01. Dezember überraschend die **Aufgabe des Pipelineprojekts Southstream** an – wie sich an den Reaktionen zeigen sollte ohne die Repräsentanten der serbischen Regierung im Vorfeld zu informieren. Für neuerliche Irritationen sorgte nach den Parlamentswahlen von 2016 Premier Vučić durch eine offiziell als privat deklarierte Reise nach Moskau Ende Mai, auf der er sich u.a. mit dem russischen Präsidenten Putin getroffen hatte. In den letzten Jahren hat die russische Regierung ihre soft power-Instrumente in Serbien massiv ausgebaut. So sind nach einer **Studie** von 2016 in Serbien über hundert russische Organisationen tätig, darunter allein etwa 30 Medien.

Ende Oktober 2019 hat die serbische Ministerpräsidentin Brnabić trotz Kritik der EU ein Freihandelsabkommen mit der von Russland angeführten **Eurasischen Wirtschaftsunion** (EAEU) unterzeichnet. Das Abkommen ersetzte die bisherigen bilateralen Handelsabkommen, die Serbien mit Russland, Kasachstan und Weißrussland unterhalten hatte, und dehnt diese auf alle Mitgliedsstaaten der Union aus. Kritik kam aus der EU. Kommissionsvertreter stellten klar, dass Serbien mit der angestrebten Mitgliedschaft in der EU aus dem Abkommen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion aussteigen müsse.

Belastet wurden die serbisch-russischen Beziehungen im November 2019 durch die sogenannte Spionageaffäre. Ein im Internet aufgetauchtes Video zeigte eine nächtliche Geldübergabe auf einem Parkplatz in Belgrade, angeblich zwischen einem russischen Botschaftsangehörigen und Mitglied des russischen Militärgeheimdienstes GRU und einem Angehörigen des serbischen Geheimdienstes. Laut Präsident Vučić bestätigte die Identität des russischen Geheimdienstlers, bestand aber darauf, dass die Aufnahme bereits aus 2018 stamme, und einen pensionierten Angehörigen der serbischen Armee zeige. Auch habe der russische Spion mindestens 10 weiteren Militärangehörigen Geld übergeben. Bei aller Kritik betonte der serbische Präsident, dass die Politik seines Landes gegenüber Russland sich nicht ändern werde, und er davon überzeugt sei, dass der russische Präsident Putin über die Aktionen seines Geheimdienstes nicht informiert gewesen sei.

Serbien unternahm Ende 2019 weitere **Initiativen** zur Vertiefung des Verhältnisses mit Russland in der militärischen Kooperation, die westliche Gegenreaktionen provozierten. So hielten die beiden Länder Ende Oktober die gemeinsame Militärübung „Slawisches Schild 2019“ in Serbien ab. In diese kamen auch die russischen Flugabwehrsysteme Pancir S-1 und S-400 zum Einsatz - das erste Mal außerhalb Russlands (wie der völkerrechtswidrig von Russland annektierten Krim). Im Nachgang kaufte Serbien das Pancir-System. Eine Ankündigung von Präsident Vučić, auch das S-400-System kaufen zu wollen, nahm das Staatsoberhaupt nach amerikanischen Sanktionsdrohungen wieder zurück. Im Vorfeld eines Staatsbesuchs von Vučić bei Putin in Moskau Anfang Dezember lieferte Russland vorzeitig von Serbien bestellte und bezahlte vier Mi-35M Hubschrauber aus.

## Verhältnis zu den Nachbarstaaten

Im Verhältnis zu Serbiens Nachbarn hatte der damalige Präsident Tadić ab 2010 mehrere Initiativen zu historischer Versöhnung unternommen, gegenüber Kroatien in Kooperation mit dem damaligen Präsidenten **Ivo Josipović**, aber auch in Bosnien. Dem gegenüber standen regelmäßige, fortgesetzte Spannungen, die sich aus Konflikten um die juristische Aufarbeitung der jüngsten Kriege sowie einer von der Belgrader Regierung seit 2010 betriebenen, verstärkten aktiven „**Diaspora**“-Politik gegenüber den Serben in den Nachbarländern.

Unter der Regierung Vučić ist es nach 2012 zu einer weiteren Verbesserung der regionalen Beziehungen gekommen. Insbesondere im Rahmen des 2014 von der deutschen Kanzlerin Merkel und dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama angestoßenen, sogenannten **Berlin-Prozesses** hat sich das Verhältnis zwischen den Regierungen der Region erheblich verbessert und sind verschiedene, von der EU unterstützte regionale Infrastrukturprojekte angestoßen worden. Außerdem wurde ein **regionales Jugendwerk (RYCO)** nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks begründet.

Zu Spannungen im Verhältnis zum Nachbarn Kroatien kam es im Herbst 2015 kurzzeitig im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und erneut Anfang 2016, als die neue konservative kroatische Regierung vorübergehend die Eröffnung der Justizkapitel 23 und 24 des Beitrittsprozesses durch die EU blockierte. Diese Blockade konnte erst nach starkem politischem Druck anderer EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschlands, überwunden werden. Im Sommer flammten erneut Spannungen auf, als kroatische und serbische Politiker in der angeheizten Atmosphäre im Vorfeld der Parlamentswahlen in Kroatien vom 11. September öffentlich nationalistische Anschuldigungen austauschten. Die Auseinandersetzungen führten auch zu einem **Briefwechsel** zwischen dem serbischen Premierminister Vučić und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Im Februar 2018 nährte der **Staatsbesuch von Präsident Vučić in Zagreb** Hoffnungen auf eine Entspannung im bilateralen Verhältnis. Das Treffen mit Präsidentin Grabar-Kitarović war die erste offizielle Begegnung zwischen den Staatsoberhäuptern Serbiens und Kroatiens. Das politische Tauwetter war allerdings von kurzer Dauer. Mitte April sorgte ein Vorfall im serbischen Parlament für **neue Spannungen** zwischen den Nachbarn. Vojislav Šešelj, serbischer Abgeordneter, Vorsitzender der extrem-nationalistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS) und vom UN-Kriegsverbrechertribunal wegen Verbrechen im Kroatienkrieg verurteilt, beleidigte im serbischen

Parlament eine Delegation des kroatischen Parlaments rassistisch. Infolgedessen kam es zwischen den beiden Regierungen zunächst zur verbalen Eskalation, und dann zum Einreiseverbot für den serbischen Verteidigungsminister nach Kroatien, worauf die serbische Regierung mit der entsprechenden Gegenmaßnahme reagierte.

Zu Spannungen kam es im Herbst 2016 auch zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina, und zwar infolge eines in der mehrheitlich serbisch bewohnten bosnischen Entität, der Republika Srpska (RS) am 25. September organisiertes, vor Verfassungsgericht BuH als verfassungswidrig verbotenen, Referendums. Die serbische Regierung war von westlichen Partners gedrängt worden, den Initiator des Referendums, RS-Präsident Milorad Dodik zum Verzicht auf das Referendum zu bewegen. Vučić und Präsident Nikolić wählten bei einem Treffen mit führenden serbischen Politikern aus BuH allerdings einen Mittelweg um ihre nationalistische Partei- und Wählerbasis nicht zu verprellen: sie distanzieren sich von dem Referendum, vermeiden es aber, sich dagegen auszusprechen. Das führte zu Spannungen und offenen Kriegsdrohungen zwischen bosniakischen Politikern aus Sarajevo und serbischen Regierungsvertretern. Hatte Vučić als Premierminister Serbiens zunächst eine Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina verfolgt, die sich durch ein relativ distanziertes Verhältnis zum Regime in der Republika Srpska und die Betonung auf gute bilaterale Beziehungen mit Bosnien und seinen staatlichen Institutionen deutlich von der seiner Vorgänger unterschied, hat der heutige serbische Präsident in den letzten Jahren wieder deutlich den nationalistischen Schulterschluss mit der RS gesucht. Infolge der Brüsseler Verhandlungen über ein umfassendes Abschlussabkommen zwischen Serbien und Kosovo und dem erfolglosen Bemühen von Präsident Vučić ab dem Sommer 2018, einen Gebietstausch zwischen den beiden Ländern durchzusetzen, und zusätzlich befeuert durch die Entscheidung der kosovarischen Regierung vom November, Strafzölle gegen Serbien und Bosnien-Herzegowina einzuführen, hat der serbische Präsident verstärkt den nationalistischen Schulterschluss mit Milorad Dodik, der im nach den Wahlen vom Oktober 2018 als serbisches Mitglied ins Staatspräsidium des Nachbarstaats Serbiens gewechselt hatte, gesucht.

Zu neuerlichen Spannungen führte Ende 2019 die Verabschiedung der neuen **Verteidigungs- und nationalen Sicherheitsstrategie** Serbiens. Darin wurde erstmals die Verteidigung der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina als nationale Verteidigungspriorität in einem staatlichen Dokument festgeschrieben. Zwar hielt die Strategie die Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität des Nachbarstaates fest, insistierte aber zugleich darauf, dass Serbien ein „Garant“ der Daytoner Friedensvertrags von 1995 sei – eine bewusste politische Fehlinterpretation, die v.a. von bosniakischen Politikern kritisiert wurde.

Das bilaterale Verhältnis Serbiens zum Nachbarstaat Montenegro war seit dessen Loslösung vom gemeinsamen Staatenbund 2006 unter internen Spannungen im kleinen Westbalkanland, in dem sich eine Minderheit, die knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, als Serbien nicht als Montenegriner identifiziert und gen Belgrad schaut, traditionell nicht frei von Spannungen. Unter der Vučić-Regierung kam es nach offizieller Darstellung zu einer weitreichenden Normalisierung der politischen Beziehungen mit der montenegrinischen Regierung des Langzeit-Premiers Milo Đukanović. Das hat sich in den letzten Jahren allerdings wieder geändert. Für Irritationen in zwischenstaatlichen Verhältnis sorgte ein am Tag der montenegrinischen Parlamentswahlen am 16. Oktober 2016 aufgedeckter und verhinderter, angeblicher **Staatsstreich**. Als Beschuldigte wurden am Wahltag 20 serbische Staatsbürger verhaftet, darunter der ehemalige Leiter der Sonderpolizei Serbiens, der Gendarmerie, Bratislav Dikić. Hintergründe und Fundiertheit der Behauptung eines Putsches waren zunächst unklar, die bei den Wahlen unterlegene pro-serbische Opposition beschuldigte das Regime eines inszenierten Putsches mit dem Ziel der Manipulation der Wahlergebnisse. Die montenegrinische Staatsanwaltschaft identifizierte zwei russische Staatsangehörige als Hauptverantwortliche und beschuldigte die russische Regierung, Drahtzieher des gescheiterten Putsches zu sein. Diese Version wurde von westlichen Geheimdiensten gestützt. Nach anfänglichen Spannungen schwenkten die serbischen Behörden um zu voller Kooperation.

Seit Anfang 2020 sorgt ein Konflikt zwischen der montenegrinischen Staat, der Regierung und der Serbisch-Orthodoxen Regierung für anhaltende Spannungen zwischen Serbien und Montenegro.

Anlass ist ein **neues Religionsgesetz**, das unter Widerstand der pro-serbischen Opposition am 6. Januar vom Parlament verabschiedet wurde. Zwar bescheinigen internationale Organisationen wie die Venedig-Kommission des Europarates den modernen Charakter des Gesetzes, es hat jedoch zum offenen Konflikt mit den Vertretern der Serbisch-orthodoxen Kirche in Montenegro geführt. Dabei geht es um eine Klausel, die die serbische Kirche in Montenegro zwingt, die Rechtmäßigkeit ihre Kirchenbesitztümer für die Zeit vor 1918, als das montenegrinische Königreich vom Königreich Jugoslawien annektiert wurde, und die autokephalen Montenegrinischen orthodoxen Kirche samt ihrer Gebäude zwangsweise in die Serbisch-orthodoxe Kirche aufging. Mit dem **Gesetz** dürfte die überwiegende Mehrzahl an Kirchen, Klöstern und anderen Gebäude an die Montenegrinisch-orthodoxe Kirche, die 1993 mit Unterstützung des Regierung (wieder)gegründet wurde und die Rechtsnachfolge ihrer historischen Vorgängerin beansprucht, fallen, obwohl diese nur ca. 30% der orthodoxen Gläubigen im Land um sich versammelt. Die Verabschiedung des Gesetzes hat zu massiven Protesten von Geistigen und den Anhängern der serbischen Kirche geführt, zu einem versuchten Angriff von Belgrader Fußballhooligans auf die Botschaft Montenegros in der serbischen Hauptstadt und dem versuchten gegenseitigen Austausch diplomatischer Protestnoten, die die Botschafter in den beiden Hauptstädten auf Anweisung ihrer Regierungen nicht entgegennahmen. Die Spannungen flammten Mitte Mai erneut auf, als die höchsten Würdenträger der Serbisch-orthodoxen Kirche in Montenegro unter **Verstoß der Corona-Auflagen** in der Stadt Nikšić eine Ostermesse mit mehreren Tausend Gläubigen feierten. Die anschließende Verhaftung des Bischoffs von Nikšić und weiterer Priester führte zu gewaltsamen Protesten in mehreren montenegrinischen Städten.

Der Konflikt um das Religionsgesetz spielte auch eine prominente Rolle bei den montenegrinischen Parlamentswahlen vom 30. August 2020, bei denen das Đukanović-Regime erstmals nach 30 Jahren die Macht an ein diverses Oppositionsbündnis verlor. Obgleich sich Repräsentanten der serbischen Regierung wie Präsident Vučić mit intervenierenden Äußerungen im Wahlkampf zurück hielten, führte die Berichterstattung der regierungsnahen Medien in Serbien, welche sich klar auf Seiten der pro-serbischen Opposition positionierten zu erneuten **Spannungen** zwischen Podgorica und Belgrad.

Das Verhältnis zu Albanien war lange Zeit traditionell von Distanz geprägt - erstens aufgrund der Feindschaft der beiden sozialistischen Regime in Jugoslawien und Albanien, und ab den 1990er Jahren wegen der Unterdrückungspolitik Belgrads gegen die albanische Mehrheitsbevölkerung im Kosovo. Zu einer historischen Normalisierung ist es in jüngster Zeit gekommen. Für den 22. Oktober 2014 war mit der geplanten Reise von Premierminister Edi Rama nach Belgrad der erste Staatsbesuch eines albanischen Regierungschefs seit 1946 vorgesehen. Am 15. Oktober kam es allerdings in Belgrad zu gewaltsamen **Ausschreitungen während eines Länderspiels** zwischen Serbien und Albanien. Der Flug einer großalbanischen Flagge an einer ferngesteuerten Drone über dem Stadion führte zu Rangeleien zwischen albanischen und serbischen Spielern und gewaltbereiten serbischen Hooligans. Dem Spielabbruch folgten tagelange erhitzte gegenseitige Anschuldigen und nationalistische Äußerungen höchster Regierungsvertreter aus Tirana und Belgrad und die Übereinkunft, den Staatsbesuch zu verschieben. Der **Staatsbesuch** fand dann tatsächlich am 10. November 2014 statt und war insgesamt von der Beruhigung der Stimmung geprägt, doch blieb auch der Belgradaufenthalt nicht ohne „Skandal“. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz von Edi Rama mit seinem serbischen Kollegen Vučić forderte Rama Serbien zur Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo auf, was von Vučić und den serbischen Medien als Provokation kritisiert wurde. Präsident Nikolić verweigerte ein Treffen mit Rama. Zur weiteren Entspannung in den bilateralen Beziehungen trug der, ebenfalls historische, Gegenbesuch von Vučić am 27. Mai 2015 in der albanischen Hauptstadt Tirana bei.

## **Verhältnis zum Westen**

**Serbiens Verhältnis zu Deutschland** ist ein Sonderverhältnis. Seit 2000 besteht eine starke Fixierung der deutschen Politik gegenüber dem Westlichen Balkan auf Serbien. Diese hat ihren Ursprung in der

in Deutschland innenpolitisch umkämpften Beteiligung am Kosovokrieg gegen Serbien sowie in der aktiven Unterstützung der DOS-Opposition bei Regimewechsel am 05. Oktober 2000 durch Deutschland. Seit der deutschen Unterstützung für die Unabhängigkeit des Kosovo ist dieses Sonderverhältnis etwas abgeschwächt. Mit der **politischen Initiative der Kanzlerin Merkel** im Serbien-Kosovo-Konflikt im Sommer 2011 ist Berlin allerdings zum wichtigsten Außen- bzw. europapolitischen Bezugspunkt für Serbien aufgestiegen. Eine bedeutende Rolle in der Entwicklung des bilateralen Verhältnisses spielt Deutschlands Position als einer der wichtigsten Handelspartner Serbiens. Die herausgehobene außenpolitische Bedeutung Deutschlands für Serbien unterstrichen zwei **Staatsbesuche** von Premier Vučić in Berlin, die dieser unmittelbar nach Amtsantritt 2014 unternahm.

Zu den **USA** pflegt Serbien heute ein gutes Verhältnis, auch wenn dieses seit der Übernahme von Führungsverantwortung in der Kosovofrage durch Deutschland etwas hinter das zwischen Belgrad und Berlin zurückgetreten ist. Die USA stehen an erster Stelle der militärischen Zusammenarbeit aller westlichen Staaten mit Serbien.

## Dritte Akteure

Serbien hat nach 2009 ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis zur Türkei entwickelt. Dieses geht zurück auf die „zero problems with the neighbours“-Politik des türkischen Außenministers Davutoglu und die Vermittlung der Türkei im Sandzak sowie im **serbisch-bosnisch-herzegowinischen Verhältnis**. Nachdem die intensiven politischen Bemühungen der Türkei im Westbalkan vom Beginn des aktuellen Jahrzehnts infolge türkischer innen- und außenpolitischer Verwerfungen nachgelassen hatten, versuchte Präsident Erdogan 2017 einen Neustart: am 8. Oktober 2017 machte er sich mit einer großen Delegation, welche acht Kabinettsmitglieder und fast zweihundert türkische Wirtschaftsvertreter umfasste, zu einem **dreitägigen Staatsbesuch nach Serbien** auf. Im Rahmen der Reise verabschiedeten die Regierungen Serbiens und der Türkei verschiedene Wirtschaftsabkommen. U.a. bekam die Türkei den Zuschlag für den Bau einer Autobahn zwischen den Hauptstädten Serbiens und Bosnien-Herzegovinas, Belgrad und Sarajevo.

China gehört neben Russland zu den „traditionellen Partnern“ Serbiens, v.a. als Unterstützer des Westbalkanlandes im UN-Sicherheitsrat was die Ablehnung der völkerrechtlichen Anerkennung des Kosovos angeht. Am 16. Dezember 2014 fand in Belgrad das **vierte Gipfeltreffen** zwischen China und den Staaten Mittel- und Südosteuropas statt. Die Ministerpräsidenten von China und 16 europäischen Staaten sowie zahlreiche Wirtschaftsdelegationen nahmen an dem Treffen statt, in dem über mögliche Investitionsprojekte Chinas in Mittelost- und Südosteuropa diskutiert wurde. Thema war u.a. eine mögliche chinesische Investition in den Bau einer Autobahn von Belgrad nach Budapest. Politische Beobachter und Ökonomen waren sich allerdings uneinig darüber, ob China in der Region rein wirtschaftliche oder doch primär politische Ziele verfolgt bzw. ob es China primär um den Zugang zum EU-Markt geht und ob die Region einen wirklichen ökonomischen Nutzen von einer stärkeren chinesischen Präsenz haben wird.

## EU-Integration

Am 21. Januar 2014 hat Serbien **Beitrittsverhandlungen** mit der Europäischen Union aufgenommen – ein historischer Tag für das Balkanland. Vorausgegangen war eine entsprechende Entscheidung des Rates der EU im Dezember 2013.

Die EU-Integration ist spätestens seit mehreren Jahren das alles überspannende Koordinatensystem serbischer Politik – nicht nur in der außenpolitischen Orientierung, sondern auch als Rahmen demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen. Serbiens EU-Integrationsprozess hat durch politische Instabilität im letzten Jahrzehnt eine Verzögerung gegenüber Nachbarstaaten wie etwa Kroatien erfahren. Erst unter der aktuellen Regierung ist Serbien auf einen Kurs beschleunigter Umsetzung der Reformbedingungen zur Erlangung wichtiger Schritte auf dem Weg EU-Mitgliedschaft

eingeschwenkt. Die Aufgaben die mit der Umsetzung der technischen Anforderungen der EU-Integrationsprozesses verbunden sind lagen in Serbien in der Verantwortung einer extra für diese Funktion gegründeten Regierungsinstitution - dem Büro für EU-Integration. Seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen liegt diese Verantwortung nun bei einem eigenen **Ministerium für Europäische Integration**. Einerseits hat die Regierung wichtige Reformen in zentralen Bereichen wie Marktliberalisierung und Justizreform angestoßen, andererseits hat sie eine aktive Lobbyarbeit in Brüssel und den EU-Hauptstädten entwickelt. Fortschritte Serbiens im EU-Integrationsprozess blieben lange blockiert bzw. verlangsamt durch die mangelnde Kooperation des Landes mit dem **UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)** in Den Haag, insbesondere auf die Verhaftung der gesuchten Radovan Karadzic und Ratko Mladić. Als wenige Tage nach der Bildung der amtierenden Regierung Karadzic im Juli 2008 in Belgrad verhaftet wurde, war der Weg frei für eine Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU. Während das serbische Parlament das Abkommen im September desselben Jahres ratifizierte, blieb der Ratifizierungsprozess durch die 27 EU-Mitgliedsstaaten infolge unzureichender Bemühungen um die Verhaftung des weiter flüchtigen Ratko Mladić eingefroren. Weitere Reformforderungen der Europäischen Kommission blieben die Reform des Justizwesens sowie die Reform des Wahlrechts. Nachdem Mladić Mitte 2011 in Nordserbien verhaftet wurde fiel der letzte große Stolperstein für die Prüfung des Antrags auf Kandidatenstatus, den die serbische Regierung zuvor schon bei der Kommission eingereicht hatte. Doch mit dem Ausbruch der **Unruhen im Norden des Kosovo** im Sommer 2011 und rückte schnell ein anderer Aspekt endgültig in das Zentrum von Serbiens EU-Integrationsziel, der durch die innere Uneinigkeit der EU lange in den Hintergrund gedrängt war: mit der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch die Mehrzahl der EU-Staaten lässt sich Serbiens Wunsch auf Beitritt zur Union in letzter Konsequenz nur durch eine (zumindest) faktische Akzeptanz des Verlusts der ehemaligen Provinz realisieren lassen.

Durch den 2013 erzielten Durchbruch im Kosovokonflikt wurde der Weg frei für den zuvor blockierten EU-Integrationsprozess Serbiens, dem der Beginn der Beitrittsverhandlungen im Januar 2014 folgte. Im Frühjahr desselben Jahres begann der Screening-Prozess der 35 Kapitel der Beitrittsverhandlungen auf Grundlage eines zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarten **Framework Agreement**. Eine Besonderheit und ein Novum stellt das Kapitel 35 dar, das sich auf die Frage des Kosovo bezieht. Über die Verhandlungen zu diesem Kapitel, welches über den gesamten Beitrittsprozess offen bleiben wird, soll die volle Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo und die faktische Ablösung Kosovos aus dem serbischen Staatsgebilde erzielt werden.

Im März 2015 wurde der Screening-Prozess aller Beitrittskapitel abgeschlossen. Die serbische Regierung hoffte und drängte bereits seit Herbst 2014 auf die baldige Eröffnung der ersten Kapitel. Diese Hoffnung erfüllten sich allerdings zunächst nicht: Infolge der Neuwahlen in Serbien und dem Kosovo und der Regierungsbildungskrise in Prishtina 2014 war die Fortsetzung des politischen Dialogs bis Anfang 2015 faktisch blockiert. Damit fehlten die Bedingungen für die Eröffnung des Kosovo-Kapitels, Kapitel 35. Großbritannien und v.a. Deutschland aber hatten im Framework Agreement durchgesetzt, dass Kapitel 35 zu Beginn des Beitrittsprozesses eröffnet wird. Belgrad und andere EU-Mitgliedsstaaten konnten sich mit ihrer Forderung, die ersten Kapitel ohne das Kapitel 35 zu eröffnen, nicht durchsetzen.

Mit der Fortsetzung des Dialogs 2015 - einem Justizabkommen im Februar und einem Teilabkommen über den serbischen Gemeindeverband im August wurde der Weg für die Fortführung des Beitrittsprozesses freigemacht: Im Rahmen der zweiten Beitrittskonferenz zwischen EU und Serbien am 14. Dezember 2015 wurden die ersten beiden Kapitel, das Kosovo-Kapitel 35 und Kapitel 32 zu Finanzkontrolle eröffnet.

Im Frühjahr 2016 gerieten die Beitrittsverhandlungen der EU mit Serbien erneut ins Stocken: die neue konservative kroatische Regierung kündigte an, die Eröffnung zweier weiterer Kapitel, der sogenannten Justizkapitel 23 und 24 zu blockieren. Zagreb forderte Änderungen an einigen Gesetzen im Zusammenhang mit der juristischen Aufarbeitung serbischer Kriegsverbrechen aus den Balkankriegen der 1990er Jahre. Ende Mai verkündete die kroatische Regierung eine Einigung mit

Belgrad in der Angelegenheit und damit das Ende seiner Blockadehaltung. Die Eröffnung der zwei neuen Kapitel erfolgte Mitte Juli 2016. Im Dezember desselben Jahres eröffnete Serbien zwei weitere Kapitel, Kapitel 5 über öffentliches Vergabewesen sowie Kapitel 25, Wissenschaft und Forschung. Letzteres wurde gleich wieder - vorläufig - geschlossen.

Mitte Januar 2017 haben die EU-Mitgliedsstaaten grünes Licht für die **Eröffnung eines weiteren Verhandlungskapitels**, Kapitel 26 über Kultur und Bildung gegeben. Am 27. Februar 2017 eröffnete die EU **zwei neue Kapitel** mit Serbien, neben Kapitel 26 zu Bildung und Kultur noch Kapitel 20 zu Unternehmens- und Industriepolitik. Kapitel 26 wurde gleich (vorläufig) geschlossen. Im Juni und Dezember 2017 erfolgte die Eröffnung von jeweils zwei weiteren Beitrittskapiteln - von Kapitel 7, Intellektuelles Eigentum, und 29, Zollunion, sowie von Kapitel 6, Unternehmensrecht, und Kapitel 30, externe Beziehungen. 2018 folgte die Eröffnung weiterer vier Kapitel: 13 (Fischerei), 33 (Finanzen und Haushalt), 17 (Wirtschafts- und Geldpolitik) und 18 (Statistik). 2019 wurden keine weiteren Kapitel eröffnet, was unter anderem auch mit der französischen Blockade des Erweiterungsprozesses, die sich an der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien festmachte und Anfang 2020 zur Verabschiedung einer neuen Methodologie für den Beitrittsprozess führte, zusammenhing.

Serbien scheiterte auch im Juni 2020 erneut, eine Entscheidung für die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel durch die EU-Mitgliedsstaaten zu erreichen. Mehrere Mitgliedsstaaten blockierten die Eröffnung, v.a. wegen fehlender Fortschritte in der Rechtsstaatlichkeit, d.h. Kapitel 23 und 24. Stattdessen kündigte Präsident Vučić auf einer vom französischen Präsidenten Macron im Juli in Paris organisierten Serbien-Kosovo-Konferenz an, dass Serbien den Beitritt zur neuen EU-Methodologie akzeptiere (der für Beitrittskandidaten, die bereits Verhandlungen führten, freiwillig war).

Seit 2015 hat Serbien insgesamt 18 Beitrittskapitel mit der EU eröffnet; zwei davon wurden vorläufig geschlossen.

## Kosovo

Am 9. Dezember 2011 hat der Rat der EU die positive Entscheidung bzgl. des **Kandidatenstatus für Serbien** aufgrund der Unruhen im serbisch besiedelten Norden des Kosovo auf das Frühjahr 2012 verschoben. Damit ist das Kosovo nach Jahren wieder in Zentrum von Serbiens Innen- wie Außenpolitik gerückt. Das Kosovo war Ausgangs- und Endpunkt des Milošević-Regimes wie des Zerfalls Jugoslawiens. Als serbische autonome Provinz, die teils mehr Zuständigkeiten hatte als die Republik selber, stellte die Forderung der albanischen Mehrheitsbevölkerung von 1981 den Beginn einer Systemkrise des sozialistischen Jugoslawien dar. Seine Instrumentalisierung, des Verhältnisses von Serben und Albanern in der Provinz diente Slobodan Milošević zum machtpolitischen Aufstieg. Er benutzte das „virtuelle Kosovo“, das Symbole des serbischen Nationalismus als Instrument nationalistischer Mobilisierung und der Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte. Das „reale Kosovo“ wurde Opfer dieser Politik, die Kosovopolitik Belgrads in den 1990er Jahren nie auf eine Lösung der realen Probleme auf dem Kosovo wie des serbisch-albanischen Verhältnisses orientiert. Die nach dem Sturz des Milošević-Regimes an die Macht gekommenen ehemaligen Oppositionsparteien blieben weitgehend in dieser nationalistischen Tradition gefangen. D.h. sie beharrten darauf, dass Kosovo Teil des serbischen Staates und die Akzeptanz einer etwaigen Unabhängigkeit „Verrat nationaler Interessen“ ist. Zugleich boten sie aber kein Konzept an, wie das Kosovo mit und für die albanische Mehrheitsbevölkerung Teil Serbiens sein kann.

Darin liegt der Hauptgrund, warum sich der Westen nach letzten gescheiterten Verhandlungsversuchen 2008 mehrheitlich politisch gezwungen sah, auf eine Unterstützung der Unabhängigkeit des Kosovos einzuschwenken, bei gleichzeitiger Garantie weitreichender Minderheitenrechte der serbischen Bevölkerung, wie sie im Plan des UN-Vermittlers Ahtisaari

ausdefiniert waren. Weil die nahezu komplette politische Elite Serbiens sich dem **Ahtisaari-Plan** verweigerte, sah sich der Westen gezwungen, diesen ohne eine UN-Resolution umzusetzen. Obwohl sich die politische Elite bei Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008 bewusst war, dass Serbien die Provinz als Teil des Landes verloren hatte, setzten Regierung wie Opposition fort, am Kosovo festzuhalten. Einzig die LDP forderte einen realen Umgang mit den politischen Gegebenheiten. Diese Politik hatte zwei zentrale Konsequenzen: Erstens entstand in der serbischen Enklave im Norden des Kosovo ein rechtsfreier, von der serbischen Regierung und den nationalistischen Oppositionsparteien kontrollierter-beeinflußter Raum, indem weder die Behörden des unabhängigen Kosovo noch die EU-Rechtsstaatsmission EULEX Zugang haben. Zweitens hat die Belgrader Regierung einen realitätsfremden Kurs eingeschlagen der darauf basierte, dass Serbien beides erlangen könne - den Kosovo als Teil seines Staatsgebietes zu „erhalten“ und EU-Mitglied zu werden. Diese realitätsferne Politik versuchte die Spaltung der EU in der Kosovofrage - 5 EU-Mitgliedsstaaten haben bis heute das Kosovo nicht anerkannt - politisch auszubeuten, unterstützt von einer EU, die weil sie die eigene Gespaltenheit nicht überwinden konnte, lange Zeit auf die Anerkennung politischer Realitäten in Belgrad hoffte.

2010 hat diese Entwicklung langsam eine andere Richtung bekommen. Im Juni scheiterte mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag (ICJ) das feststellte dass die Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovo völkerrechtlich nicht widerrechtlich war, der Versuch der serbischen Regierung, die Unabhängigkeit zurückzudrehen. Der anschließende, unbeeindruckte Versuch Belgrads, in der UN-Generalversammlung eine Resolution gegen die Unabhängigkeit des Kosovo durchzubekommen bewegte die englische und vor allem die deutsche Regierung, in der Kosovopolitik der EU aktiv zu werden. Beide signalisierten Serbien, dass das Land trotz der Uneinigkeit der Union nicht auf eine EU-Mitgliedschaft hoffen kann ohne die Anerkennung der Realitäten. Im sich im Sommer 2011 an Zoll- und Grenzfragen entzündeten gewaltsamen Konflikt der serbischen Bevölkerung im Norden des Kosovo, der zur Auseinandersetzung mit der von einem deutschen General kommandierten internationalen Schutztruppe **KFOR** geführt hatte, stellte die deutsche Kanzlerin Merkel bei einem Besuch in Belgrad im August ein Paket an Bedingungen für die Gewährung des Kandidatenstatus für Serbien. Diese Bedingungen stellen weitreichende Schritte hin zu einer (de facto) Anerkennung des Staates Kosovo und des Abbaus der Parallelstrukturen im Nordkosovo dar. Auf einer EU-Tagung am 09. Dezember 2011 in Brüssel war es vor allem das deutsche Beharren auf der Erfüllung dieser Bedingungen, das eine positive Entscheidung für Serbiens Kandidatenstatus verhindert hat.

Die serbische Regierung war damit ein halbes Jahr vor den nächsten Parlamentswahlen zurückgeworfen auf den Scherbenhaufen ihrer Politik und der Notwendigkeit, kurzfristig eine grundsätzliche politische Neuausrichtung in Richtung EU-Integration, welche alternativlos ist, vorzunehmen und sich die Unterstützung einer Bevölkerung für die nächsten Wahlen zu sichern, denen sie in den zurückliegenden Jahren die reale politische Lage, in der sich Serbien befindet, vorenthalten hat.

Unter starkem europäischem und US-amerikanischen Druck sah sich die serbische Regierung im Februar 2012 gezwungen, in den von der EU-Kommission in Brüssel geleitetet **Verhandlungen mit der Regierung** des Kosovo Zugeständnisse bei verschiedenen Fragen (u.a. Regelung des Grenz- und Zollregimes zwischen Serbien und Kosovo) einzugehen. Insbesondere einigten sich Serbien und Kosovo nach Druck auf beide Seiten auf eine Regelung, mit der der Staat Kosovo in regionalen Foren im Westlichen Balkan erstmals als Staat sich selbst repräsentieren kann - ohne dass Serbien damit eine Anerkennung Kosovo's eingegangen ist. Die in letzter Minute so erzielte Einigung machte den Weg frei für die Entscheidung des Europäischen Rats im März 2012, Serbien den zuvor noch verwehrt **EU-Kandidatenstatus** zu erteilen.

Obwohl mit der neuen Regierung im Sommer 2012 die Parteien an die Macht gelangten, die die Apartheits- und Kriegspolitik auf dem Kosovo in den 1990er Jahre zu verantworten hatten, bedeutete dies keine nationalistische Kehrtwende in Belgrads Kosovopolitik - im Gegenteil. EU und USA erhöhten nach Arbeitsbeginn der neuen Regierungskoalition den Druck auf Belgrad in Richtung der

Fortsetzung des Dialogs mit Priština, und die Koalition antwortete, trotz nationaler Begleittöne, überraschend pragmatisch. Nach ersten Verhandlungsrunden, in denen die unter der serbischen Vorgängerregierung getroffenen Vereinbarungen resümiert wurden, und sich Belgrad auf deren konsequente Umsetzung verpflichtete, wurde der Dialog auf eine neue Ebene gehoben.

Unter Vorsitz der EU-Außenbeauftragten Lady Ashton kam es im Herbst zum Übergang von technischen Details zu politischen Grundsatzfragen. In Brüssel trafen sich am 19. Oktober die Premiers von Serbien und Kosovo, Dačić und Thaçi, zur ihrer historisch ersten Begegnung. Der von der EU geleitete Dialog entwickelte sich im Verlaufe der ersten Jahreshälfte 2013 zu überraschend schneller Normalität. Insgesamt fanden innerhalb von sechs Monaten 10 Verhandlungsrunden zwischen den Regierungsspitzen in Brüssel statt, außerdem kam es zur ersten Begegnung der Präsidenten beider Staaten, Nikolić und Jahjaga. In dieser Zeit entwickelte sich die Frage der institutionellen Regelung des Status der Serben in den von ihnen mehrheitlich bewohnten Gemeinden im Nordkosovo zum Hauptstreitpunkt. Der historische Charakter dieser Entwicklung besteht darin, dass hier Serbien erstmalig, wenn auch weiterhin nicht explizit, so doch implizit die Tatsache der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo begonnen hat anzuerkennen. Belgrads politische Bemühungen konzentrieren sich folgerichtig auf die institutionell garantierten Rechte der serbischen Minderheit im Kosovo. Zum Hautstreitpunkt zwischen Belgrad und Priština hat sich die Forderung Serbiens nach einer begrenzten territorialen Autonomie für die vier nordkosovarischen Gemeinden mit serbischer Mehrheitsbevölkerung entwickelt.

Die Verhandlungen fanden unter erheblichem Zeitdruck statt. Die Entscheidung der Europäischen Union über den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Serbien stand auf der Tagesordnung des letzten Gipfeltreffens der EU-Regierungschefs vor der Sommerpause Ende Juni. Eine positive Entscheidung wurde abhängig gemacht vom Ausgang des politischen Dialogs zwischen Belgrad und Pristina. Die EU-Kommission setzte daher den Parteien eine Frist bis Anfang April für den erfolgreichen Abschluss der **Verhandlungen**. Als in der letzten angesetzten Verhandlungsrunde am 02. April die serbische Delegation einen von der EU-Außenbeauftragten Ashton vorgelegten Entwurf eines Abkommens mit dem Kosovo ablehnte, sah alles danach aus als sei der Dialog gescheitert und Serbiens EU-Perspektive für längere Zeit blockiert.

## **Das Abkommen vom 19. April 2013**

Am 19. April 2013 trafen sich die Delegationen aus Belgrad und Pristina zu einer zusätzlich eingeräumten Verhandlungsrunde. Ein von den EU-Vertretern vorgelegter, modifizierter Vorschlag brachte den Durchbruch. In Beisein von Lady Ashton unterzeichneten der serbische Premier Dačić, sein Vize Vučić und Kosovo's Regierungschef Thaçi das **First Agreement** on Principles Governing the Normalization of Relations. Am 21. Mai folgte die Unterzeichnung eines Implementierungsplans mit konkreten Fristen zu Umsetzung des Abkommens bis zum Jahresende 2013.

Das **Abkommen** legt im Wesentlichen zwei Punkte fest: Die Integration der institutionellen Strukturen in den mehrheitlich serbisch bewohnten vier Gemeinden im Nordkosovo sowie zusätzliche ethnische Kollektivrechte für die serbische Minderheit im Norden. So sieht die Vereinbarung die Integration der Polizei- und Justizstrukturen im Norden in die entsprechenden Institutionen des Staates Kosovo vor. Mit der Abhaltung von Kommunalwahlen in den vier Kommunen „in Übereinstimmung mit kosovarischem Recht“ (bisher wurden Wahlen im Rahmen von Serbiens Kommunalwahlen organisiert) ist ein weiterer zentraler Bestandteil der Integration der serbischen Gemeinden. Auf der anderen Seite garantiert die Vereinbarung die Schaffung eines serbischen Kommunalverbandes, in dem allerdings die beteiligten Kommunen nur Teil ihrer kommunalen Zuständigkeiten gemeinsam verwalten. Zusätzlich zu den in der kosovarischen Verfassung bisher garantierten Kollektivrechten sieht das Abkommen die Schaffung des Postens eines regionalen Polizeikommandanten für den Norden vor, der serbischer Nationalität sein muss und vom Kommunalverband vorgeschlagen wird. Zugleich wird im Justizwesen ein zweitinstanzliches Gericht für den Nordkosovo geschaffen, das mehrheitlich mit serbischen Richtern besetzt sein soll.

Auf dem **Treffen des EU-Rates** beschlossen die Staats- und Regierungschefs am 28. Juni 2013, Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufzunehmen. Die vollständige Implementierung des Abkommens vom 19. April bis Ende 2013 wurde zur Bedingung der Eröffnung der accession talks gemacht. Auf ihrer Dezembersitzung 2013 beschloss der EU-Rat aufgrund substanzieller Fortschritte in der Umsetzung des April-Abkommens, also trotz nur partieller Implementierung, dennoch, dass die Kommission im Januar 2014 Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufnehmen solle. Am 21. Januar 2014 fand die erste Runde der Verhandlungen statt.

Nachdem direkt nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen der Parteivorsitzende der SNS entschieden hatte, den europapolitischen Erfolg durch vorgezogene Neuwahlen innenpolitisch zu kapitalisieren, setzte eine Blockadeperiode im serbisch-kosovarischen Dialog ein. Infolge von serbischen Parlamentswahlen im März, Europawahlen im Mai und Parlamentswahlen im Kosovo im Juni - und anschließender Regierungsbildungskrise - blieb die Umsetzung des Aprilabkommens und der Dialog insgesamt praktisch das gesamte Jahr 2014 auf Eis gelegt.

Beschränkte Fortschritte gab es einzig im technischen Teil des Dialogs. Erst nachdem im Dezember 2014 eine neue Regierung im Kosovo vereidigt wurde, wurde der Weg für die Fortsetzung des Dialogs und die Umsetzung des April-Abkommens freigemacht. Unter Leitung der neuen EU-Außenbeauftragten, Frederica Mogherini, fand am 09. Februar 2015 erstmals nach fast einem Jahr das erste Treffen der neuen Premierminister und Vizeregierungschefs von Kosovo und Serbien zusammen. Die Teilnehmer einigten sich auf eine **Regelung für die Justiz im Nordkosovo**, womit der Weg für die Umsetzung des Justizteils des Aprilabkommens freigemacht wurde.

## **Das Abkommen vom 25. August 2015**

Nachdem der Einigung über die Umsetzung des Justizteils des April-Abkommens verblieb noch ein Hauptbestandteil des Abkommens, das nicht umgesetzt war - die Errichtung des serbischen Gemeindeverbandes durch die Einigung über ein Statut des zukünftigen kommunalen Verbundes. Hier gab es bis Sommer 2015 praktisch keinerlei Fortschritte. Da Serbien auf die Eröffnung der ersten Beitrittskapitel noch in 2015 drängte, für eine Einigung aber nicht genug Zeit blieb, verabredeten EU, serbische und kosovarische Regierung auf einer Sitzung des politischen Dialogs am 25. August in Brüssel ein **Abkommen** als Zwischenschritt „Vereinigung der serbischen Mehrheitsgemeinden - allgemeine Prinzipien/ Hauptelement“. In dem Abkommen wurde der institutionelle Rahmen für das zu verabredende Statut vereinbart. Dazu gehören die zentralen Organe des Gemeindeverbandes sowie seine Kompetenzen.

Dieser Teildurchbruch erlebte allerdings im Dezember 2015 einen Rückschlag. Infolge des massiven Widerstands der parlamentarischen Opposition im Kosovo gegen die Vereinbarung, hatte die Präsidentin des Kosovo das Abkommen zum Verfassungsgericht geschickt. Am 23. Dezember urteilte das Gericht, dass Teile des Abkommens verfassungswidrig sind und ordnete an, dass die Regierung sicherstellt, dass im zukünftigen Statut diese Teile korrigiert werden, und das Statut dem Gericht zur Prüfung vorgelegt wird.

Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen in Serbien und der lang andauernden Regierungsbildung verzögerte sich auch 2016 die Umsetzung der im Dialog getroffenen Vereinbarungen weiter. Während einige Einigung zum Erhalt einer internationalen Telefon-Vorwahlnummer für das Kosovo gefunden werden konnte, blieben jegliche Fortschritte zur Implementierung des letzten verbliebenen Teils des April-Abkommens, die Gründung des serbischen Gemeindeverbandes, weiter aus.

## **„Russischer“ Zug und serbische Kriegsdrohungen**

Anfang 2017 mündete der in eine Krise geratenen Dialog zwischen Serbien und Kosovo beinahe in einer gewaltsamen Eskalation. Am 14. Januar hatte die serbische Regierung einseitig die Wiederöffnung der Zugstrecke zwischen der Hauptstadt Belgrad und im Nordkosovo gelegenen Stadt Nord-Mitrovica geplant. Die **Fahrt des in Russland gekauften Zuges** geriet zur politischen

Provokation: Der Zug war von außen mit den serbischen Landesfarben bemalt und der Aufschrift „Kosovo ist Serbien“ in 21 Sprachen versehen worden. Nachdem die kosovarische Regierung eine Einheit der Sonderpolizei an die Nordgrenze des Landes geschickt hatte, stoppte die serbische Regierung die Fahrt an der letzten Station vor der Grenze und begründete ihre Entscheidung damit, dass die Sonderpolizei die Schienen vermint habe – ein Vorwurf, den die kosovarische Regierung zurückwies. In einer anschließenden Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates Serbiens drohte Staatspräsident Nikolić mit dem **Einsatz der Armee** zum Schutz der serbischen Minderheit im Kosovo. In einem Ende Januar anberaumten Treffen der Staats- und Regierungschefs der beiden Länder in Brüssel verpflichteten diese sich in Beisein der EU-Außenbeauftragten zur Deeskalation.

## Beginn der „neuen Phase“ im Dialog

Im Juli und August 2017 trafen in Brüssel unter Vorsitz der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini Aleksandar Vučić und Hashim Thaçi erstmals in ihren neuen Funktionen als Präsidenten Serbiens bzw. des Kosovos im Rahmen des Dialogs aufeinander. Nach der Sitzung im Juli verkündeten beide Seiten den Beginn einer „neuen Phase“ im Dialog. Während Präsident Thaçi von der Vereinbarung eines weitreichenden Abkommens zur Normalisierung der Beziehungen der beiden Länder als Ziel der neuen Phase sprach, redete Präsident Vučić vom Ziel der historischen Versöhnung zwischen Serben und Albanern im Westbalkan. Jenseits dieser sehr nebulösen Äußerungen blieben das tatsächliche Format wie die Inhalte und Ziele der neuen Phase des Dialogs zunächst unklar. Nach dem Sommer erklärte Präsident Vučić die Initiierung eines internen Dialogs in Serbien, den er mit der Veröffentlichung eines Leitartikels in den serbischen Medien selbst eröffnete. Dieser trug allerdings nicht zur Klärung bei, sondern stiftete eher zusätzliche Verwirrung bzgl. der Ziele und Rahmenbedingungen. Im Oktober 2017 erklärte der Präsident dann unvermittelt die erste Phase des internen Dialogs für beendet, sowie den Beginn der zweiten Phase, die bis März 2018 dauern sollte. An dessen Ende sollte dann die Veröffentlichung einer serbischen Verhandlungsposition durch Präsident Vučić stehen, die zunächst für den März, und später dann für den April 2018 angekündigt worden war. Unter der Federführung des **Regierungsbüros für Kosovo und Metohija** wurde begonnen, runde Tische zum Kosovo zu organisieren, allerdings zunächst nur mit öffentlichen Institutionen wie der juristischen Fakultät der Universität Belgrad oder der Serbischen Akademie der Wissenschaften, und unter Ausschluss sowohl von Zivilgesellschaft wie Opposition – was die Ernsthaftigkeit des Unterfangens erheblich in Frage stellte.

Soweit bekannt ist, handelt es sich bei der sogenannten **neuen Phase im Dialog** tatsächlich um die Absicht, den bisherigen schrittweisen Ansatz durch Verhandlungen über ein umfassendes, rechtlich bindendes Abkommen zwischen Serbien und Kosovo zu ersetzen. In dessen Rahmen sollen dann auch zentrale Fragen wie die der gegenseitigen Anerkennung und dem Ende der Blockade der Mitgliedschaft der Republik Kosovo in internationalen Institutionen wie EU und UN durch Serbien geregelt werden. Die eigentlichen Verhandlungen begannen allerdings nicht, solange keine neue deutsche Regierung im Amt war, d.h. bis zum Frühjahr 2018 – angesichts der Führungsrolle, die Berlin im Dialog einnimmt.

Diese Monate der Wartestellung vor dem Beginn der eigentlichen Verhandlungen sorgten für erhebliche politische Verunsicherung der politischen Eliten wie der breiteren Öffentlichkeit in Serbien wie im Kosovo. Politische Spannungen wurden insbesondere durch den öffentlichen politischen „Spin“ hoher Regierungsvertreter Serbiens angeheizt, die für **politische „Lösungen“** warben, welche für Prishtina und den Westen inakzeptable sind: Vorschläge zur Teilung des Kosovos, wobei der mehrheitlich serbisch bewohnte Norden Serbien zugeschlagen werden soll, oder Gebietstausch zwischen Nordkosovo und der mehrheitlich albanisch bewohnten Region Preševo in Südserbien. Insbesondere der serbische Außenminister Ivica Dačić tat sich bei der Beförderung derartiger Ideen hervor.

Ende März 2018 **eskalierte die angespannte politische Stimmung**: infolge von Konflikten zwischen der serbischen und kosovarischen Regierung um die Teilnahme hochrangiger serbischer Regierungsvertreter an einer Veranstaltung des internen serbischen Dialogs im Norden Kosovos, in

Nord-Mitrovica, verweigerte Prishtina den Regierungsoffiziellen die Einreise. Als der Leiter des Regierungsbüros für den Kosovo, Marko Đurić, illegal in den Kosovo einreiste, wurde er in einer Aktion der kosovarischen Sonderpolizei Rosa auf der Veranstaltung in Mitrovica verhaftet, und nach Aufnahme seiner Aussage in Prishtina nach Serbien deportiert. Der Polizeiaktion, bei der es zahlreiche Verletzte gegeben haben soll, stellte die größte politische Eskalation seit Januar 2017 dar. Dennoch kam es zu keinerlei größeren Unruhen im Norden des Kosovo. Die Vertreter der serbischen Minderheit in der Regierung Kosovos stellten allerdings den Verbleib in der Regierung in Frage.

## Gebietstausch-Vorschlag und Eskalation zwischen Serbien und Kosovo

Ende August 2018 präsentierten die Präsidenten Serbiens und Kosovos überraschend erstmals öffentlich den Vorschlag eines **Gebietstausches** zwischen Kosovo und Serbien als Kern eines umfassenden Abschlussabkommens. Die Idee fand Unterstützung bei der EU-Außenbeauftragten Mogherini und in einigen wenigen westlichen Hauptstädten, allen voran in Paris und Washington. Sie traf aber auf starke Ablehnung vieler europäischer Regierungen, allen voran Deutschlands, sowie fast einhellig auf Seiten der parlamentarischen Parteien im Kosovo, die sich einerseits gegen die Untergrabung der territorialen Integrität Kosovos verwehrten, andererseits vor der Destabilisierung der Region Westbalkan durch das Hoffähig-Machen ethnoterritorialer „Lösungen“ warnten. Ein konkreter Plan wurde von den beiden Präsidenten nicht präsentiert. Deutlich wurde aber die Idee, den mehrheitlich serbisch bewohnten Norden Kosovos (oder zumindest Teile davon) Serbien zuzuschlagen, sowie der Vorschlag, im Gegenzug die teils albanisch bewohnte südserbische Region (oder einen Teil) Preševo an Kosovo anzuschließen. Infolge der Vorschläge sind im Verlauf des Herbstes 2018 die Spannungen zwischen Belgrad und Prishtina eskaliert und die Brüsseler Verhandlungen zum Erliegen gekommen. Nachdem die serbische Regierung Ende November erfolgreich gegen den Mitgliedsantrag des Kosovo in Interpol opponiert hatte, beschloss die kosovarische Regierung die Einführung von 100 Prozent **Strafzölle** gegen serbische Waren beim Import nach Kosovo, und am 14. Dezember beschloss das kosovarische Parlament, den Prozess zur Gründung einer eigenen **Armee** einzuleiten. Die Einführung der Zölle führte zu massiven Protestaktionen der kosovo-serbischen politischen Führung, darunter dem Rücktritt der vier serbischen Bürgermeister im Nordkosovo. Präsident Vučić bestand darauf, dass es keine Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen gebe bis zur Rücknahme der Zölle.

Seit November 2018 bleibt so der Verhandlungsprozess ausgesetzt und die Zölle weiter in Kraft. Mit einem am 29. April 2019 von der deutschen Kanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Macron in Berlin organisierten **Mini-Westbalkangipfel** scheiterte zwar der deutsch-französische Versuch, die festgefahrenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Zugleich scheint aber mit der wiederbelebten Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin der Idee eines Gebietstauschs endgültig Einhalt geboten worden zu sein. Die anschließenden Bemühungen, zwischen Prishtina und Belgrad Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Brüsseler Verhandlungen zu vereinbaren, wurden durch den im Juli angekündigten **Rücktritt des kosovarischen Ministerpräsidenten** Haradinaj und die für den 6. Oktober 2019 angesetzten Neuwahlen des kosovarischen Parlaments vorerst unterbrochen. Infolge der sich durch die bis Ende November verzögerten Verkündung des offiziellen amtlichen Endergebnisses der Wahlen hinziehenden Regierungsbildung im Kosovo wie dem späten Amtsantritt der neuen EU-Kommission erst zum 1. Dezember, blieben die Bemühungen zur Wiederaufnahme der Brüsseler Verhandlungen die gesamte zweite Jahreshälfte 2019 ausgesetzt.

### Fragwürdiges Washingtoner Abkommen

Im März 2020 trafen sich zum ersten Mal seit Ende 2018 die Präsidenten Serbiens und Kosovos, Vučić und Thaçi, und zwar im Weißen Haus in Washington unter Federführung des neuen Sondergesandten des US-Präsidenten für die Verhandlungen und ehemaligen Botschafter in Deutschland, Richard Grenell. Bereits im Vormonat hatten sich die Drei in München getroffen, wo am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz Absichtserklärungen zum bilateralen Luft-, Eisenbahn und

Autobahnverkehr unterzeichnet wurden. Die Entwicklungen führten v.a. im Kosovo zu massiver Kritik, da Präsident Thaçi einseitig, an der neuen Regierung vorbei agierte. Vor Ort und international wurden den involvierten Offiziellen vorgeworfen, es handle sich um einen neuen Versuch der beiden Präsidenten mit Unterstützung der Trump-Administration ein Gebietsaustauschabkommen gegen alle Widerstände durchzudrücken.

Diese Befürchtungen bekamen Mitte Juni neue Nahrung, als Grenell überraschend Organisation einer Konferenz am 27. Juni im Weißen Haus mit den Präsidenten und Ministerpräsidenten der beiden Länder ankündigte. Mit dem Sturz der Kurti-Regierung im Kosovo infolge amerikanischen Drucks, und der damit einhergehenden Aufhebung der Strafzölle gegen Serbien war Anfang Juni der Weg freigeworden für Verhandlungen. Die Konferenz musste jedoch kurzfristig abgesagt werden, nachdem am 24. Juni der Kosovo-Sondergerichtshof in Den Haag veröffentlichte, dass die Staatsanwaltschaft im April eine Anklageschrift gegen Präsident Thaci wegen Kriegsverbrechen beim Gericht eingereicht hatte, und dieser daraufhin seine bereits begonnene Reise nach Washington abbrach.

Wiederbelebt wurde die amerikanischen Bemühungen schließlich nach dem Sommer 2020: nach zweitägigen Verhandlungen einer serbischen und einer kosovarischen Delegation unterzeichneten Präsident Vučić für Serbien und Premierminister Hoti für Kosovo in Anwesenheit von US-Präsident Donald Trump das sogenannte Washingtoner „Abkommens“ am 4. September 2020 im Weisse Haus, tatsächlich zwei getrennte Briefe. Den Kern der rechtlich nicht bindenden und insgesamt inhaltlich wenig konkreten Vereinbarungen bildeten Punkte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, deren Kern die drei Abkommen vom Beginn 2020 darstellten. Einen zweiten, überraschenden Teil stellten Vereinbarungen dar, die nichts mit dem Kosovo-Serbien-Konflikt zu tun haben, sondern Verpflichtungen der beiden Westbalkanländer auf zentrale Eckpunkte Trump'scher Außenpolitik (zu Nahost, China und Russland). Die meiste politische Aufmerksamkeit erregte die diplomatische Anerkennung zwischen Israel und Kosovo sowie die Verpflichtung von Präsident Vučić, die Botschaft Serbiens von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.

Letzter Punkt brachte Serbien massive Kritik der EU ein, deren Vertreter energisch darauf hinwiesen, dass die Trump'sche Israelpolitik nicht in Einklang mit der der EU stehe, und Serbien im Beitrittsverhandlungsprozess mit der Union darauf verpflichtet sei, ihre Außenpolitik mit der der EU zu harmonisieren. Währenddessen führte der Punkt im Abkommen zu Russland (Diversifizierung der Energieversorgung Serbiens) zu ungewöhnlichen politischen Spannungen zwischen Belgrad und Moskau.

## **Neustart der Brüsseler Verhandlungen unter transatlantischem Druck**

Zuvor hatte die EU im Juli 2020 nach 20 Monaten Unterbrechung die von ihr geführten Verhandlungen um ein umfassendes Abschlussabkommen zwischen Serbien und Kosovo wieder in Gang gesetzt. Am 10. Juli fand unter Federführung des französischen Präsidenten Macron und der deutschen Kanzlerin Merkel der sog. Paris-Gipfel, statt. 4 Tage später markierte dann in Brüssel ein physisches Treffen zwischen dem kosovarischen Premier und dem serbischen Präsidenten die offizielle Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Bei nachfolgenden Treffen im Juli und August in Brüssel, teils auf Expertenebene, ging es um bilaterale Themen wie vermisste Personen und Wirtschafts- bzw. Eigentumsfragen. Die Verhandlungen werden vom ehemaligen slowakischen Außenminister Miroslav Lajcak geführt, den die EU im April 2020 mit dem neugeschaffenen Amt des EU-Sondergesandten für die Kosovo-Serbien-Verhandlungen betraut hat. Das unilaterale, unkoordinierte Vorgehen der USA wie das Washingtoner Abkommen, haben allerdings zu einer unmittelbaren Schwächung der Führungsrolle der EU im politischen Dialog wie der Autorität des EU-Sondergesandten Lajcak geführt.

# Zivilgesellschaft, Medien

Ansätze von Zivilgesellschaft gab es in Serbien bereits im sozialistischen Jugoslawien, sie sind im Umfeld von Dissidentenkreisen und kritische Intellektuellen entstanden und bildeten den Nukleus der späteren Frauen- und Friedensbewegung. Die Zivilgesellschaft entstand in Serbien Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre als Reaktion und in Gegnerschaft auf das autoritäre Milosevic Regime, auf Nationalismus und Kriegspolitik. Internationale Isolation, wirtschaftlicher Niedergang und eine Verhältnis des Regimes, welches zwischen Ignorieren und Repressionen wechselte bildeten den Entwicklungsrahmen der Zivilgesellschaft. Versammelte um das Zentrum für Antikriegsaktionen (Belgrad) brachte die Zivilgesellschaft in der ersten Hälfte teils bis zu hunderttausend Menschen zum Protest gegen die Kriegspolitik des Milošević-Regimes auf die Straßen. Ideell und finanziell unterstützt von internationalen Organisationen kam es nach dem Ende des Bosnienkriegs in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zu einem Prozess der Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Zivilgesellschaft. Die Internationalisierung und regionale Verknüpfung der Arbeit entwickelte sich. Jenseits von eher sozial wirkenden NGOs traf diese Entwicklung bei den eher politisch agierenden Organisationen insbesondere zu auf Menschenrechtsorganisationen, Frauenorganisationen sowie auf die Arbeit im Bereich von Wahl-Monitoring. Eine Schlüsselrolle hat die Zivilgesellschaft beim Sturz der Milošević-Regimes gespielt, insbesondere die 1999 entstandene Jugendprotestbewegung Dosta (Genug).

Im vergangenen Jahrzehnt war die Entwicklung der Zivilgesellschaft vom Wegfall der Gegnerschaft zum Regime und von der Abnahme engagierter Geber-Organisationen geprägt. Etablierte Organisationen sind ein wichtiger Gradmesser und gesellschaftliches Sprachrohr im demokratischen Umbruch geblieben. Eine zentrale Rolle haben sie eingenommen in der politischen Einforderung und der zivilgesellschaftlichen Arbeit zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, der Rolle Serbiens in den Balkankriegen und den massenhaften Kriegsverbrechen. Weiterhin spielen sie eine Vorreiterrolle bei der gesellschaftlichen Verbreitung europäischer Werte und der Befürwortung der EU-Integration. Parallel zu diesen traditionellen Organisationen sind in den letzten Jahren zahlreiche neue NGOs entstanden, die sich aus Steuermitteln finanzieren und den Regierungsparteien nahe stehen.

Die Hauptprobleme der Arbeit der Zivilgesellschaft in Serbien heute bestehen erstens im steuerlichen Status von NGOs, es gibt bis heute keine steuerrechtliche Unterscheidung zwischen profit- und non-profit-Organisationen; zweitens im bestehenden Stadt-Land-Gefälle - die meisten NGOs sind in den Städten; drittens schwächt das Konkurrenzverhalten untereinander die Position der Zivilgesellschaft als Ganzes gegenüber Staat und Politik; viertens prägt die noch immer stark nationalistische Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung deren teils negatives Verhältnis zu NGOs, und schließlich fünftens stellt die passive Grundhaltung breiter Bevölkerungsgruppen hinsichtlich eines politischen oder sozialen Engagements weiterhin ein Strukturproblem für die Entfaltung gesellschaftlicher Breitenwirkung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten dar.

Wichtige NGOs in Serbien sind u.a.:

- [Helsinki Komitee für Menschenrechte in Serbien](#)
- [Humanitarian Law Fund](#)
- [Jugendinitiative für Menschenrechte](#)
- [Center for Euro-Atlantic Studies](#)
- [Belgrade Centre for Human Rights](#)
- [Committee of Human Rights Lawyers - YUCOM](#)
- [Frauen in Schwarz](#)
- [Zentrum für Frauenstudien](#)
- [Zentrum für kulturelle Dekontamination](#)
- [Portal Pešćanik](#)
- [Grupa 484](#)
- [Crtá](#)

In der Zivilgesellschaft hat der Machtverlust der Demokratischen Partei (DS) und ihres Vorsitzenden Tadić 2012 und der Aufstieg der SNS zu Verwerfungen und Desorientierung geführt. Im Wahlkampf hatte sich ein Teil der Zivilgesellschaft aktiv gegen Tadić engagiert und anschließend die pro-europäische und Kosovopolitik der größten Regierungspartei SNS und ihres Vorsitzenden Vučić unterstützt. Aus der Zivilgesellschaft kommt aber zugleich auch die meiste Kritik am populistischen und autoritären Politikstil des neuen starken Mann Serbiens. Unter Vučić erlebt die Zivilgesellschaft immer wieder Angriffe durch höchste Regierungsvertreter und regierungsnahen Medien. Zuletzt im Juli 2020 protestierten mehr als zweihundert zivilgesellschaftliche und Medienorganisationen, dagegen, dass eine Abteilung des Finanzministeriums für Geldwäsche, deren Einrichtung ursprünglich auf Terrorfinanzierung abzielte, bei kommerziellen Banken in Serbien offizielle Erkundigungen über mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen eingeholt hatte. Die unterzeichneten Organisationen verurteilten diesen Schritt des Finanzministeriums als politischen Missbrauch und Schikane.

Ähnlich wie in den Nachbarstaaten beteiligt sich die Zivilgesellschaft Serbiens aktiv am EU-Integrationsprozess des Landes. 2014 wurde der **Nationale EU-Konvent** zur Begleitung der Beitrittsverhandlungen Serbiens gegründet. In ihm sind zivilgesellschaftliche Organisationen und andere gesellschaftliche Interessengruppen in Arbeitsgruppen zu den einzelnen Beitrittskapiteln organisiert. Der Konvent dient zur kritischen Begleitung der Beitrittsverhandlungen und dem Austausch mit Vertretern von Regierung und Parlament. Er wird von der EU und verschiedenen bilateralen Gebern finanziell unterstützt.

## Medien

Das sozialistische Jugoslawien hatte eine relativ liberale Medienlandschaft mit einem großen Stamm an professionellen Journalisten hervorgebracht. Unter dem Milošević-Regime kam es in Serbien Ende der 1980er, Anfang der 90er Jahre zu einer dichotomen Ausdifferenzierung in staatliche und eine kleine Zahl unabhängig-oppositioneller Medien. Die staatlichen, öffentlichen Medien wurden zum Instrument von Kriegspropaganda, nationalistischer Hetze und von hate speech, eine Säuberung von hunderten von Journalisten fand statt. Zu den wichtigsten staatlichen Medien kriegerischer Propaganda wurde das **Staatsfernsehen RTS**, daneben die Tageszeitungen **Politika** und **Večernje novosti**. Diesen gegenüber standen einige kritisch-unabhängige Medien, die objektiv über die Rolle Serbiens in den Jugoslawienkriegen und über das autoritäre Regime berichteten, und der Zivilgesellschaft und der parteipolitischen Opposition eine öffentliche Stimme gaben. Zu ihnen zählten vor allem Printmedien wie die Wochenzeitung **Vreme** und die Tageszeitung **Borba** – später **Naša Borba**, außerdem der Belgrader **Radiosender B92** und der Hauptstadtfernsehsender **Studio B**. Viele von ihnen waren administrativen Repressionen des Regimes ausgesetzt. Diese Medien erfuhren moralische und finanzielle Unterstützung aus dem westlichen Ausland.

Nach dem Sturz Milošević's hat sich die Frontstellung in den Medien aufgelöst, die regimetreuen Direktoren und Chefredakteure in den öffentlichen Medien wurden ausgetauscht, vielfach wurden sie durch Journalisten ersetzt, die ein Jahrzehnt zuvor aus diesen Medien gedrängt worden waren. Ein demokratischer gesetzlicher Rahmen wurde geschaffen. Viele öffentliche Medien, vor allem die Printmedien wurden privatisiert. Infolge des Privatisierungsprozesses ist es zur Kommerzialisierung der Medienlandschaft gekommen.

All diese Maßnahmen haben jedoch nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der Mediensituation geführt. In der **Medienlandschaft Serbiens** sind viele strukturelle Probleme geblieben sowie neue hinzugekommen, welche die Ausbildung eines freien, kritischen Journalismus behindern.

Die wichtigsten Strukturprobleme sind:

- teils intransparente Eigentümerstrukturen durch die Privatisierung
- Mediengesetze werden nicht umgesetzt
- Kontrollorgane über die Medien arbeiten ineffektiv
- Große Abhängigkeit von Werbeeinnahmen, indirekte politische Einflussnahme über die faktische Monopolstellung einiger weniger, regierungsnaher Werbeagenturen

- Schlechte ökonomische Lage der Journalisten, Missachtung von Arbeitsrechten
- Politischer Druck auf Journalisten, Bedrohungen, insbesondere in der Provinz

Infolge dieser Probleme sind starke Tendenzen hin zu einer Skandalisierung der Berichterstattung zu verzeichnen. Zugleich ist es zu einer Abnahme von investigativem Journalismus gekommen und zu vermehrter Autozensur.

Die ehemals unabhängigen Medien aus den 1990er Jahren sind heute unter kommerziellen Bedingungen in einer schlechteren Lage als unter dem Milošević-Regime. Ein Teil der in diesen Medien arbeitenden Journalisten ist in den letzten Jahren auf das Internet ausgewichen, wo sie alternative Nachrichtenportale wie **E-Novine** oder **Peščanik** gegründet haben. Mit dem Wochenmagazin **Novi Magazin** ist jüngst erstmals seit langem wieder ein in der Tradition des kritischen Medien der 1990er Jahre stehendes Presseprodukt auf dem serbischen Medienmarkt erschienen.

Die Organisation Freedom House hat Serbiens Medien 2017 als „frei“ bewertet und in ihrem jährlichen **globalen Ranking** auf Platz 73 aller Länder eingeordnet, zugleich aber eine negative Entwicklung hinsichtlich Medienfreiheit betont. **2018** hat Freedom House Serbien heruntergestuft von „frei“ auf „teilweise frei“ und dies mit dem fortgesetzten politischen Druck auf unabhängige Medien, Opposition und Zivilgesellschaft bzw. der fortgesetzten Erosion von politischen und Bürgerrechten. Das Land fiel zurück auf Platz 67. Reporters Without Border haben 2019 in ihrem jährlichen Medienfreiheitsindex Serbien um ganze 14 Plätze zurückgestuft auf Platz 90. Im **World Press Freedom Index 2020** setzte sich dieser Negativtrend fort, Serbien rutschte um weitere 3 Plätze auf Rang 93 ab.

Die OSCE hat Ende Mai 2014 in einer **Presseerklärung** kritisiert, dass es während des Jahrhunderthochwassers im Rahmen des ausgerufenen Ausnahmezustands zur Löschung von Blogs und Sperrung von Webseiten gekommen ist, die kritisch über die Krisenpolitik der Regierung berichtet hatten; zugleich seien einige Personen wegen angeblicher Verbreitung von Panik in sozialen Medien festgenommen worden. Diese Vorfälle wurden von der Europäischen Kommission in ihrem **Fortschrittsbericht für 2014** zum Anlass genommen um die Mangel an **Pressefreiheit** zu kritisieren, was der Kommission den öffentlichen Widerspruch von Premierminister Vučić einbrachte.

Mitte Januar 2015 erreichte der **Konflikt zwischen Vučić und der EU** einen neuen Höhepunkt. In der Reaktion auf einen Korruptionsbericht des Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) einem regionalen Netzwerk investigativer Journalisten, bezichtigte der serbische Premier BIRN der Lüge und beschuldigte außerdem die EU, sie würde dieses Medium dafür bezahlen, die serbische Regierung zu attackieren.

Nach den vorgezogenen Neuwahlen vom April 2016 und den Kommunalwahlen, bei denen die SNS weitgehende Kontrolle auch über die kommunalen Regierungen erlangte, hat die Regierungskoalition ihre Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Medien weiter ausgebaut. Die Regierung nutzte dabei drei neue, von der EU verlangte Mediengesetze, die die Einführung von marktökonomischen Regeln im Mediensektor vorschrieben. Da in Serbien aber bisher keine wirklichen marktwirtschaftlichen Strukturen entstanden sind, nutzte die Regierungspartei die Reformen, um den größten Teil verbliebener lokaler Medien in der Provinz unter ihre Kontrolle zu bringen.

Unmittelbar nach dem Wahlsieg in der Provinz Vojvodina ging die SNS gegen die Unabhängigkeit des Radio- und Fernsehsenders **RTV Vojvodina** vor. Der neue Aufsichtsrat setzte den Programmdirektor ab, woraufhin der Direktor und die Chefredakteurin zurücktraten. Eine neue Übergangsleitung des Senders setzte zahlreiche Redakteure und Journalisten ab und stellte einzelne politische Sendungen ein. Gegen die Politik der neuen Provinzregierung gab es Demonstrationen von Bürgern in der Hauptstadt der Vojvodina, Novi Sad.

Anfang 2020 folgte der nächste Angriff auf verbliebene unabhängige Medien in Serbien. Der unabhängige regionale Fernsehsender N1, der zu CNN gehört, wurde zum 1. Januar **vom Kabelnetz abgetrennt**, nachdem ein Vertrag zwischen N1 und dem zum serbischen staatlichem Unternehmen

Telekom Serbien gehörigen Kabelnetzunternehmen ausgelaufen war. Der Konflikt hat zu **internationaler Kritik** bzgl. der weiteren Einschränkung der Pressefreiheit in Serbien geführt.

Internethinrichtenportale und soziale Medien sind mittlerweile wichtige, ergänzende Informationsquellen in Serbien. Eine große Mehrheit serbischer Bürger nutzt das Internet, 2015 waren es geschätzte 4,7 Millionen. Allerdings ist die Informationsfreiheit im Internet durch verschiedene Formen der **Intervention von Regierungsstellen** eingeschränkt. Laut verschiedener Analysen wendet die serbische Regierung verschiedene verdeckte Methoden an, um den Informationsfluss im Internet zu beeinflussen. Zugleich gibt es gelegentliche **Einschüchterungsversuche durch die Polizei** gegen Journalisten und andere Nutzer sozialer Medien. So wurden während der Überschwemmungen 2014 mehrere Bürger, die in ihren Posts in sozialen Medien das Versagen der Behörden dokumentiert hatten, wegen vermeintlicher Verbreitung von Panik von der Polizei verhört.

# Wirtschaft & Entwicklung

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Serbien hat in den letzten zehn Jahren einen grundlegenden marktwirtschaftlichen Umbau vollzogen und die Weltwirtschaftskrise einigermaßen unbeschadet überstanden. Wesentliche Reformen und die Modernisierung von Industrie und Infrastruktur stehen jedoch noch aus.



(Quelle: © BokicaK, CC BY-SA 3.0)

Geschätztes BIP

53,0 Mrd. US-\$ (2019)

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität)

7.503 US-\$ (2019)

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI)

Rang 63 (von 189 - 2019)

Anteil Armut (unter 2 \$ pro Tag)

9,2% (2011)

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)

34,0

Wirtschaftlicher Transformationsindex (BTI)

Rang 27 (von 137) (2020)

## Historische Erblast

Serbiens Wirtschaft befindet sich auf dem Weg der Transformation und Modernisierung. Sie ist dabei noch immer geprägt von einer doppelten Erblast. Einerseits von dem sozialistischen Erbe, eine sozialistischen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik, deren Transformation aufgrund der Balkankriege im Unterschied zu den mittelosteuropäischen Staaten erst mit 10-jähriger Verspätung nach 2000 eingesetzt hat. Zweitens durch einen weitgehenden Zusammenbruch der Wirtschaft im Kriegsjahrzehnt.

Die 1990er Jahre waren ökonomisch geprägt von internationaler Isolation, einem **Embargo** und der Finanzierung der Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, was am Ende des Jahrzehnts zu einem weitgehenden Zusammenbruch der Wirtschaft geführt hatte. Die

Wirtschaftspolitik des Milošević-Regimes beschränkte sich weitgehend auf den Erhalt der politischen Kontrolle über die Wirtschaft, das Auffinden von Finanzquellen zur Kriegsfinanzierung und des Erhalt des sozialen Friedens bzw. der Verhinderung von sozialen Unruhen. Die ehemals in Jugoslawien in gesellschaftlichem Eigentum befindlichen Betriebe wurden verstaatlicht und die von der letzten gesamtjugoslawischen Regierung begonnene Privatisierung rückgängig gemacht. Außen- und Devisenhandel wurden staatlich reguliert und Preise und Löhne größtenteils administrativ festgelegt. Die staatlichen Unternehmen regredierten zunehmend zu sozialen Einrichtungen, die entweder mit Verlust produzierten oder deren Produktion ganz zusammenbrach. Mit sich abwechselnden Methoden wurde versucht, privates Kapital/ private Devisen abzuschöpfen – durch Einfrieren der Devisen-Girokonten der Bürger, Privatbanken, die nach dem Schneeball-System horende Zinsen vergaben, ein System paralleler Devisen-Wechselkurse und Wechselstuben. Vom Regime organisierte Schmuggelaktivitäten und Offshore-Gesellschaften ergänzten das Bemühen, Löcher im kollabierenden (Kriegs)Haushalt zu stopfen. Die Folge waren steigende Inflation und das Bedienen der Notenpresse, was Ende 1993 zur drittgrößten Hyperinflation in der Menschheitsgeschichte führte. Ende des Jahrzehnts war die serbische Wirtschaft weit hinter den Stand vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Jugoslawien zurückgefallen. 80% des Bankensektors waren insolvent, das Vertrauen der Bürger in die eigene Währung und die Banken verschwanden. Zugleich hatte es seine regionalen und internationalen Märkte weitgehend verloren.

## Das Wirtschaftssystem

Nach dem Regimewechsel im Oktober 2000 begann die Transformation und Modernisierung der serbischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit Unterstützung von EU, IWF und anderen internationalen Institutionen. Die Wirtschaftsgesetzgebung wurde modernisiert, Außenhandel und Geld- und Devisenmarkt liberalisiert. Administrative Preise und Löhne wurden aufgehoben. Der Großteil der Banken wurde in die Insolvenz geschickt und das Bankensystem für ausländische Banken geöffnet. Die Privatisierung der Staatsbetriebe wurde eingeleitet. Der serbische Markt wurde für Auslandsinvestoren geöffnet. Die Mitgliedschaft in internationalen und regionalen Handels- und Wirtschaftsorganisationen wurde erneuert bzw. erworben.

Heute ist Serbien eine liberale Marktwirtschaft, die damit kämpft, sich seiner historischen Altlasten – politische Einflussnahme in die Wirtschaft, wirtschaftliche Regression und Modernisierungsblockade – zu entledigen. Die serbische Wirtschaft hat sich aus ihrer internationalen Isolation befreit und verloren gegangenen Märkte teils wieder erobert. Serbien ist Mitglied von Weltbank und IWF, das Aufnahmeverfahren bei der WTO läuft. Zugleich ist das Land Mitglied in allen wichtigen regionalen Wirtschaftsvereinigungen: dem **Stabilitätspakt für Südosteuropa**, **CEFTA**, **SECI**, **SEEC**, **ICAO**.

### Wichtigste Wirtschaftssektoren

Nach Wirtschaftssektoren aufgeteilt steht der Dienstleistungssektor an erster Stelle, er erwirtschaftete 2016 50% des BIP; es folgen Industrie und Bergbau mit rund 10% und die Landwirtschaft mit 8,5%.

Industrie: Die serbische Industrie befindet sich noch weitgehend in einem Modernisierungsrückstand. Technologien sind veraltet, Produkte daher meist international nicht konkurrenzfähig. Ein großer Anteil an Industriebetrieben ist weiterhin nicht privatisiert und schreibt Verluste. Die Industrie leidet an der veralteten Infrastruktur, von Transportwesen und Energiesektor. Die auf die sozialistische Epoche zurückgehende Subventionierung billiger Energie macht die Industrieproduktion energieintensiv. Der Schwerpunkt der Industrieproduktion liegt heute weiter auf der Schwerindustrie und der Lebensmittelverarbeitung. Die Autoindustrie hofft nach dem erfolgreichen Verkauf des ehemals größten jugoslawischen Autoherstellers, **Zastava Kragujevac** an Fiat auf steigende Produktionszahlen. 2015 lag der Anteil der serbischen Industrie am BIP bei 25,8%, in ihr arbeiteten 20,0 % der Beschäftigten.

Landwirtschaft: Die **Landwirtschaft** bleibt ein wichtiger Sektor. 44% der Bevölkerung leben in ruralen Gebieten, 55% der Fläche Serbiens sind landwirtschaftlich nutzbar, der lebensmittelverarbeitende Sektor bleibt ein wichtiger Industriezweig. Die landwirtschaftlich geprägte Vojvodina galt zu sozialistischen Zeiten als „Kornkammer Jugoslawiens“. Trotzdem hat die Produktivität der serbischen Landwirtschaft nicht mit der Wirtschaftsentwicklung Schritt gehalten, ihr Anteil am BIP wurde seit 2000, als er bei 20% lag, mehr als halbiert. So lag der Anteil 2015 bei 8,5%, sie stellte aber noch immer 19,4% der Beschäftigten. Schuld ist vor allem eine unetliche Landwirtschaftspolitik. Sie beruht auf einem veralteten, noch auf die sozialistische Zeit zurückgehenden ineffizienten System von Agrarsubventionen. Dieser stellt erstens zu wenig Geldmittel zur Verfügung und führt durch eine territoriale Förderung zweitens zu Marktverzerrungen, welche in den letzten Jahren u.a. für den Niedergang der Milchproduktion verantwortlich war.

Dienstleistungssektor: Der **Dienstleistungssektor** ist der am stärksten wachsende Sektor, er zeichnete für den Großteil des Wirtschaftswachstums im zurückliegenden Jahrzehnt verantwortlich. Das größte Dienstleistungszentrum ist die Finanzmetropole und Hauptstadt Belgrad, wo die meisten Unternehmen aus dem tertiären Sektor ihren Sitz haben. Andere großen Städte wie Novi Sad und Niš sind ebenfalls wichtige Dienstleistungsstandorte. Die wichtigsten Teile des Dienstleistungssektors in Serbien stellen Handel, Transport und Logistik (2015 14,6% des BIP), die Immobilienwirtschaft (8,9% des BIP), Information und Telekommunikation (4,4% des BIP) sowie der **Finanzsektor** (3,0% des BIP).

### Produkte

Wichtigste Produkte der serbischen Wirtschaft stellen in der Schwerindustrie Eisen und Stahl dar. Die Nahrungsmittelindustrie vertreibt vor allem Obst und Gemüse und Getreide, sowie Zucker. Textilprodukte und Möbel sind weitere wichtige Industrieprodukte. Weiter wichtige Produkte sind in der Chemieindustrie v.a. die Gummi- und Kunststoffproduktion. Die **Pharmaindustrie** ist ein weiterer Wachstumssektor, sie produziert Generika mit hohen technischen Standards, führendes Unternehmen ist der serbische Traditionskonzern **Galenika**.

Eine wachsende Rolle spielt der **Tourismus** mit aktuell 2,0 Mio. Gästen und 6,6 Mio. Übernachtungen jährlich. Touristische Anziehungspunkte sind die zahlreichen Nationalparks und Gebirge Kopaonik und Zlatibor sowie andere Naturlandschaften. Zahllose historische Kulturdenkmäler bieten einen Markt für Kulturtourismus. Der Städtetourismus nach Belgrad und Novi Sad, insbesondere von jungen Leuten aus Region verzeichnet einen deutlichen Anstieg in den letzten Jahren.

### Wirtschaftsindikatoren

Nach Zahlen hatte Serbiens Wirtschaft im zurückliegenden Jahrzehnt – vor der Weltwirtschaftskrise des Jahres 2009 – einen Konsolidierungskurs eingeschlagen. So wuchs die Wirtschaft zwischen 1999 und 2009 im Schnitt um 5%, das Exportvolumen wuchs im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 10,3%. Ausländische Direktinvestitionen erreichten vor der Krise ein jährliches Gesamtvolumen von rund 2 Mrd. Euro. Das Haushaltsdefizit lag 2010, nach der Krise, bei 4,7% des Bruttoinlandsprodukts und näherte sich damit wieder den Vorgaben innerhalb der EU an. Anfang 2012 lief das Haushaltsdefizit allerdings wieder aus dem Ruder, es erreichte im ersten Quartal des Jahres beunruhigende 6,0% des BIP. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt 2009 auf -3,1 Prozent eingebrochen war hat es sich in den Folgejahren nur langsam erholt. Erst 2013 verzeichnete es wieder ein deutliches Wachstum von 3,0 Prozent. Nach einem erneuten Einbruch 2014 erholte sich das Bruttoinlandsprodukt 2015 nur langsam mit einem Wachstum von lediglich 0,8 Prozent; 2016 wuchs das Bruttosozialprodukt schon deutlich um 2,8 Prozent, 2017 betrug das Wachstum 3,0 Prozent, 2018 4,5. Für 2019 wird ein weiter steigendes Bruttosozialprodukt um 3,5 Prozent prognostiziert. Zugleich bleibt Serbien noch immer eines der ärmsten Länder Europas mit einem Nettodurchschnittseinkommen von 360 EUR im Juni 2019.

Einen guten Überblick über die serbische Wirtschaft bieten die Überblicksdarstellungen der **AHK**, des **Auswärtigen Amtes**, die Berichte der **Germany Trade & Invest (GTAI)** sowie der jährlich erscheinende **Doing Business-Bericht** der Weltbank.

# Wirtschaftspolitik

Serbiens Wirtschaftspolitik ist, insbesondere seit der Amtszeit der von 2008 bis 2012 regierenden, pro-europäischen Regierungskoalition geprägt von einem wirtschaftsliberalen Kurs und der Weichenstellungen für die entsprechende Transformation und Modernisierung der Wirtschaftspolitik und ihre Institutionen und Instrumente. So wurde ein modernes, transparentes Haushaltsführungssystem eingeführt. Die Stärkung und funktionelle Reform der Steuerbehörden wurde eingeleitet. Das Steuersystem wurde reformiert und eine Umsatzsteuer eingeführt. Eine Reform des Beamtensystems wurde durchgeführt, die Anzahl der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung wurde reduziert und das Bezahlungssystem rationalisiert. Die Reform der nicht nachhaltigen Sozialsysteme, von Rentensystem und Sozialhilfen wurde eingeleitet.

Im Rahmen des EU-Integrationsprozesses hat die serbische Regierung in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl an Gesetzen an EU-Standards angepasst.

Einen Überblick über die Wirtschaftspolitik in Serbien bietet der [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#).

## Außenhandel, Handelsbilanz

Trotz **steigender Exporte** leidet Serbien aufgrund der strukturellen Schwäche seiner Industrie an einem chronischen Außenhandelsdefizit. So standen 2011 Importe im Wert von 19,9 Mrd. USD Exporten im Wert von 11,8 Mrd. USD gegenüber, ein Defizit von 8,0 Mrd. USD. 2011 war die Export-Import Deckungsrate 58,5%. Dieses Handelsdefizit hat sich in den letzten Jahren allerdings deutlich reduziert, 2018 stand ein Importvolumen von 25,9 Mrd. USD einem Exportvolumen von 19,2 Mrd. USD gegenüber, eine Deckungsrate von 74,4%. Wichtigste Handelspartner sind die **Länder der EU**, an die Serbien 60% seiner Exporte liefert, sowie die Mitgliedsstaaten der regionalen Handelsvereinigung CEFTA mit 30%, gefolgt von Russland. Hauptexportländer waren 2018 Italien (12,3% aller Exporte), Deutschland (11,9%) sowie Bosnien-Herzegowina (7,9%). Hauptimportländer waren Deutschland (13,4% aller Importe) Italien (9,4%) und die Volksrepublik China (8,4%) sowie Russland (7,9%). Deutschland hat 2003 einen Wirtschaftskooperationsrat mit Serbien begründet, der als Plattform für den Dialog zwischen Regierungen u. Unternehmen dient. Er konzentriert sich auf die Kernbereiche Banken/Finanzen, Energie, Logistik, Wasserversorgung, Landwirtschaft und Tourismus. Hauptexportprodukte sind Eisen, Stahl und Buntmetalle, Weizen, Obst und Gemüse und Textilprodukte; Hauptimportprodukte sind Öl und Gas, Buntmetalle, Eisen und Stahl, Elektrogeräte und Fahrzeuge.

Serbiens Handelsbeziehungen mit Russland sind durch die Ukraine Krise und das Lavieren der Belgrader Regierung zwischen EU-Integrationsorientierung und den traditionellen Beziehungen zur Russischen Föderation in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Trotz eines existierenden Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern liegt der Handel Serbiens mit seinem osteuropäischen Partner weit hinter dem mit der EU und den Nachbarstaaten zurück. Infolge der gegenseitigen Sanktionen zwischen EU und Russland sah sich die serbische Regierung auf Druck aus Brüssel zur Versicherung gezwungen, dass es seine Agrarexporte nach Russland nicht intensivieren und so die Agrarsanktionen Russlands gegen Produkte aus der EU unterlaufen werde. Einen schweren Rückschlag musste Serbien in Zusammenhang mit dem russischen Pipelineprojekt Southstream hinnehmen, an deren Vorbereitung Serbien neben 7 EU-Staaten teilgenommen hatte. Diese von Gazprom betriebene Pipeline sollte Gas aus Russland durch das Schwarze Meer über Bulgarien und Serbien nach Zentraleuropa transportieren, und damit unter Umgehung der Ukraine. Die entsprechenden Verträge zwischen Gazprom und den Partnerländern verletzen allerdings EU-Recht, so dass die Europäische Kommission die bulgarische Regierung im Herbst 2014 anwies, den begonnenen Bau vorläufig zu stoppen. Anfang Dezember erklärte der russische Präsident Putin

überraschend, dass Moskau von dem Pipelineprojekt Abstand nehme. Die serbische Regierung bezeichnete die Entscheidung über die Einstellung von Southstream als einen schweren ökonomischen Schlag für das Balkanland. Belgrad hatte sich vom Projekt Investitionen in Milliardenhöhe und einen Schub für die Wirtschaft des Landes erhofft. Allerdings bezweifelten Ökonomen den wirtschaftlichen Nutzen aufgrund der besonderen Privilegien für Gazprom in dem Investitionsprojekt.

## Deutsch-serbische Wirtschaftsbeziehungen

Deutschland gehört seit Jahren zu den wichtigsten **Handelpartnern** Serbiens. Mit einem Handelsvolumen von rund 4,7 Mrd. Euro lag Deutschland 2018 auf Platz eins der bilateralen Handelspartner. Die Bundesrepublik lag auf Platz eins der Hauptlieferländer Serbiens mit einem Anteil an den gesamten Importen von 13,4%. Hauptimportprodukte aus Deutschland sind Maschinen, KFZ und -Teile, Elektrotechnik und Kunststoffe. Unter den Hauptabnehmerländern serbischer Erzeugnisse lag Deutschland 2018 hinter Italien auf Platz zwei mit einem Anteil an allen Exporten von 11,9%. Mehrere hundert deutsche Unternehmen sind in Serbien registriert; hinzu kommt eine erhebliche Zahl an serbischen Tochterunternehmen.

## Auswirkung der Weltwirtschaftskrise

Die Auswirkungen der **Weltwirtschaftskrise**, die Serbien Ende 2008 erreichten, waren merklich, konnten aber durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und internationale Stützungsmaßnahmen begrenzt gehalten werden. 2009 verlor das Bruttoinlandsprodukt um 3%, der Export brach um 12% ein, die Inflation stieg um 8,1%. Ende 2008-Anfang 2009 erlitt der Dinar einen Wertverlust von 20%, zur gleichen Zeit zogen Privathaushalte 18% ihrer Einlagen aus Banken ab. Der serbische Regierung und der Nationalbank gelang es mit Unterstützung von IWF, EU und internationalen Finanzinstitutionen die Stabilität und Kapitalisierung des Bankensystem zu sichern. Durch Haushaltsmaßnahmen wie Ausgabenkürzungen und das Einfrieren der Nominallöhne im öffentlichen Sektor und der Renten gelang es, das Einbrechen der Einnahmeseite weitgehend abzufangen. Ab 2010 verzeichnete Serbien wieder eine wirtschaftliche Erholung, die Industrieproduktion wuchs erstmals wieder und das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete ein Wachstum von 1%.

Infolge nachlassender Haushaltsdisziplin, politischer Konflikte mit der EU um das Kosovo und das Voranschreiten im EU-Integrationsprozess sowie neuer Instabilität im Euroraum kam es ab Ende 2011 zu einer erneuten Umkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung: die Industrieproduktion fing wieder an zu fallen und erreichte Mitte 2012 -4,0 Prozent. internationale Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit Serbiens herabgestuft und ausländische Investoren begonnen, in größerem Umfang Kapital aus dem Land abzuziehen.

## Strukturprobleme

Trotz erheblicher Reformanstrengungen und dem grundsätzlichen Umbau einer verstaatlichten, reglementierten und von starken Einbrüchen geprägten zu einer modernen Marktwirtschaft sieht sich Serbien auch nach einem Jahrzehnt grundlegenden Strukturproblemen gegenüber, welche die wirtschaftliche und Haushaltsstabilität bedrohen.

So ist der öffentliche Sektor in Serbien noch immer zu groß. Mehrere hundert Unternehmen sind nicht privatisiert oder in der sog. Restrukturierung gefangen. Diese beschäftigen ca. 100.000 Arbeiter, von denen die meisten nicht befähigt sind, für den Markt zu produzieren. Zugleich bleibt so die Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor mit 40 Prozent außerordentlich hoch. Mit einem 30

Prozent höheren durchschnittlichen Lohnniveau im öffentlichen Sektor als in der Privatwirtschaft entstehen starke verzerrende Effekte. Dass ein Großteil dieser öffentlichen Unternehmen kontinuierlich Verluste produziert, welche durch staatliche Subventionen ausgeglichen werden müssen, bedeutet eine enorme Belastung für den Staatshaushalt. So haben die 514 in der sog. Restrukturierung gefangenen, staatlichen Unternehmen allein im Jahr 2013 einen geschätzten Verlust von 690 Mio. Euro verursacht.

Ein strukturelles Problem für staatliche Unternehmen wie Privatwirtschaft stellt der schlechte Zustand der Infrastruktur dar. Das Transportnetz ist veraltet, insbesondere das Schienennetz und das Straßennetz wurden seit 20 Jahren praktisch nicht modernisiert, Investitionsprojekte in Sanierung und Ausbau befinden sich im Anfang. Der Energiesektor bedarf dringend der Reform. Die traditionell niedrig gehaltenen Energiepreise für die Wirtschaft, aber auch die Privathaushalte drücken diese unter das Profitniveau, zugleich ist die Industrie auf energieintensive Produktionsformen ausgelegt und nicht auf Energieeffizienz. Daneben fehlen Reformen in die Zukunftssektoren Forschung und Bildung.

Zugleich sind die institutionellen und bürokratischen Bedingungen für privatwirtschaftliche Aktivität noch immer nachteilig. So war Serbien, nachdem es 2012 im **Doing Business Index der Weltbank** vom 95. auf den 86. Platz aufgestiegen war, 2013 wieder zurückgefallen auf den 93. Platz. Gewisse Fortschritte konnten in den letzten Jahren erzielt werden. So erreichte Serbien im **Ranking für 2016** bei geänderter Methodologie des Indexes den 58. Platz (vergleichbar mit dem 81. Platz nach dem alten Verfahren). Im **Ranking für 2019** stieg Serbien weiter auf, auf den 43. Platz (der 66. Platz nach dem alten Verfahren). **Hauptprobleme** bestehen weiterhin in hohen bürokratischen Hürden und Genehmigungsverfahren sowie im mangelnden Wettbewerbsschutz. **2018** fiel Serbien im Ranking der Weltbank auf den 48. Platz zurück. Überdurchschnittliche Werte erzielte das Land in den Bereichen Unternehmensgründung, Baugenehmigungen und grenzüberschreitender Handel; deutlich unterdurchschnittlich fielen die Werte in Bereichen wie Anschluss an das Stromnetz, Steuersystem und die (juristische) Durchsetzbarkeit von Verträgen aus.

Ein weiteres zentrales Problem stellt das schwache Rechtssystem und die systemische Korruption dar. Im **Ranking von Transparency International** belegte Serbien 2017 den 77. Platz, und fiel 2018 weiter dramatisch zurück auf Platz 87 (von 180 Ländern). Noch immer ist es für Akteure im privaten Sektor schwierig bis unmöglich, über die Gerichte zu ihrem Recht zu kommen.

Die Schattenwirtschaft in Serbien macht traditionell einen Anteil am Gesamtwirtschaftsaufkommen aus, der zu einem der höchsten in Europa gehört. 2012 wurde nach internationalen Standards berechnet 30 Prozent des serbischen Bruttoinlandsprodukts von der Schattenwirtschaft erwirtschaftet – mit all den begleitenden negativen Belastungen für die öffentlichen Haushalte und die Sozialsysteme. Trotz verschiedener Maßnahmen der seit 2012 von der SNS angeführten serbischen Regierung, insbesondere seit 2015, ist nach Analysen führender serbischer Ökonomen die Schattenwirtschaft nicht geschrumpft, sondern im Vergleich zu 2012 sogar leicht gewachsen. Hauptgründe sind v.a. die Ineffizienz und fehlende politische Unabhängigkeit der **Steuerbehörden**, die von der Regierung regelmäßig erlassenen Steueramnestien sowie die Schwäche des Rechtssystems.

Ein weiteres ungelöstes Strukturproblem liegt in der hohen Arbeitslosigkeit und der ungünstigen Beschäftigungsstruktur. Im Anfang 2012 lag die Arbeitslosenquote offiziell bei 25,5%, ein drastischer Anstieg gegenüber 2008, also vor der Wirtschaftskrise, als die Quote noch bei 14% lag. Inoffiziell ist die Arbeitslosenquote viel höher aufgrund der versteckten Arbeitslosigkeit. Bis 2015 ging die Arbeitslosigkeit ein gutes Stück wieder zurück, auf 17,7%. Ein besonderes Problem stellt die Jugendarbeitslosigkeit mit über 50 % dar. 2011 gab es in Serbien 1.732.000 Beschäftigte – davon waren allerdings 130.000 ohne Bezahlung und 400.000 Beschäftigte erhielten nur den garantierten Mindestlohn von 16.000 Dinar (rund 150 Euro). Dieser Beschäftigtenzahl standen im gleichen Jahr 753.000 Arbeitslose sowie 1,69 Mio. Rentner gegenüber. Ein damit verbundenes dringliches Problem stellt die Reform der veralteten und finanziell nicht nachhaltigen Sozialsysteme dar. Das gilt einerseits für das Gesundheitssystem, andererseits v.a. aber für das Rentensystem. Das serbische

Rentensystem produziert die höchsten Verluste in der Region und einen der höchsten in ganz Europa, 2010 bezifferte sich dieser Verlust auf 7,5% des BIP. Erste Reformschritte wie die Anhebung des Renteneintrittsalters wurden unternommen. Durch unterschiedliche Reformmaßnahmen wie die Reduzierung der Rentenhöhen für ca. 40% der Bezieher konnte das jährliche Defizit bis 2017 auf unter 3% des BIP gedrückt werden. Angesichts der Überalterung der serbischen Gesellschaft wird aber eine dauerhafte Stabilisierung des Rentensystems jedoch nur über eine Wirtschaftspolitik gelingen, welche zu einer deutlichen Produktivitätssteigerung der Wirtschaft Serbiens beiträgt.

## Politisches Ringen um grundlegende wirtschaftspolitische Reformen

Am Ende des Wahljahres 2012 mit seinen diversen, traditionellen Steuergeschenken sah sich die neu ins Amt gekommene Regierung mit einer veritablen Haushaltskrise konfrontiert. Das Haushaltsdefizit erreichte knapp 8 Prozent, die öffentliche Verschuldung 62 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In dieser Situation des drohenden Staatsbankrotts bot der Internationale Währungsfonds Hilfen in Form eines neuen Standby Arrangements an. Die serbische Regierung verweigerte sich jedoch diesem Hilfsangebot, weil es an die Bedingung diverser, lange geforderter Strukturreformen geknüpft war. Stattdessen nutzte Belgrad die aktuell günstigen Bedingungen auf dem internationalen Geldmarkt und entschied sich für die Schließung der entstandenen Haushaltslücken durch kommerzielle Kredite, und schlug die Warnung u.a. des eigenen staatlichen Steuerrates in den Wind, dass ohne strikte Haushaltskonsolidierung und das Angreifen struktureller Reformen die Haushaltentlastung von kurzer Dauer sein werde. Bereits im April zeigte sich, dass der Haushalt für 2013 nicht realisierbar ist. Erstmals wurden von der Regierung die Warnungen ihres Steuerrats ernst genommen, der errechnete, dass anstatt des geplanten Haushaltsdefizits von 3,6% ohne zusätzliche Maßnahmen ein Defizit von 8% des BIP drohe. **Steuerrat**, einheimische Ökonomen wie Weltbank und **IWF** empfahlen dringende Kürzungen bei Löhnen, Renten und Subventionen wie Strukturreformen, wie die Rückkehr zu Verhandlungen über ein Standby Arrangement mit dem IWF.

Im Laufe der Reformdiskussion traten Gegensätze innerhalb der Regierung zutage. Widerstände gegen drastische soziale Einschnitte waren insbesondere von Vertretern der Interessengruppen, wie der an der Regierung beteiligten kleinen Rentnerpartei zu hören, aber auch von Seiten der Sozialistischen Partei SPS. Mit der Wahl des jungen Ökonomen Lazar Krstić zum neuen Finanzminister und des Ökonomen Saša Radulović zum neuen Wirtschaftsminister im Rahmen der Regierungsumbildung Anfang September schien sich der Reformflügel der Regierung in der Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Ein Monat später hat Krstić ein restriktives wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket vorgestellt. Es beinhaltet die Ausgabenkürzungen im Haushalt, insbesondere die Kürzung von Subventionen, drastische Einschnitte bei den Löhnen im öffentlichen Sektor, Mehrwertsteuererhöhungen sowie die Umstrukturierung öffentlicher Unternehmen. Viele Beobachter blieben jedoch skeptisch, ob die Regierung in Belgrad die politische Kraft aufbringt, um eine nachhaltige Wende in der Wirtschaftspolitik Serbiens einzuleiten. Zahlreiche Ökonomen kritisierten das Maßnahmenpaket als unzureichend.

Diese Skeptiker wurden Ende Januar 2014 durch den **Rücktritt von Wirtschaftsminister Radulović**, nur wenige Tage vor der Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen, bestätigt. Radulović hatte ein Reformpaket von vier grundlegende Gesetze vorbereitet - ein neues Arbeitsgesetz, ein Privatisierungsgesetz, ein Insolvenzgesetz und ein Planungs- und Baugesetz - die auf den Widerstand der Gewerkschaften gestoßen waren. Nachdem Premierminister Dačić in einem Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern angekündigt hatte, den von der Regierung bereits gebilligten Entwurf des Arbeitsgesetzes nochmal überprüfen zu lassen, trat Radulović aus Protest von seinem Posten zurück. Er begründete, die Regierung habe nicht die Kraft grundlegende Reformen gegen gesellschaftlichen Widerstand durchzuführen. Radulović kündigte zugleich die Gründung einer eigenen, wirtschaftsliberalen Partei und die Teilnahme an vorgezogenen Parlamentswahlen im März an. Bei

den Wahlen am 16. März 2015 verfehlte seine neu gegründete Partei mit unter 2 Prozent der Stimmen allerdings deutlich den Einzug ins Parlament.

Gestärkt durch ein historisches Wahlergebnis brachte der neue Premier Vučić Ende July 2014 das leicht modifizierte **Arbeitsgesetz** gegen den Widerstand der Gewerkschaften durch das Parlament. Kurz zuvor trat Finanzminister Krstić von seinem Amt zurück. Zur Begründung erklärte er, dass seine von drastischen Einschnitten zur Lösung der Haushaltskrise - Kürzung von Renten, Gehaltseinschnitte und umfangreiche Personalreduzierungen im öffentlichen Sektor sowie massive Erhöhung der Strompreise - keine Unterstützung des Premiers gefunden habe. Von Teilen der Presse und politischen Kommentatoren wurde Krstić's Rücktritt allerdings als politisches Manöver zur leichteren Durchsetzung drastischer Reformschritte interpretiert.

Im September 2015 verabschiedete die Regierung **Einschnitte bei Renten und den Gehältern** der Staatsbediensteten und verabschiedete einen Nachtragshaushalt.

## Das Jahrhunderthochwasser vom Mai 2014

Serbiens schwierige ökonomische Lage wird durch das Jahrhundertwasser vom Mai 2014 zusätzlich negativ beeinträchtigt. Eine vorsichtige **Schadenseinschätzung** der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) kam auf eine vorläufige Summe von 1,5 bis 2 Milliarden Euro. Allein der Schaden in der Landwirtschaft könne sich durch die Überflutung von Anbauflächen in den betroffenen Regionen auf mehrere Hundert Millionen Euro belaufen. Hinzu kommen die ökonomischen Auswirkungen der Beschädigung von 3.500 km Straßen und von 30 Prozent der Bahnstrecken in Serbien. Der Schaden für die Steinkohleproduktion in Kolubara und die damit zusammenhängende Reduzierung der Stromproduktion dürfe ebenfalls erheblich ausfallen. Insgesamt dürfe sich Serbiens Wirtschaftswachstum in 2014, das vorher bereits auf bescheidene 1,0 Prozent geschätzt wurde weiter verringern. Zugleich dürfen sich die Sanierungsmaßnahmen negativ auf die dringend notwendige Sparpolitik, die angedachten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung auswirken. Exaktere Daten ergab eine gemeinsame **Erhebung** der serbischen Regierung mit EU, UN und Weltbank vom Sommer 2014. Der Gesamtschaden wurde auf 1,7 Mrd. Euro berechnet - dieser Betrag umfasst sowohl die direkten, physischen Schäden als auch den für die serbische Wirtschaft entstandenen Schaden. zugleich brach das Bruttozialprodukt im selben Jahr auf -1,8% ein.

## Das IWF-Standby Arrangement vom Februar 2015

Nach über zwei Jahre des internen Ringens der SNS-geführten Regierung mit dem drohenden Staatsbankrott und den notwendigen, tiefgreifenden Wirtschaftsreformen bewilligte der Internationale Währungsfond (IWF) im Februar 2015 ein Ende 2014 mit der serbischen Regierung vereinbartes **Standy-Agreement**.

Es umfasst Kredite im Umfang von 1,2 Mrd. Euro für die makroökonomische Stabilisierung Serbiens und beruht auf umfassenden Reformbedingungen bzw. -zusagen Belgrads. Dazu gehört einerseits eine fiskale Konsolidierung, welche das Staatsdefizit von 6,6 Prozent des Bruttozialprodukts (2014) bis 2017 auf 3,5 Prozent verringern soll, und u.a. Die jährliche Reduzierung der Zahl an Staatsbediensteten um 25.000 vorsieht. Andererseits verpflichtet sich Belgrad zu umfassenden Strukturereformen: Zu einer Verwaltungsreform, einer Reform öffentlicher Unternehmen sowie die Lösung des Problems von 514 Unternehmen, die sich in der sog. Restrukturierung befinden, bis Ende 2015. Hinter dieser "Lösung" verbirgt sich de facto die Abwicklung der Unternehmen und der Entwicklung von sozialen Abfederungsprogrammen für den Arbeitsplatzverlust der betroffenen Arbeiter.

Zur Abfederung dieser Strukturreformen bzw. ihrer Finanzierung stellen Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusätzliche Kredite in Höhe von 600 Mio. Euro zur Verfügung.

Im Februar 2018 schloss Serbien sein **dreijähriges Kreditprogramm** mit dem IWF erfolgreich ab. Der IWF lobte insgesamt die Wirtschaftsentwicklung Serbiens, die in einigen Bereichen, etwa der Haushaltskonsolidierung, positiver verlaufen sei als prognostiziert. Dennoch gebe es weiter Reformbedarf, etwa bei der Reform öffentlicher Institutionen, von staatlichen Unternehmen und bei der Verbesserung des Geschäftsklimas. Auf diesem Hintergrund vereinbarte die serbische Regierung im Juli 2018 mit dem IWF ein 30-monatiges, sogenanntes **Policy Coordination Instrument (PCI)**, ein Programm zur Unterstützung von Strukturreformen, allerdings ohne einen neuen Kredit.

In seinem **Zwischenbericht** bescheinigte der IWF Serbien Ende 2019 insgesamt eine stabile Steuer- und Haushaltslage, kritisierte allerdings die Verzögerung von Reformen die öffentliche Verwaltung betreffend, d.i. Reformen des Gehaltssystems wie des Beschäftigungssystems im öffentlichen Dienst, und mahnte weitere Strukturreformen bei öffentlichen Unternehmen an.

## Intransparente ausländische Großinvestitionen

Als eines der Mittel, mit denen die serbische Regierung in den letzten Jahren versucht, die Wirtschaft anzukurbeln, sind ausländische Großinvestitionen in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses und Kritik gerückt. Als Ergebnis des internationalen Werbens der Regierung und des Premierministers Vučić persönlich konnte Belgrad mehrere Großinvestitionen bzw. von ausländischen Investoren finanzierte, mit der Regierung vereinbarte Großprojekte vermelden. Erster Erfolg war der Einstieg der Fluggesellschaft Etihad aus dem Golfstaat Abu Dhabi bei Air Serbia. Als zweites verkündete die Regierung in Belgrad die Verpachtung einer riesigen landwirtschaftlichen Fläche in der Vojvodina an einen Investor aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. 2014 hat die Regierung mit der Planung für den Bau eines riesigen Wohnungs- und Geschäftskomplexes unter dem Namen Beograd na vodi (**Belgrad am Wasser**) auf dem Gelände des ehemaligen Belgrader Hafens begonnen.

All diese Projekte sind auf heftige öffentliche Kritik gestoßen wegen der Intransparenz der Investitionsarrangements. So wurden die jeweiligen Verträge zwischen dem serbischen Staat und den ausländischen Investoren jeweils erst nach starkem öffentlichem Druck öffentlich gemacht. Im Fall Beograd na vodi setzte sich die Regierung Ende April 2014 in der Form eines lex specialis, einem Sondergesetz, das das Baugebiet zur Sonderbauzone erklärte, über alle städteplanerischen Vorgaben hinweg. Gegen das Projekt, seine Eingriffe in die Stadtstruktur und seine angebliche Wirtschaftlichkeit regt sich Protest von Ökonomen, Städteplanern sowie einer Bürgerbewegung.

Im Fall von Air Serbia hat der wirtschaftspolitische Ansatz der serbischen Regierung mittlerweile seine Grenzen aufgezeigt: 2017 und 2018 rutschte das Luftfahrtunternehmen, an dem Etihad 2013 49 Prozent Anteile erworben hatte, in die roten Zahlen. Gemäß Vertrag kommt Serbien, und damit die Steuerzahler für den Ausgleich der Verluste auf. Die negative Unternehmensentwicklung hat im Juni 2018 zu öffentlichen **Spekulationen**, und Dementis von Regierungsvertretern geführt, Etihad plane, sich aus dem Unternehmen zurückzuziehen

## Verzögerung der Strukturreformen und Wahlgeschenke

Ende 2015 verzeichnete Serbien ein Haushaltsdefizit von 3,8% - ein überraschender Rückgang gegenüber den Vorjahren und ein Wert, der 2 Prozent unter dem u.a. vom IWF prognostizierten lag.

Der Rückgang hatte vor allem drei Ursachen: ein erhöhtes Steueraufkommen infolge effizienterer Steuereintreibung, vorgenommene Kürzungen von Renten und Gehältern im öffentlichen Dienst sowie die Reduzierung staatlicher Investitionen.

Die Haushaltszahlen wurden von der Regierung als Beweis für eine ökonomische Wende und den Erfolg ihrer Reformpolitik präsentiert. Die übrigen Wirtschaftsindikatoren sprechen allerdings eine andere Sprache. So leidet Serbien auch weiterhin an einem mangelnden Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit, die 2015 bei 19,2% lag, ist zwar etwas niedriger als in den Jahren zuvor, aber immer noch deutlich über dem Wert von vor der Rezession 2009. Der Bankensektor leidet unter einem hohen Anteil fauler Kredite, weit über 20%. V. a. aber leidet Serbien weiterhin an einer rasant steigenden Verschuldung. Seit Amtsantritt der aktuellen Regierungskoalition ist die öffentliche Verschuldung von 45,4% (2011) auf aktuell ca. 75% des Bruttoinlandsprodukts angestiegen.

Das bedeutet, dass die wesentlichen **Strukturprobleme der serbischen Wirtschaft** trotz begonnener Reformpolitik bisher unverändert erhalten geblieben sind – nicht zuletzt, weil die Regierung wesentliche Strukturreformen bisher verzögert hat, und zwar aus der Angst vor den damit verbundenen sozialen Einschnitten und möglichen politischen Auswirkungen. So ist die Anzahl an Entlassungen im öffentlichen Dienst bisher deutlich hinter den mit dem IWF 2014 vereinbarten Zahlen zurückgeblieben, während es gleichzeitig Anzeichen von Neuanstellungen nach Parteiinteressen gibt. Die Restrukturierung öffentlicher Betriebe, insbesondere des Teils, dem aufgrund fehlender Rentabilität die Liquidierung droht, ist von der Regierung ebenso hinausgezögert worden. Stattdessen entschied sich der serbische Premier Vučić Anfang 2016 dafür, zunächst einmal vorgezogene Neuwahlen abzuhalten, bevor er dann gezwungen sein wird, Massenentlassungen zu veranlassen. Gleichzeitig nutzte er die sprudelnden Steuereinnahmen, um vor den Wahlen eine moderate Erhöhung der Renten und Gehälter um 1,25% vorzunehmen.

Im Juli 2016 begutachtet eine IWF-Mission vor Ort in Serbien den Stand der Reformen und legte diesen in einem **Bericht** im September dar. Der IWF lobte darin die serbische Regierung dafür, dass die Zahl der öffentlich Beschäftigten seit Ende 2014 um 16.000 gesunken sei, erhöhte aber zugleich den Druck und fordert eine weitere Reduzierung bis Ende 2016 um 6.500. Zugleich mahnte er die konsequentere Restrukturierung öffentlicher Unternehmen einschließlich Privatisierung und Liquidierung. So waren Mitte 2016 von den bei Beginn des IWF-Programms **550 Unternehmen** noch immer 300 nicht umstrukturiert worden. Unter den bis dahin nicht konsolidierten oder privatisierten Unternehmen befindet sich auch das staatliche Gasunternehmen Srbijagas. Serbien drohten im Oktober 2016 Sanktionen der Energy Community, dessen Mitglied Serbien ist, weil sich die Regierung bisher geweigert hat, die erforderliche Reorganisation des Unternehmens zur Anpassung an den EU acquis vorzunehmen. Das Unternehmen wird vom Koalitionspartner SPS kontrolliert und leidet an einer massiven, politisch bedingten Überbeschäftigung. Erst durch eine Last-Minute-Zusage der Regierung zur Reorganisation von Srbijagas konnte Belgrad die Verhängung von Sanktionen abwenden.

Die gemischten Ergebnisse der Wirtschaftsstrukturreformen setzten sich auch 2017 fort und veranlassten Vertreter der Weltbank in Serbien erstmals nach Jahren zur **öffentlich geäußerten Warnung**, dass trotz anhalten positiven Wirtschaftsdaten, die serbische Regierung durch nachlassenden Reformeifer in zentralen Bereichen drohe, die Früchte ihrer bis dahin unternommenen Reformpolitik zu verspielen. So verzeichnete Serbien in 2016 zwar ein starkes Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent und mit 1,4 Prozent das niedrigste Haushaltsdefizit seit Jahren. Die Zahl der zu restrukturierenden (durch Umbau, Privatisierung oder Liquidierung), in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmen sank auf 170. Unter diesen befinden sich jedoch mit den von der Regierung als strategische gekennzeichneten Unternehmen die schwierigsten Fälle. Die Regierung hat ihre politisch heikle Umstrukturierung bisher verschleppt. Diese Unternehmen verschlucken erhebliche Haushaltsmittel, die zu ihrer Stützung jährlich aufgebracht werden müssen, und produzieren zugleich bei den staatlichen Energie- und Transportunternehmen, bei denen sie Kunden sind, riesige Schulden – deren Restrukturierung bisher ebenfalls verschleppt wird.

## Westbalkan „Mini-Schengen“

Im Oktober 2019 unterzeichnete der serbische Präsident Vučić zusammen mit den Regierungschefs von Nordmazedonien und Albanien, Zoran Zaev und Edi Rama eine als langläufig als „Mini-Schengen“ bezeichnetes Abkommen. Die Absichtserklärung zielt auf die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums im Westbalkan ab, genauer den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen zwischen den Ländern der Region, die bisher nicht Mitglied der EU sind. Operativ soll das Abkommen 2021 werden, wobei die meisten Details bisher unklar geblieben sind. Die übrigen Westbalkanstaaten Bosnien-Herzegovina, Montenegro und Kosovo wurden eingeladen, dem Abkommen ebenfalls beizutreten. Aus diesen, v.a. aus Kosovo und Montenegro kam allerdings Kritik und Ablehnung. So bleibt bisher unklar, wie eine Mitgliedschaft Serbiens und des Kosovos, angesichts der Tatsache, dass Belgrad den Kosovo als Staat bisher nicht anerkennt, und seit November 2018 ein Handelskonflikt zwischen den beiden Staaten existiert, in dem Wirtschaftsbündnis funktionieren soll, bzw. welche Funktion das Abkommen gegenüber bereits bestehenden regionalen Freihandelsabkommen (z.B. CEFTA) einnehmen soll.

## Investitionsplan „Serbien 2025“

Kurz vor Jahresende 2019, Ende Dezember präsentierten Ministerpräsidentin Brnabić und Präsident Vučić überraschend den staatlichen Investitionsplan „Serbien 2025“. Wie die höchsten Staatsvertreter erklärten, handele es sich um Investitionsprojekte für die weitere Entwicklung Serbiens in den kommenden 5 Jahren, im Umfang von fast 14 Milliarden Euro. Mit diesen Mitteln sollen verschiedenen Wirtschaftsbranchen gefördert werden um das Wachstum anzukurbeln, zugleich aber auch Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung getätigt werden, und die Reform öffentlicher Unternehmen fortgeführt werden. Im Rahmen des Planes sollen auch die Finanzmärkte liberalisiert werden, erklärte die serbische Regierungschefin. Ohne Details vorzulegen, kündigte sie an, dass der Plan aus Haushaltsmitteln und mithilfe von Krediten internationaler Finanzinstitutionen finanziert werde, ohne zugleich die makroökonomische Stabilität Serbiens zu gefährden und ohne eine signifikante Vergrößerung der Auslandsverschuldung. Präsident Vučić versprach den Anstieg des Durchschnittslohns in Serbien bis 2025 von aktuell 500 Euro auf 900 Euro.

Unabhängige Wirtschaftsexperten kritisierten, dass der Investitionsplan gänzlich intransparent sei, dass nicht klar sei, ob bzw. welche staatlichen Institutionen an seiner Ausarbeitung beteiligt gewesen seien, dass er ohne öffentliche Debatte entwickelt worden sei, dass unklar sei, in welchem Verhältnis er zu Finanzhilfen wie der der EU und den Reformzielen des EU-Integrationsprozesses stehe und ob er auf konkreten Entwicklungszielen beruhe.

## Wirtschaftliche Auswirkungen der Coronakrise

Die globale Coronakrise änderte auch in Serbien im März 2020 quasi über Nacht die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik. Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens, die Schließung von Gastronomie Einzelhandel und Verkehrswegen, das Schicken von Arbeitern und Angestellten nach Hause bzw. zum Teil in das Homeoffice trugen zum drastischen Einbrechen der Wirtschaftsleistung bei. Allerdings sind die Prognosen internationaler Finanzinstitute für Serbien vergleichsweise positiv. So wurde Serbien Ende März ein wirtschaftlicher Einbruch von lediglich 2,3% BIP in 2020 vorhergesagt, der im regionalen Vergleich niedrigste Wert, und ein starkes Wachstum nach der Krise von 7,5% BIP in 2021. Ökonomen bezweifeln zum Teil allerdings die Prognose für 2020 als zu positiv. Sie verweisen auf die Auswirkungen der starken Handelsbeziehungen mit Italien, Deutschland und China, sowie den zu erwarteten Einbruch an Transferzahlungen der Diaspora aus dem, vor allem, EU-Ausland, welche voraussichtlich infolge von Kurzarbeit erheblich niedriger ausfallen dürften als in

den Vorjahren (2019 betragen die Zahlungen einen Anteil von 8,1% des BIP).

Serbische Regierungsvertreter und internationale Institute verweisen in Bezug auf die vergleichsweise milden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf das **Hilfspaket** im Umfang von insgesamt 5,1 Mrd. Euro, das die Regierung gleich zu Beginn der Krise geschnürt hat. Das Paket umfasst Zahlungsaufschübe bei Lohnsteuer und Sozialversicherungen sowie Einkommens- und Gewinnsteuervorauszahlungen, direkte Zahlung von 50/100% des Mindestlohns für kleine, mittlere und große Unternehmen, umfangreiche Kredite und Bürgschaften für die Privatwirtschaft sowie eine 10-Prozentige Lohnerhöhung im Gesundheitswesen (entsprechend der in den letzten Jahren vorgenommenen Lohnkürzungen). Hinzu kommt eine eher als populistisch denn wirtschaftspolitisch sinnvoll bewertete Maßnahme, die pauschale Zahlung von 100 Euro an alle volljährigen Bürger nach Ende des Ausnahmezustands.

**Unterstützung** für das gebeutelte Gesundheitswesen erhielt Serbien von zahlreichen Staaten in Form von materiellen Hilfslieferungen, v.a. Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte. Die EU stellte 15 Mio. Euro Soforthilfen zur Verfügung. Weitere 93,4 Mio. Euro sollen aus laufenden Projekten und bestehenden Heranführungshilfen, den sogenannten IPA-Fonds für die Abmilderung der sozioökonomischen Folgen der Pandemie umgeschichtet werden. Serbien lehnte ein Angebot des IWF auf Soforthilfekredite ab, und verzichtete damit zugleich als einziges Westbalkanland an der Teilnahme an einem 3,3 Mrd. Euro schweren Kreditprogramms der EU für die Länder in der Nachbarschaft der Union. Präsident Vucic begründete die Ablehnung mit der stabilen Haushaltssituation und dem Zugang zu anderen Krediten zu günstigeren Konditionen. Manche Ökonomen verdächtigen die Regierung jedoch, dass sie eine weitere Schuldenlast vermeiden will weil sie annehmen, dass die Staatsverschuldung Serbiens effektiv wesentlich höher liegt als die offiziell zuletzt angegebenen 48,2 % des BIP.

Mit dem **Ende von Lockdown und Ausnahmezustand** und der Wiederöffnung der Grenzen für den Personenverkehr (der Warenverkehr war durchgehend offen) wurden zugleich auch verhängte Exportverbote für strategisch wichtige Produkte (wie z.B. medizinische Produkte) aufgehoben. Mit der kompletten Öffnung verband die Regierung eine rasche Erholung der Wirtschaft, die allerdings nur sehr uneinheitlich wieder in Gang kommt. Branchen wie die Pharma- und die Lebensmittelindustrie liefen während der Schließung auf Hochtouren und verzeichneten ein Produktionsplus. Für die Gastronomie und den Großteil des Einzelhandels, der seine Tätigkeit fast komplett eingestellt hatte, gibt es die Hoffnung relativ schneller Erholung. Andere Wirtschaftssektoren wie die Autoindustrie, für die die nachhaltige Beeinträchtigung internationaler Lieferketten und der Einbruch von Im- und Exporten aus/nach China und Italien aufgrund der Pandemie besonders ins Gewicht fällt, sind schwer und nachhaltig von den Auswirkungen der Pandemie betroffen.

Internationale Wirtschaftsinstitute haben ihre relativ günstige Prognose hinsichtlich der pandemiebedingten Rezession gegenüber dem März deutlich nach unten korrigiert – so geht der **IWF** mittlerweile von einem Minuswachstum von 3% BIP in 2020 aus, die Europäische Kommission von 4%. Das sind noch immer relativ gute Zahlen im Vergleich zu den Nachbarländern der Region, was einerseits an der relativ großen Bedeutung des Agrarsektors und der vergleichbar geringen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus liegt.

Ende Juli verabschiedete die serbische Regierung unter dem Eindruck erneut steigender Infektionszahlen und neuen restriktiven Maßnahmen ein **zweites Hilfspaket** im Gesamtumfang von 560 Millionen Euro. Das Paket umfasst Zahlungsaufschübe bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie direkte Zahlungen von 50-60% des Mindestlohns für kleine, mittlere und große Unternehmen für weitere zwei Monate.

Im September legte die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) basierend auf den Wirtschaftsdaten vom ersten Halbjahr 2020 die ersten verlässlicheren Zahlen auf den Tisch.

Danach wurde ein Rückgang des BIP in 2020 von insgesamt 3,5% erwartet, gefolgt von einem Wachstum von 3% in 2021. Im ersten Quartal war das BIP noch um 5% gewachsen, im zweiten dann um 6,5% geschrumpft. Insgesamt sind sowohl die ausländischen Direktinvestitionen und die Gesamteinkünfte der Arbeiter und Angestellten in Serbien im ersten Halbjahr um ein Viertel zurückgegangen. Im zweiten Quartal 2020 ist die Gesamtzahl ihrer geleisteten Arbeitsstunden laut EBRD um 15% zurückgegangen, was ohne die abfedernden Maßnahmen der serbischen Regierung den **Verlust** von einer halbe Millionen Arbeitsplätzen gleichgekommen wäre. Die auch von der Entwicklungsbank gelobten Maßnahmen erhöhten die öffentliche Verschuldung um 5% bis Mitte des Jahres bzw. auf 58% des BIP.

## Entwicklungspolitik



*Übersicht zu den staatlichen Leistungen der wichtigsten bilateralen Partner © OECD: Aid at a glance charts by recipient*

Entwicklungsziele, nationale  
Entwicklungsanstrengungen

Die Entwicklungsziele der nationalen und internationalen Akteure in Serbien orientieren sich weitgehend an den **UN Millenniumszielen**, und darüber hinausgehend im Rahmen des EU-Integrationsprozesses am Entwicklungsstand in der Europäischen Union.

Die nationalen Entwicklungsanstrengungen der einzelnen staatlichen Ministerien sind seit 2010 auch institutionell gebündelt in der Ausrichtung auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft. So wurde im September 2010 die Development Assistance Coordination Unit (DACU) aus der Zuständigkeit des Finanzministerium in die des SEIO, des Serbian European Integration Office verlegt, das die im Rahmen der EU-Integration erforderlichen Reformen koordiniert. Die DACU führt den entwicklungspolitische Dialog mit internationalen Partnern und entwickelt den nationalen Entwicklungsplan NAD - Needs of the Republic of Serbia for International Assistance; seine aktuelle Fassung ist vom Januar 2014. Diese definiert die sektorale Prioritäten der Entwicklungspolitik in den kommenden Jahren in den Bereichen Rechtsstaat, Reform der öffentlichen Verwaltungen, Zivilgesellschaft, Wettbewerbsfähigkeit, human resources development, Landwirtschaft und ländlicher Raum, Transportwesen, Energiesektor und Umweltschutz. Seit der Gründung des **Ministeriums für europäische Integration** 2017, mit der das SEIO seine Arbeit einstellte, hat eine **Abteilung** des Ministeriums die Arbeit der DACU übernommen, das Department for Planning, Programming, Monitoring and Reporting on EU Funds and Development Assistance.

Im Bereich Human resources development, der sich eng an den UN-Millenniumszielen orientiert, bildet die Beseitigung der Armut eine zentrale Priorität. Serbien hat bereits 2002 eine **Poverty reduction strategy** vorgelegt. Die serbischen Behörden hatten in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts beträchtliche Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erzielt, zwischen 2006 und 2008 wurden 200.000 Menschen aus der Armut geholt. Die anschließende Wirtschaftskrise hat jedoch diese Erfolge zunichte gemacht, Ende 2010 lag die Armutsrate bei 9,2%, höher als vor Krise (2007: 8,3%). Armut in Serbien ist v.a. ein rurales Phänomen und betrifft außerdem sozial benachteiligte Gruppe überproportional, unter anderem Roma. Zugleich ist das bisher gültige System der Sozialhilfe nicht angepasst an die Bedürfnisse der Bedürftigsten, es kommt bisher nur ein kleinerer Teil der Transferzahlungen bei Ihnen an. Mit Unterstützung der Weltbank hat die serbische Regierung in den letzten Jahren erste Schritte zu einer Reform des Sozialhilfesystems unternommen.

#### Ausländische Entwicklungsanstrengungen

Ausländische Entwicklungsanstrengungen werden durch internationale und nationale Organisationen unternommen. Die herausragende Rolle spielen die EU und weitere europäische Institutionen wie die **ERBD** und die **EIB**. Vor Ort präsent sind außerdem die **Weltbank**, der **IWF**, **UNDP** sowie die **OSZE**.

Die wichtigsten nationale Geldgeber mit Entwicklungshilfeorganisationen vor Ort sind neben Deutschland die USA (**USAID**, **NDI**), Norwegen, Schweden (**SIDA**), Italien, Österreich, Schweiz (**DEZA**), Spanien und **Japan**. In den letzten Jahren gibt es eine deutliche Abnahme bilateraler Förderung zugunsten der EU-Förderung, so hat Großbritannien 2011 sein Entwicklungshilfebüro in Serbien geschlossen. EU-Hilfen erfolgen im EU-Integrationsprozess über den **Pre-Accession-Fund IPA**, über den Serbien jährlich im Schnitt 200 Mio. Euro erhält. Bisher mangelt es an einer strategischen Nutzung der zur Verfügung gestellten Mittel.

## Deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Deutschland ist mit rund 1,5 Mrd. Euro an Hilfszusagen seit dem demokratischen Regimewechsel im Jahr 2000 der zweitgrößte Geldgeber neben den USA; davon sind fast 1 Mrd. Euro bilateral geflossen, der Rest über die EU. 2017 belief sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf insgesamt

189,9 Mio. Euro.

Schwerpunkt: Der Schwerpunkt der **deutschen Entwicklungszusammenarbeit** lag in den letzten Jahren auf Wirtschaftsförderung, der Verbesserung wirtschaftliche Rahmenbedingungen - von **Good Governance**, ökologischer Modernisierung des Energiesektors (ökologische Modernisierung und Steigerung der Energieeffizienz, Fernwärmeprojekte - **KfW**) und des Wassersektors (Modernisierung von Trinkwasser- und Abwassersystemen), auf der Stärkung der Kommunalverwaltung bzw. von lokale Selbstverwaltung (Förderung fiskale Dezentralisierung, kommunale Wirtschaftsförderung, Landmanagement) schließlich auf Tourismusförderung. Daneben wurden Maßnahmen im Jugendbereich gefördert. All diese Maßnahmen liefern einen Beitrag zur EU-Integration des Landes und stehen in diesem Entwicklungsrahmen. Ergänzend stellt die Bundesregierung seit 2014 der serbischen Regierung zwei deutsche Berater, einen für wirtschaftspolitische Fragen und einen anderen für Korruptionsbekämpfung.

Organisationen der EZ in Serbien: Die in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen deutschen Organisationen, die vor Ort mit Büros arbeiten sind die **GIZ** und die **KfW**. Zusätzlich vermittelt das **Zentrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)** integrierte Fachkräfte in Serbien. Außerdem sind alle deutschen politischen Stiftungen mit Büros in Serbien vertreten, die **Konrad-Adenauer-Stiftung**, die **Friedrich-Ebert-Stiftung**, die **Heinrich-Böll-Stiftung**, die **Hans-Seidel-Stiftung** und die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** mit Landes- bzw. Regionalbüros, sowie die **Friedrich-Naumann-Stiftung** mit einem Projektbüro.

# Gesellschaft & Kultur

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Die Kultur Serbiens gilt als eine der vielfältigsten der slawischen Völker. Serbien hat eine reiche Tradition in Literatur, Musik, Architektur. Dabei mischen sich kontinentaleuropäische und orientalische Einflüsse. Die serbische Küche wurde wesentlich beeinflusst von der griechischen, türkischen, österreichischen, ungarischen und italienischen Küche.



(Quelle: © Gertjan R., CC BY-SA 3.0)

Anteil alphabetisierte Erwachsene  
97,8 %

bedeutendste Religion  
serbisch-orthodox 85 %

Städtische Bevölkerung  
56 % (2011)

Lebenserwartung  
73,2 / 79,2 Jahre (m/w, 2019)

Gender Inequality Index  
Rang 37 (von 160) (2018)

Anzahl der Geburten  
1,48 / Frau (2017)

Kindersterblichkeit  
5,6/ 1000 Lebendgeburten (2019)

## Gesellschaftsstruktur

Laut Ergebnis der **Volkszählung von 2011** hatte Serbien 7.120.666 Einwohner (ohne Kosovo). Serbiens Bevölkerungswachstum ist seit Jahren negativ. Mitte 2019 hatte Serbien daher nur noch eine Gesamtbevölkerung von 6.963.764. So hatte das Land 2011 einen Verlust von fast 380.000 Einwohnern gegenüber der **Volkszählung von 2002** zu verzeichnen. 2017 betrug das Bevölkerungswachstum geschätzte -0,5 %. Mit 40,7 Jahren Durchschnittsalter laut letzter

Volkszählung gehörte die serbische Bevölkerung zu den ältesten der Welt. 2017 waren 18,4 % über 65 Jahre alt, die durchschnittliche Lebensdauer beträgt 71 Jahre bei Männern und 76 Jahre bei Frauen. 2019 fand ein **Pilot-Zensus** zur Vorbereitung der Volkszählung in 2021 statt.

Der **Urbanisierungsgrad** in Serbien beträgt nach den letzten verfügbaren Zahlen aus dem Jahr 2011 56 Prozent. Rund zwei Drittel davon lebt in der größten serbischen Stadt, der Hauptstadt Belgrad, in der rund 29 Prozent der Gesamtbevölkerung leben. Mit 44 Prozent weist Serbien im europäischen Vergleich einen eher hohen Anteil an ländlicher Bevölkerung auf.

### Ethnische Zusammensetzung

Serbien ist trotz der Folgen der ethnischen Kriege der 1990er Jahre und des Verlust des mehrheitlich albanisch besiedelten Kosovo ein Vielvölkerstaat geblieben. Die Volkszählung von 2011 ergab folgende ethnische Struktur - 83,32 % der Bevölkerung bezeichneten sich als **Serben**. Der überwiegende Teil des Rests bezeichnet sich als zu einer der Minderheiten zugehörig, die zahlenmäßig größten darunter sind: Ungarn - 3,53 %, **Bosniaken** (v.a. in der Region **Sandschak**)- 2,02 %, **Roma** - 2,05 %, Jugoslawen - 1,08 %, Kroaten - 0,81%, **Albaner** (überwiegend: Südserbien) - 0,82 % (letzte verfügbare Zahl aus 2002, da die Mehrzahl der Albaner die Volkszählung 2011 boykottiert hatten). In der Provinz Vojvodina gibt es die größte Anzahl ethnischer Minderheiten, über 25. Sie machen rund ein Drittel der Bevölkerung aus. Die größten Gruppen sind: **Ungarn** - 13,00%, Slowaken - 2,60%, Kroaten - 2,43%, Montenegriner - 1,15%, Jugoslawen - 0,63%. Der serbische Staat garantiert gewisse Minderheitenrechte hinsichtlich der offiziellen Verwendung von Minderheitensprachen, der Gründung von Minderheitenräten als nationale Vertretung sowie der Aufhebung der Sperrklausel für ethnische Minderheitenparteien im serbischen Parlament.

### Soziale Schichtung

Die serbische Gesellschaft hatte sich in der sozialistischen Phase der Modernisierung in eine moderne Industriegesellschaft entwickelt. Entstanden war eine breite sozialistische **Mittelschicht**, der Anteil an bäuerlicher Bevölkerung, an in der Landwirtschaft hauptberuflich Beschäftigten sank auf ein Westeuropa vergleichbar niedriges Niveau während der Anteil an Personen mit Fachausbildung und Hochschulabschluss insbesondere ab den 1960er Jahren kontinuierlich anstieg. Während der Herrschaft von Slobodan Milošević kam es zum einem radikalen Wandel der Gesellschaftsstruktur: die ehemalige Mittelschicht verschwand ökonomisch fast vollständig, eine drastische soziale Ausdifferenzierung zwischen 90% verarmter Bevölkerung und 10% Reichen (die zum Regime gehörenden Eliten) fand statt. Ein größerer Teil der Jugend emigrierte im Kriegsjahrzehnt, geschätzte 100.000 junge Männer flüchteten vor dem Militärdienst ins Ausland, viele, vor allem sehr gut ausgebildete folgten ihnen. Diese Gesellschaftsstruktur „normalisiert“ sich nur langsam seit dem letzten Jahrzehnt, noch immer gibt es einen starken **Braindrain** von jungen Leuten, weil die soziale Mobilität der jüngeren Generationen blockiert und die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch ist. Durch die Ereignisse der 1990er Jahre, in denen in Serbien Kriegsgewinnler und Kriegsverbrecher zu Vorbildern und Volkshelden aufstiegen, ist das bestehende Wertesystem zusammengebrochen bzw. wurde auf den Kopf gestellt. Zugleich ist es zu einer Retraditionalisierung in der serbischen Gesellschaft gekommen durch die enge Verflechtung von Politik und Religion, von **serbisch-orthodoxer Kirche** in den Kriegsjahren.

In Serbien ist **Armut** weiterhin ein relevantes soziales Problem. 2011 betrug der Anteil armer Menschen an der Gesamtbevölkerung 9,2 Prozent. Zwischen 2006 und 2016 ist er nur unwesentlich gesunken, und folgte weitestgehend dem Bevölkerungsrückgang. Armut ist vor allem in ländlichen Gebieten und vor allem im Süden und Osten Serbiens anzutreffen. Sie betrifft vor allem Haushalte, in dem die arbeitsfähigen Familienmitglieder über eine geringe oder gar keine Ausbildung verfügen bzw. arbeitslos sind. Besonders von Armut betroffen sind auch Kinder und Jugendliche. Ohne den privaten Lebensmittelanbau zur Eigenversorgung wär die Armut 2016 um 8,7 Prozent höher gewesen.

### Geschlechterverhältnisse

Das hat sich vor allem auf die Geschlechterverhältnisse ausgewirkt. In der sozialistischen Industriegesellschaft Jugoslawiens waren Frauen von einem traditionellen sozialen Milieu rasch aufgestiegen zu gewisser Emanzipation, v.a. auch durch einen den Männern nahezu gleichen Beschäftigungsgrad - Berufstätigkeit wurde der Normalfall. Vom parallelen Prozess von wirtschaftlichen Zusammenbruch und Retraditionalisierung waren in den 1990er Jahren vorwiegend die Frauen betroffen. Während es Frauen waren, die als erstes die Arbeit verloren, drängte die Kirche gestützt von Staat und nationalistischer Ideologie stark in den öffentlichen Raum und propagierte die Rückkehr zum traditionellen Familienmodell mit der Frau als Mutter und Hausfrau. Während es real vielfach die Frauen waren, die die Familien in Zeiten zusammenhalten mussten, in denen Männer in den Kriegen teils im Militärdienst waren, waren und sind sie vermehrt Opfer von häuslicher Gewalt, eine Langzeitfolge der Kriegstraumatisierung der Soldatengeneration.

Die EU stellt in einem 2012 veröffentlichten **Country Profile zu Geschlechterdemokratie** fest, dass Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen struktureller Diskriminierung unterworfen sind, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt. Die wichtigsten **Daten zu den Geschlechterverhältnissen** hat das Statistikamt Serbiens auf der Grundlage der Volkszählung 2011 ermittelt.

Seit 2016 erstellt die serbische Regierung den EU-internen Gender Equality Index für Serbien, und damit als einziges nicht-EU-Land. Im Dezember 2018 erschien der **Index für das Jahr 2016**. Trotz deutlicher Verbesserungen gegenüber 2014 blieb Serbien im europaweiten Vergleich auf Rang 22 bezüglich der Geschlechtergerechtigkeit. Die größten Fortschritte machte das Land in Bezug auf die Teilhabe von Frauen am politischen Leben. Relativ am Schlechtesten schneidet Serbien in Bezug auf die Beschäftigung von Frauen ab. Frauen verdienen in Serbien im Schnitt 16 Prozent weniger als Männer bei vergleichbarer Qualifikation und Arbeit.

## Sprache



*Sprachenverteilung in Serbien  
(Quelle: © By Lilic -  
dokumentacione tabele  
Republickog zavoda za  
statistiku Srbije, CC BY-SA 3.0  
rs)*

Der multiethnische Charakter Serbiens prägt auch die **Sprachlandschaft**. Die Hauptamtssprache in Serbien ist **Serbisch**, das faktisch überall im Land gesprochen wird. In der nordserbischen Provinz Vojvodina sind neben Serbisch auch Ungarisch, Kroatisch, **Russinisch**, Slowakisch und Rumänisch als Amtssprachen anerkannt. In Teilen Südserbiens (Preševo-Tal) wird **Albanisch** gesprochen.

Nach der im November 2006 in Kraft getretenen Verfassung wird die serbische Sprache in Serbien offiziell in **kyrillischer Schrift** geschrieben, wobei in Medien und im Alltag parallel auch die lateinische Schrift verwendet wird - vor allem in Belgrad und in der Vojvodina, weniger in Zentralserbien und im Süden.

## Bildung

Serbiens Bildungssystem besteht aus einer achtjährigen, verpflichtenden Grundschule; daran schließt sich die Sekundärstufe an - die allgemeinbildenden Sekundarschulen, Gymnasien, führen in vier Jahren zur allgemeinen Hochschulreife; verschiedene berufliche Mittelschulen dauern bis zu vier Jahren, und schließen mit unterschiedlichen Abschlüssen bzw. berechtigen zum Fachhochschulstudium. Das Hochschulwesen umfasst staatliche und private Universitäten.

Serbien hatte im Sozialismus ein gutes Bildungssystem - ein gutes **Schulsystem**, entwickelte

Hochschulen mit der Universität Belgrad als einer der ältesten Universitäten auf dem Balkan und einem im Sozialismus entwickelten Sektor für Erwachsenenbildung, mit dessen Hilfe die Mitte des 20. Jahrhunderts hohe Analphabetenrate erfolgreich bekämpft worden war. Infolge der politischen Ereignisse hat das Bildungssystem in den 90er Jahren einen Niedergang erlitten. Es war betroffen von wirtschaftlichem Niedergang, internationaler Isolation und Brain Drain und von einer ideologischen (nationalistischen) Indoktrinierung, die durch das Bildungswesen realisiert wurde.

Im vergangenen Jahrzehnt seit dem Regimewechsel ist eine Reform und Modernisierung des Bildungswesens eingeleitet worden. Die Ausgaben für Bildung, u.a. für Grund- und weiterbildende Schulen sind erhöht worden.

Ein besonderes Problem stellt der Zustand der **berufsbildenden Schulen** dar. Viele Bildungszweige sind veraltet und nicht angepasst auf die Bedingungen eines modernen Arbeitsmarktes. Zugleich ist die Ausbildung in vielen Berufsschulen zu theorielastig, der arbeitspraktische Teil ist unterentwickelt. Mit Hilfe internationaler Organisationen, allen voran der deutschen GIZ hat die serbische Regierung in den letzten Jahren begonnen mit der **Modernisierung des Berufsbildungssystems**.

Im **Hochschulsektor** hat im Rahmen des Bologna-Prozesses hat die **Modernisierung des Hochschulbereichs** eingesetzt, der vom Niedergang des Bildungssektors besonders stark betroffen gewesen war. In Serbien gibt es fünf staatliche Universitäten – in **Belgrad, Novi Sad, Niš, Kragujevac** und Novi Pazar-, daneben existieren eine Reihe von Fachhochschulen. Außerdem hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt ein paralleler privater Hochschulsektor entwickelt mit mittlerweile 12 privaten Universitäten.

Im Schuljahr 2016/17 besuchten insgesamt 1.270.542 Kinder und Jugendliche eine Bildungseinrichtung in Serbien – davon besuchte 17% eine Vorschule, 43% Grundschulen, 19% Sekundärschulen und 21% Tertiärschulen. 98,6% der schulpflichtigen Kinder besuchten die Grundschule, während der Anteil in der Sekundärschule noch immer bei 90% lag.

Ein besonderes Problem stellt das weitgehende Verschwinden von Grund- und Weiterbildungsprogrammen für Erwachsene dar.

Die Zusammenarbeit zwischen serbischen und deutschen Hochschulen fördert der **DAAD**.

## Gesundheitswesen

Das **Gesundheitswesen** ist wie der Rest der Sozialsysteme in Serbien seit den 1990er Jahren stark unter ökonomischen Druck geraten. Serbien hatte von Jugoslawien ein staatliches Gesundheitswesen übernommen, in dem alle Arbeiter und Angestellte sowie ein Großteil der Selbstständigen einen fixen Anteil ihres Lohns (12,3%) in den staatlichen Gesundheitsversicherungsfonds einzahlten, aus dem die kostenlose Bereitstellung medizinischer Versorgung für die Bevölkerung finanziert wurde. Infolge des wirtschaftlichen Niedergangs wurde das System instabil, mit 2 Millionen Beitragszahlern und 7 Millionen Versicherten. Der Gesundheitsfond häufte ein großes Defizit an, die nicht aufrecht zu erhaltende Finanzierung kostenloser Dienste wurde zunehmend ergänzt durch unmittelbare Bezahlung von Leistungen durch die Versicherten. Gehälter im Gesundheitswesen fielen drastisch, Investitionen blieben aus, Mangel an Medikamenten und medizinischen Artikeln verbreitete sich, Bestechung und Korruption wurden systemisch und es kam zu einer Verlagerung von Patienten und medizinischer Ausrüstung in einen wachsenden, unkontrollierten und von der Versicherung nicht abgedeckt privaten medizinischen Sektor.

In der ersten Hälfte des zurückliegenden Jahrzehnts hat die serbische Regierung mithilfe der Weltbank eine **Reform des Gesundheitswesens** in Angriff genommen. So wurde die Transparenz im Gesundheitssystem, insbesondere im privaten Sektor wesentlich erhöht. Die Ausgaben des Versicherungsfonds konnten stabilisiert werden. Ein modernes Medizinkonzept, das den Schwerpunkt

auf Vorsorge und Präventivmedizin setzt, wurde eingeführt. Die **Strukturprobleme** des serbischen Gesundheitswesens sind allerdings geblieben. Das bezieht sich v.a. auf die steigende Finanzierungslücke durch das öffentliche Krankenversicherungssystem, das zurückgeht auf eine alternde Bevölkerung und einen niedrigen Beschäftigungsgrad. Außerdem werden die Krankenkassenbeiträge von 20% der Bevölkerung (von Angestellten im öffentlichen Sektor und ihren Angehörigen) aus dem Staatshaushalt bezahlt. Während die öffentliche Finanzierung des Gesundheitswesens abnahm, stieg parallel der Anteil von privaten Ausgaben an den Gesamtausgaben im Gesundheitswesen auf 42,4% in 2017. Dabei handelt es sich um Direktzahlungen der Bürger, oft bedingt durch die strukturelle Korruption. Hinzu kommt die zunehmende Abwanderung bzw. Anwerbung von Ärzten und Pflegekräften nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland.

Insgesamt sind die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen in Serbien relativ hoch bei vergleichsweise schlechter Leistung. So waren die Gesundheitsausgaben 2019 bei 9,1% des BIP, nahe an denen der reichsten EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland 11,5%, Österreich 10,3%). Die Anzahl an Krankenhausbetten und Ärzten pro 1.000 Einwohner lagen dagegen mit 5,7 bzw. 3,1 deutlich unter den Zahlen von EU-Staaten mit vergleichbarer Ausgabenhöhe (Deutschland 8,3 und 4,2).

In Serbien waren **2016 2.700 HIV-Infizierte** registriert. Weitere relevante Infektionskrankheiten in Serbien sind Tetanus, Diphtherie und Hepatitis A und B.

#### Die Herausforderungen der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie stellt für das serbische **Gesundheitswesen** eine große Herausforderung dar. Wie für die meisten Länder der Welt bestand das erste Problem im Mangel an Schutzausrüstung und Corona-Tests, sowie in den Kapazitätsgrenzen der Intensivmedizin. Seit 1990 sind in Serbien 16% der Intensivbetten abgebaut worden. Die Kapazitäten an Beatmungsgeräten blieben zu Beginn der Krise unklar, da die Zahl von der Regierung zum Staatsgeheimnis erklärt wurde.

Die Maßnahmen der serbischen Regierung konzentrierten sich daher auf die rasche Beschaffung von Beatmungsgeräten, durch Kauf wie Spenden sowie an Schutzausrüstung und Tests. Außerdem wurden auf dem Belgrader Messegelände und auf der Messe Novi Sad zusätzliche Bettenkapazitäten von 3.000 bzw. 1.000 Betten geschaffen. Zugleich beschloss die Regierung eine Erhöhung der Gesundheitsausgaben um 100 Mio. Euro. Darunter fällt eine 10-prozentige Lohnerhöhung im Gesundheitswesen – welche allerdings lediglich der Höhe der in den letzten Jahren vorgenommenen Lohnkürzungen entspricht. Schließlich erließ die Regierung ein Ausfuhrverbot für gewisse Medizingüter.

Aufgrund des massiven Rückgangs der Zahlen an Neuinfektionen im Laufe des April, und der Aufhebung von Ausnahmezustand und Lockdown Anfang Mai wurden die zusätzlichen Bettenkapazitäten in Belgrad und Novi Sad wieder abgebaut.

## LGBT

Die serbische Gesellschaft weist starke konservative Züge auf, welche durch die nationalistische Kriegspolitik der 1990er Jahre noch erheblich verstärkt wurden. Ein besonderer Ausdruck dieser Verhältnisse ist die bis zum heutigen Tag prekäre **gesellschaftliche Stellung sexueller Minderheiten**. Zwar hat sich der rechtliche Schutz in den letzten Jahren deutlich gebessert, insbesondere durch ein 2009 verabschiedetes Anti-Diskriminierungsgesetz, und auch der **Umgang der Medien** mit den Angehörigen der LGBT-Community hat sich gebessert. Dennoch sehen sich die sexuellen Minderheiten auch weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt, während der verbesserte gesetzliche Schutz in der Praxis bis heute kaum umgesetzt wird. Organisierter Widerstand kommt v.a. von

rechtsextremistischen serbischen Gruppierungen wie „Dveri“, „Naši“ und „1389“ – aber auch von der Serbisch-orthodoxen Kirche. Prominentester Ausdruck dieses Selbstbehauptungskampfes um Minderheitenrechte ist das alljährliche Ringen um die Gay Parade. Nach 2001 gelang es erst im Jahr 2010 wieder, in Belgrad eine **Gay-Parade** abzuhalten. Rund tausend Teilnehmer wurden von 5.000 Sicherheitskräften vor mehreren tausend Angehörigen rechtsextremistischer Gruppierungen und Fußballhooligans geschützt. In den darauffolgenden drei Jahren, zuletzt im September 2013 untersagte das Innenministerium die **Belgrader Gay Parade** aus „Sicherheitsgründen“ – trotz massivem Druck von Seiten der EU.

Im Herbst 2014 fand, erneut unter starkem Druck aus der EU, zum ersten Mal wieder eine **Gay Parade in Belgrad** statt. Ein massives Polizeiaufgebot verhinderte ernsthafte Zwischenfälle während der Parade. An dem Marsch, an dem sich geschätzte 1.000 bis 1.500 Teilnehmende beteiligten sich auch Minister der serbischen Regierung, von Oppositionspolitiker und westlichen Diplomaten. Am Tag davor hatten einige Tausend Rechtsradikale gegen die Parade demonstriert.

Allerdings gab es zwei Wochen zuvor einen **Angriff auf einen deutsche LGBT-Aktivisten**, der an einer Konferenz in Belgrad teilgenommen hatte, und der bei der Attacke lebensbedrohlich verletzt wurde.

Demgegenüber verliefen die **Gay Parade 2015**, die **Gay Parade 2016** sowie die **Gay Parade 2017** ohne größere Zwischenfälle, und ebenso in den vergangenen zwei Jahren.

Einen Einschnitt für die Geschichte der LGBT Community in Serbien bedeutete die Nominierung der bisherigen Ministerin für öffentliche Verwaltung, Ana Brnabić zur neuen Ministerpräsidentin Serbiens durch den neugewählten Präsidenten Vučić im Juni 2017. Sie wurde so die erste lesbische Ministerpräsidentin Serbiens. Diese setzte dann im September mit ihrer Teilnahme an der Gay Parade 2017 ein erstes politisches Zeichen. Die Entscheidung wurde in der serbischen Öffentlichkeit unterschiedlich aufgenommen: Serbische LGBT-Aktivisten begrüßten die Ernennung grundsätzlich. Teile der parlamentarischen Opposition relativierten den historischen Schritt durch die ihrer Meinung nach dahinter stehenden politischen Absicht des Staatspräsidenten. Einige kleinere, extrem konservative Koalitionspartner der Regierungspartei SNS kündigten die Verweigerung der Unterstützung für die designierte Ministerpräsidentin mit Verweis auf das traditionelle Geschlechter- und Familienbild an.

Wie schon im Vorjahr nahm Serbiens erste lesbische Ministerpräsidentin **2018** zum zweiten Mal an der Gay Parade statt. Unter den LGBT-Aktivist\_innen war der zweite Auftritt der Ministerpräsidentin allerdings **umstritten**. Diese hatte im Vorjahr Ankündigungen zur Verbesserung der Situation von Schwulen und Lesben gemacht. Zahlreiche Aktivist\_innen, die die Teilnahme der Ministerpräsidentin verhindern wollten, beklagten, dass keine der Versprechungen umgesetzt worden sei. Die Kritik wurde bei der Gay Parade 2019 erneuert. 2019 wurde die Ministerpräsidentin Mutter, nachdem ihre Partnerin ein Kind geboren hatte – ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der LGBT Community in Serbien.

2020 musste die **Gay Parade** coronabedingt ausfallen bzw. die wurde auf das kommende Jahr verschoben. Mitte September fand die 10. Pride-Woche statt, die in diesem Jahr unter dem entsprechenden Motto stand – „solidarisch in den eigenen vier Wänden“. In diesem Rahmen kritisierten die Aktivist\_innen erneut, dass die Regierung die meisten ihrer Reformversprechungen weiterhin nicht umgesetzt hat. Zwar wurde es 2019 Trans-Menschen gesetzlich erleichtert, das Geschlecht auch ohne medizinische Angleichung in persönlichen Dokumenten umtragen zu lassen. Doch in allen anderen Bereichen, etwa bei der Einführung von gleichberechtigten Partnerschaften und deren rechtlichen Gleichstellungen mit der Ehe hat es keinerlei Fortschritte gegeben.

# Migration: europäische Flüchtlingskrise und die Balkanroute

Seit 2014 wurde das Thema Flucht und Migration zunehmend bedeutender in der serbischen Gesellschaft, zunächst durch zunehmende Migration vom Westbalkan in die EU, schließlich wurde Serbien zu einem der Schlüsselländer der europäischen Flüchtlingskrise 2015, als infolge des Zusammenbruchs der EU-Außengrenze und des europäischen Asylsystems Hunderttausende den Weg über die sogenannte Balkanroute in die Europäische Union nahmen.

Serbien nahm in beiden Migrationswellen die Rolle eines Transitlandes, und nicht eines Ziellandes von Migration ein, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist das Land aufgrund seiner sozio-ökonomischen und sozialen Verhältnisse weitgehend unattraktiv für Asylsuchende und andere Migranten. Zweitens hat Serbien ein schlecht funktionierendes Asylsystem, das Asylsuchende zusätzlich motiviert, weiter gen EU zu ziehen.

Die erste Migrationswelle war die von Kosovo-Albaner über Serbien und Ungarn weiter nach Westen (Deutschland, Österreich, Schweiz) Ende 2014, Anfang 2015. Zehntausende Kosovaren nutzten aus Verzweiflung über die politische und ökonomische Lage in ihrem Heimatland die Möglichkeit legaler Einreise nach Serbien, um im Norden in der Provinz Vojvodina über die grüne Grenze nach Ungarn die EU zu erreichen. Diese Migrationswelle kam im Spätfrühjahr 2015 weitestgehend zum Erliegen, nachdem die betroffenen EU-Länder in Kooperation mit dem Kosovo zahlreiche Maßnahmen eingeleitet hatten, v.a. die Erklärung des Kosovos zum sicheren Herkunftsland.

Doch dann begann im Sommer 2015 die **europäische Flüchtlingskrise**, in der die Balkanstaaten eine zentrale Rolle zukam. Die Abdrängung der illegalen Flüchtlingsbewegungen nach Europa zum kurzen Seeweg in der Ägäis von der türkischen Küste zu den griechischen Inseln brachte innerhalb kürzester Zeit die Außengrenze der EU und das seit langem dysfunktionale Dublin-Asylsystem zum Einsturz. Im Laufe des Jahres überquerten 850.000 Menschen, v.a. aus Syrien, Irak und Afghanistan, aber auch aus Afrika und Asien die Ägäis. Von dort durchquerten teils bis zu 5-6.000 täglich den Balkan in die EU - zunächst über Mazedonien und Serbien nach Ungarn, und nach der ungarischen Grenzschließung am 15. September 2015 von Serbien über Kroatien und Slowenien nach Österreich.

Der Umgang Serbiens mit dieser unerwarteten Krise glich weitgehend dem aller anderen betroffenen Staaten. Die Behörden zeigten sich zunächst vollkommen unvorbereitet und mit hoffnungslos unzureichenden Kapazitäten. Die überforderte Polizei reagierte auf die massenhafte illegale Einreise mit Gewalt gegen Flüchtlinge und mit Korruption. Für die Versorgung der Flüchtlinge organisierte sich wie überall die Zivilgesellschaft, unterstützt durch internationale Flüchtlingshilfswerke und Migrationsorganisationen wie **UNHCR**, **IOM**, **Ärzte ohne Grenzen** u.a. Im Laufe des Herbstes gelang es der serbischen Regierung, den Flüchtlingsstrom in geordnete Bahnen zu lenken durch die Errichtung von Registrierungs- und Transitzentren an der mazedonischen und der ungarischen bzw. später der kroatischen Grenze sowie durch die Bereitstellung von Transportmitteln zur Durchreise durch Serbien.

Dazu trug nicht zuletzt die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Staaten auf der Balkanroute bei. Im September hatte die Schließung der ungarisch-serbischen Grenze noch zu einem kurzen Handelskrieg inklusiver Grenzschließung zwischen Serbien und Kroatien geführt. Dieser wich dann aber einer zunehmend besseren Koordinierung des Transits der Flüchtlinge und Migranten entlang der Balkanroute.

Diese verbesserte Kooperation wurde über den Winter zunehmend zur schrittweisen Schließung der Balkanroute genutzt, eine Reaktion der Länder der Region auf die restriktiver werdende Flüchtlings- und Asylpolitik der hauptbetroffenen EU-Staaten. So beschlossen die Länder auf der Balkanroute am 18. November, nur noch Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan durchzulassen. Nach der Einführung von Grenzkontrollen durch Schweden und Dänemark und die Verkündung von Flüchtlingsobergrenzen durch Österreich im Januar 2016 folgten weitere Einschränkungen. Am 8.

März, unmittelbar nach Beendigung des EU-Türkei-Gipfels, erfolgte schließlich die komplette Schließung der Balkanroute in Mazedonien, wo der Staat einen Grenzzaun zu Griechenland hatte errichten lassen und die mazedonischen Behörden von Grenzpolizei aus Serbien und diversen EU-Mitgliedsstaaten bei der Grenzsicherung unterstützt wurden.

Die Schließung der Balkanroute stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem am 18. März zwischen der EU und der Türkei verabredeten Flüchtlingsabkommen. Es sieht u.a. die Rückführung aller auf den griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge und Migranten in die Türkei vor. Mit dem dadurch erwirkten Versiegen des Flüchtlingsstroms endete zunächst einmal auch die Balkanroute. Allerdings kommen seit März vermehrt Flüchtlinge über Bulgarien nach Serbien, wenngleich in wesentlich geringerer Zahl. Insbesondere seit dem Sommer 2016 stieg die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die über Schmuggelrouten Serbien erreichen - über die griechisch-mazedonische Grenze und v.a. über Bulgarien - erneut an. Weil Ungarn und Kroatien die Grenzen für die Weiterreise in die EU mehr oder weniger hermetisch geschlossen halten, ist Serbien zum Land Nr. 1 geworden, in dem die Flüchtenden auf der Balkanroute stranden. Nach UNHCR-Angaben beläuft sich ihre Zahl zum Jahresende auf ca. 8.000, nach Angaben der serbischen Zivilgesellschaft gar auf 10.000. Mitte 2017 reduzierte sich die Zahl der in Serbien gestrandeten Migranten auf unter 5.000. Im Frühjahr 2018 hat sich die Balkanroute nach Bosnien-Herzegowina als Übergang in die EU, d.i. nach Kroatien verlagert. Als Folge ist die Zahl der Migranten in Serbien auf **unter 4.000** gesunken. Ende Dezember 2018 war die Zahl der Migranten in Serbien wieder leicht auf 4.400 gestiegen. Infolge der winterlichen Wetterverhältnisse blieben tausende Migranten in Bosnien-Herzegowina stecken. Da in Serbien die Qualität der Unterkünfte besser ist als die in Bosnien, ist eine beschränkte Zahl an Migranten zum Überwintern von Bosnien nach Serbien zurückgekehrt, was zu dem winterlichen Anstieg beigetragen hatte. **Im Laufe des Jahres 2019** nahm die Abwanderung der Migranten nach Bosnien-Herzegowina wieder zu und sank infolgedessen die Zahl der in Serbien befindlichen Migranten auf knapp unter 3.000 Ende August.

Im Oktober 2019 stieg die Zahl erstmals wieder auf über 4.000, und zwar auf 4.200. Dieser Anstieg ging zurück auf die zahlenmäßig größte **Neuzuwanderung** seit dem Ende der europäischen Flüchtlingskrise mit dem Abschluss des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens vom März 2016. Diese neue Entwicklung geht v.a. auf die gestiegenen Zahlen an neu ankommenden Migranten aus der Türkei auf den griechischen Inseln infolge der türkischen Intervention in Nordsyrien und der Verschärfung der türkischen Flüchtlingspolitik zurück. Seit dem Sommer 2020 liegt die Zahl an Migranten in Serbien bei ca. 5.000. Im Windschatten der Coronapandemie und im Lichte der Spannungen an der griechisch-türkischen Grenze im Frühjahr 2020 beschloss die serbische Regierung neue Maßnahmen zur Verhinderung einer erneuten Massenmigration nach/durch Serbien. Die Maßnahmen umfassten die Enteignung von Landbesitz an der Außengrenze zu Nordmazedonien und Bulgarien. Im Sommer begann die Regierung dann den Bau eines Zaunes an der Grenze zu Nordmazedonien.

Eine 2019 weltweit durchgeführte **Meinungsumfrage** ergab, dass unter der serbischen Bevölkerung die Ablehnung von Migranten sehr hoch ist, und dass diese Ablehnung gegenüber der letzten Umfrage unmittelbar nach dem Ende der europäischen Flüchtlingskrise gestiegen ist. Dabei lag Serbien 2019 nach Nordmazedonien und Ungarn an dritter Stelle weltweit, und noch vor Bosnien-Herzegowina, obwohl das Nachbarland mittlerweile deutlich mehr Migranten beherbergt als Serbien.

Mit der Migrationswelle aus Nahost verstärkte sich auch der Migrationsdruck aus den Westbalkanländern in Richtung EU wieder. So waren Serbien neben Albanien und dem Kosovo 2015 unter den top ten der Herkunftsländer von Asylsuchenden. In Deutschland belegte Serbien mit 26.000 Asylanträgen den 6. Platz. Deutschland und andere betroffene EU-Staaten reagierten mit beschleunigten Rückführungen und Informationskampagnen in den Herkunftsländern sowie der Erweiterung ihrer Listen an sicheren Herkunftsländern. In Deutschland war Serbien bereits im November 2014 zum sicheren Herkunftsland erklärt worden. Zugleich öffnete die Bundesregierung Wege für qualifizierte Arbeitsmigration vom Westbalkan.

Arbeitsemigration nach Europa

Während Serbien seit einigen Jahren Transitland für Migranten auf dem Weg nach Europa ist, leidet das Land selber zugleich an einer zunehmenden Emigration vor allem von Fachkräften in die EU und die USA. So sind nach OECD-Angaben zwischen 2000 und 2019 654.000 serbischer Bürger ausgewandert. Besonders stark ist die Auswanderung in einige EU-Mitgliedsstaaten und die Schweiz, die traditionell Ziel von serbischer Arbeitsmigration waren, allen voran nach Deutschland. Unter den Nicht-EU Ländern lag Serbien in der **Fachkräftezuwanderung nach Deutschland 2017** an vierter Stelle. In der ersten Hälfte 2018 hatten 19.000 serbische Bürger ein Arbeitsvisum in Deutschland, 2.000 mehr als im Vorjahr. Besonders stark ist die Anwerbung im medizinischen und Pflegesektor. In diesem arbeiteten aus dem gesamten Westbalkan 2019 50.000 Menschen, ein Anstieg um 6.500 Personen gegenüber dem Vorjahr.

Mit dem am Inkrafttreten des neuen **Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** zum 01. März 2020 in Deutschland, welches die Einwanderung aus Drittstaaten weiter erheblich erweitert wird eine weitere Verstärkung der Auswanderung aus Serbien nach Deutschland erwartet. In Serbien wie der Region gibt es Kritik daran, dass durch die verstärkte Fachkräfteanwerbung aus Deutschland und anderen europäischen Staaten sich in Serbien das demographische Problem und der Fachkräftemangel verstärken werden.

## Kultur

Die Kultur Serbiens gilt als eine der vielfältigsten der slawischen Völker, die im 6. / 7. Jahrhundert auf die Balkanhalbinsel kamen. Sie entwickelte sich zunächst unter dem Einfluss der byzantinischen Kultur. Die ersten Zeugnisse der serbischen Literatur gehen auf die zweite Hälfte des 9. Jahrhunderts zurück und sind mit der Tätigkeit der Brüder **Kyrill und Method** und ihren Schülern eng verbunden, die die **kyrillische Schrift** entwickelten und in die Gebiete des heutigen Serbien brachten.

Die mittelalterliche Literatur trug, vergleichbar jener in anderen Teilen Europas, überwiegend religiösen und didaktischen Charakter. Zu den herausragenden Werken dieser Zeit zählen das Miroslav-Evangelium aus dem 12. Jahrhundert sowie die Werke des **Heiligen Sava** von Serbien, der neben Heiligenviten auch das erste serbische Gesetzbuch verfasste. Einen wichtigen Platz in der mittelalterlichen Literatur nahmen heroische Werke ein, die entweder die Herrscher dieser Epoche glorifizierten und/oder über die Kämpfe gegen die Osmanen berichteten. Die osmanische Eroberung Serbiens 1459 bildete die zentrale Zäsur im Kulturschaffen des Landes. Während nach der osmanischen Eroberung ältere literarische Formen die serbische Literatur dominierten, kam es im 18. Jahrhundert zur so genannten Wiedergeburt des literarischen Schaffens.



*Vuk St. Karadžić (gemeinfrei)*

Ein großer Aufklärer dieser Zeit war **Dositej Obradović** (um 1739-1811), dessen Tätigkeit wegweisend für die künftige Entwicklung war. Auf zahlreichen Reisen erwarb sich Obradović eine europäische Bildung und konnte so seinem Volk ein neues weltlich-bürgerliches Bildungsideal und -programm vermitteln. Er war Schriftsteller, Philosoph, Pädagoge, Volksaufklärer und Gründer der Universität Belgrad. Er gehörte zu den beachtenswertesten und einflussreichsten Persönlichkeiten der serbischen Kultur im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelten sich durch den Einfluss Europas zahlreiche literarische Strömungen in Serbien (Klassizismus, Empfindsamkeit, Realismus), am bedeutendsten war jedoch die Romantik, in der die Ideen und das Wirken von **Vuk Stefanović Karadžić** (1787 - 1864) einerseits und der Befreiungskampf gegen die Osmanen andererseits prägend waren. Vuk Karadžić war ein serbischer Philologe, Sprachreformer

der serbischen Schriftsprache, Ethnologe, Dichter und Übersetzer. Die Serbischen Aufstände zu Beginn des 19. Jahrhunderts brachten Serbien schrittweise seine Eigenständigkeit zurück. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigte sich eine Rückkehr zum Realismus, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch modernistische Tendenzen ersetzt wurde (Symbolismus, Expressionismus, Surrealismus).



*Ivo Andrić (Quelle: Regierung der Republik Serbien, gemeinfrei)*

Während der Nachkriegszeit folgte ein Teil der Schriftsteller den Forderungen des Kritischen Realismus, andere hingegen entwickelten ihre individuelle Note in der Literatur, wie zum Beispiel Miodrag Pavlović (\*1928). Einen herausragenden Beitrag leistete der Romancier, Erzähler, Dichter und Essayist **Ivo Andrić (1892 - 1975)**, der ein jugoslawischer Schriftsteller, Diplomat und Politiker war. Für seine literarischen Verdienste erhielt Andrić zahlreiche Ehrungen durch den jugoslawischen Staat. Andrić wurde 1961 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet. Heute wird er sowohl von Serbien als auch von Bosnien und Herzegowina (Geburtsland) und Kroatien gewürdigt, obwohl sein politisches Wirken beziehungsweise die politische Instrumentalisierung seines Werks nicht immer unumstritten ist.

Zu den bedeutendsten serbischen Gegenwartsauteuren (bekannt auch im deutschsprachigen Raum) zählen: **Miloš Crnjanski (1893-1977)**, **Danilo Kiš (1934-1989)**, **Bogdan Bogdanović (1922-2010)**, **Sreten Ugričić (\*1961)**, **László Végel (\*1941)** und **Biljana Srbljanović (\*1970)**.

Alljährlich im Januar wird die prominenteste Literaturauszeichnung, der sog. **NIN-Preis** (Ninova nagrada) vergeben. 1954 wurde dieser vom Belgrader Wochenmagazin **NIN** etabliert. Eine aus prominenten Autoren zusammengesetzte Jury vergibt den Preis an den als besten im Vorjahr veröffentlichten serbischen Roman.

Ebenfalls jährlich findet die **Belgrader Buchmesse** statt, eine der ältesten und bedeutendsten Buchmessen der Region. In den Hallen der Belgrader Messe präsentieren auf 30.000 qm Verlag aus Serbien und den Nachbarländern ihre neuesten Veröffentlichungen. Für Aufregung sorgte im August 2018 die Entscheidung der Messeleitung, den traditionellen Platz für den Stand eines renommierten Buchverlags dem Verlags "Großserbien" des ultranationalistischen Politikers und verurteilten Kregsverbrechers Vojislav Šešelj, der ausschließlich Schriften von Šešelj publiziert, zu überlassen. Kritiker sahen die Entscheidung als Teil einer Tendenz hin zur Provinzialisierung der Buchmesse unter der der Regierungspartei SNS nahestehenden Messeleitung.

Serbien verfügt über eine lange und reiche Theater-Tradition mit zahlreichen On- und Off-Theatern in Belgrad und anderen Städten. Zu den prominentesten und ältesten **Schauspielhäusern** in Serbien und der weiteren Region zählt das **Serbische Nationaltheater**, das im Jahr 1861 begründet wurde. Auf zahlreichen Festivals präsentiert sich das serbische und internationale Theater.

Das prominenteste unter ihnen, das **Belgrade International Theatre**

**Festival** (BITEF) wurde bereits im Jahr 1967 begründet. Es gehört damit zu den ältesten Festivals weltweit und hat sich über die Jahre zu einem der bedeutendsten und größten Theaterfestivals in Europa entwickelt. Diesen September feierte das BITEF sein 50-jähriges Bestehen. Es bleibt auch nach fünf Jahrzehnten seiner Tradition verpflichtet, kontroverse politische Themen in den Mittelpunkt des Festivals zu stellen. Dieses Jahr sind das vor allem die europäische Flüchtlingskrise und die Krise der EU. Eine noch längere Tradition hat das seit 1956 in Novi Sad jährlich stattfindende Theaterfestival **Sterijino pozorje**.

Unter den verschiedenen Museen in Serbien bietet das **Nationalmuseum** in Belgrad die bei weitem umfangreichste und bedeutendste Sammlung. Diese umfasst die gesamte Kunstgeschichte von der Antike bis zum 20. Jahrhundert. Die etwa 400.000 Exponate umfassen die bedeutendsten Maler und Bildhauer Serbiens, aber auch Werke bedeutender europäischer Maler wie Renoir, Monet, Toulouse-Lautrec oder Picasso. Nach 15-jähriger Renovierung fand erst im Juni 2018 die **Wiedereröffnung** des Museums statt. Ebenfalls nach Schließung zwecks Renovierung eröffnete im Herbst 2017 nach zehn Jahren wieder das **Museum für Gegenwartskunst**. Mit über 8.000 Exponaten beherbergt es die weltweit größte Sammlung jugoslawischer Kunst.



*serbische Streichinstrument  
Gusle (Quelle: © ninam, CC BY-  
SA 3.0)*

Die Musik in Serbien kann auf eine reiche Geschichte zurückblicken. Die ältesten musikalischen Zeugnisse gehen auf rituelle Lieder und Tanzmelodien der **Slawen** zurück, die im 7. Jahrhundert auf den **Balkan** kamen. Seit dem 10. Jahrhundert prosperierte die geistliche Musik, die überwiegend durch die byzantinische Kunst beeinflusst wurde. Im Hochmittelalter verbreitete sich die epische Dichtung, die von umherreisenden Minnesängern an fürstlichen Höfen dargebracht wurde. Die klassische Musik entstand in Serbien im 19. Jahrhundert, nicht zuletzt Dank der Tätigkeit des Komponisten **Stevan Stojanović Mokranjac (1856-1914)**, der die europäischen Traditionen mit kirchlicher Musik und Volksmelodien vereinte. Nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte ein Umschwung in Richtung Modernismus mit den jungen Komponisten **Petar Konjović (1883-1970)** und **Stevan Hristić (1885-1958)**. In Serbien gibt es eine lange Folklore-Tradition, die besonders in der Form der Blasmusik unter dem Namen **Balkan Brass** (auch: Gypsy Brass) international bekannt geworden ist und deutliche Einflüsse der jahrhundertelangen Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich zeigt. Balkan Brass entstand im 19. Jahrhundert vor allem aus österreichischer und türkischer Militärmusik sowie serbischer und Roma-Volksmusik. Häufig werden auch Einflüsse anderer Musikrichtungen, wie z. B. **Klezmer** integriert. Diese Einflüsse sind auch im Turbo Folk hörbar, der in Serbien und anderen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien die Populärmusik mitbestimmt. In traditionalistischer serbischer Musik findet v. a. das Akkordeon Verwendung. Für die traditionelle, insbesondere rurale Musik werden hauptsächlich Nationalinstrumente wie z.B. die Gusle verwendet.

In Serbien hat sich eine reichhaltige Independent-Musikszene entwickelt, die an die Jugendszenen im ehemaligen Jugoslawien

anknüpfen kann, welche zur Zeit des Milošević-Regimes zurückgedrängt worden waren. Darunter befinden sich Electronica-Acts wie Darkwood Dub oder Indierock-Combos wie die Partibrejkers. Die größten jährlich stattfindenden Musikfestivals in Serbien sind das **Trompeten-Festival** „Dragačevski sabor trubača“ in Guča und das „**Pop-Festival Exit**“ in Novi Sad. 2007 belegte Serbien den 1. Platz bei dem **Eurovision Song Contest** mit dem Lied „Molitva“ (Das Gebet) von Marija Šerifović. Einen Erfolg mit 2. Platz erzielte schon der Einheitsstaat Serbien und Montenegro im Jahr 2004 in diesem Wettbewerb mit dem Lied „Lane moje“ (Mein Lämmchen) von Željko Joksimović. Bekannte serbische Sänger und Sängerinnen sind unter anderem **Đorđe Balašević**, **Lepa Brena**, **Željko Joksimović** und **Ceca**.

Die Architektur in Serbien spiegelt die vielfältige Geschichte des Landes wider. Bedeutend ist die byzantinische Baukunst, vor allem in den zahlreichen serbischen Klöstern, von denen einige in die **Weltkulturerbeliste der UNESCO** aufgenommen wurden. Als wichtigsten Mäzenen der Architektur traten insbesondere die Mitglieder der mittelalterlichen Nemanjiden Herrscherdynastie auf. Seit der Errichtung der Grabeskirche des dynastischen Gründers Stefan Nemanja im **Kloster Studenica** wirkten alle weiteren serbischen Könige als Förderer der Künste und insbesondere der religiösen Architektur. Ein großer Teil der serbischen Klöster wurde im Mittelalter erbaut. Neben religiösen Bauwerken ragen zahlreiche Wehrbauten heraus, die mit den Festungen **Golubac** und **Smederevo**, der Stadtmauer von Kotor und der **Festung von Belgrad** zu den herausragenden Wehrbauten der Zeit zählen. Weitere vorherrschende Baustile in Serbien sind der Barock im Norden des Landes und der orientalische Baustil in Sandschak. Vor allem in der Hauptstadt Belgrad finden sich auch zahlreiche Bauten der Zwischenkriegszeit im Stile der **Moderne**, insbesondere des Art Deco.

#### Gedenken an den 1. Weltkrieg

Ein wichtiges Thema in der serbischen Kulturszene stelle 2014 der hundertste Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkriegs wie des auslösenden Attentats von Sarajevo dar. Dabei spiegelten die kulturellen Verarbeitungen des historischen Ereignisses das nationalistische Erbe der jüngsten Geschichte und die daraus resultierende Spaltung des historischen Erinnerens zwischen nationaler Geschichtsschreibung und kritischer Erinnerung wider. So gedachte am Jahrestag des Attentats, dem 28. Juni die Führung Serbiens und der Republika Srpska im Ostbosnischen Visegrad dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, getrennt von den internationalen Feierlichkeiten in Sarajevo. Ort der **serbisch-national gefärbten Gedenkveranstaltung** war Andrićgrad - eine vom politisch kontroversen Regisseur Emir Kusturica konzipierte Nachbildung der mittelalterlichen Stadt Višegrad entsprechend dem Roman Die Brücke über die Drina von Ivo Andrić. Der muslimische Regisseur Kusturica war infolge der Balkankriege zum serbisch-orthodoxen Glauben übergetreten und ist zu einer Ikone der nationalistischen serbischen Kulturszene aufgestiegen.

Im Kontrast zum nation-verkitschten Andrićgrad hat die serbische Schriftstellerin und Dramaturgin zusammen mit dem Sarajevoer Theaterregisseur Dino Mustafić das Theaterstück "**Mali je ovaj grob**" (Dieses Grab ist klein) auf die Bühne gebracht, welches sich kritisch mit der Generation der jungen serbischen Attentäter von Sarajevo auseinandersetzt.

#### Novi Sad europäische Kulturhauptstadt

Serbiens Provinzhauptstadt Novi Sad wird im Jahr 2021 europäische Kulturhauptstadt sein. 2016 wählte die Europäische Kommission mit der Hauptstadt der Vojvodina erstmals eine Stadt in einem Land außerhalb der EU, nachdem die Kommission 2014 das Programm für die Beitrittskandidatenländer des Westlichen Balkans geöffnet hatte. Novi Sad teilt den Titel 2021 mit Timișoara in Rumänien und Eleusis in Griechenland.

# Nationalistische Kontroverse um den Literaturnobelpreis für Peter Handke

Die **Verleihung des Literaturnobelpreises 2019** an den österreichischen Schriftsteller mit südslawischen Wurzeln Peter Handke führte zu politischen Protesten in der Region Westbalkan wegen dessen Rolle in den Balkankriegen der 1990er Jahre, und zu verbalen Scharmützeln zwischen serbischen Regierungsvertretern und Politikern aus den Nachbarländern. Handke hatte sich in den Kriegen auf Seiten Serbischer Politik gestellt, u.a. den Genozid von Srebrenica negiert und war bei der Beerdigung des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević aufgetreten.

Gegen die Entscheidung des Nobelkomitees protestierten v.a. nicht-serbische Opferverbände aus Bosnien-Herzegowina, sowie Intellektuelle aus verschiedenen Balkanländern und dem Westen. Die Botschafter der Ländern Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Kosovo, Nordmazedoniens und Albanien **boykottierten die Verleihung in Oslo**, was vom serbischen Kulturminister Vladan Vukosavljević mit „serbenfeindlichen Motiven“ erklärt wurde. Kosovo und das Kanton Sarajevo erklärten Handke zur persona non grata, letztere Entscheidung wurde vom serbischen Verteidigungsminister Aleksandar Vulin scharf kritisiert, der zugleich die bosnische Hauptstadt als Hort der Islamismus verunglimpfte. Zuvor hatte der serbische Präsident Aleksandar Vučić erklärt, Serbien habe nun zwei Literaturnobelpreisträger -Ivo Andrić und Peter Handke.

## Küche

Die **serbische Küche** wird zur so genannten Balkanküche gezählt. Das markanteste Merkmal dieser zum großen Teil ländlich geprägten Küche ist die große Auswahl von Grill- und anderen Fleischgerichten. Wesentlich beeinflusst wurde die serbische Küche von der griechischen, türkischen, österreichischen, ungarischen und italienischen Küche. Gerichte wie die Serbische Bohnensuppe (serb. Pasulj Čorba) bzw. Bohnen (Pasulj), Sarma (gefüllte Krautrouladen), das serbische Reisfleisch (serbisch: Đuveč), das Spanferkel (serb. Pečeno Prase) oder Ćevapčići sind zwar im ganzen Balkan in vielen Varianten anzutreffen, vor allem im deutschsprachigen Raum werden sie jedoch vereinfacht als Teil einer serbischen Kochkultur anerkannt.

Es gibt zahlreiche serbische Biere und Weine. Besonders groß ist die Vielfalt bei Schnäpsen und anderen hochprozentigen Getränken.

## Religion

Die überwiegende Mehrheit der Einwohner Serbiens sind **Christen**. Etwa 6,3 Millionen (ca. 84%) der Einwohner bekennen sich zur **serbisch-orthodoxen Kirche**, ferner gibt es noch religiöse Minderheiten, insbesondere **Katholiken**, **Protestanten** und einige wenige neuapostolische Christen. Etwa 3 % der Einwohner sind Muslime. Sie leben im südserbischen Sandschak, wo sie eine knappe Mehrheit bilden.

Der serbisch-orthodoxen Kirche kommt eine besondere Rolle in der Nationalgeschichte Serbiens zu. Nachdem das Gebiet des Königreichs Serbien mit seinem Zentrum im Kosovo im 14. Jahrhundert für mehrere Jahrhunderte unter die osmanische Herrschaft fiel, waren es die Autonomen genießenden orthodoxen Gemeinden mit ihrem geistigen Zentrum, dem Patriarchat von Peć, welche zum Bewahrer serbischer Kultur und volkstümlicher Erzählung wurden. Daraus bildete sich im 19. Jahrhundert in der aufkommenden Nationalbewegung und nationalen Geschichtschreibung eine enge Verknüpfung von Nation und Religion, von nationalen Bewegungen und orthodoxer Kirche. Im ethnisierenden Zerfall Jugoslawiens, die die Befreiung der Kirchen von den kommunistischen

Gängelung und Reglementierung bedeutete, ging die orthodoxe Kirche eine unheivolle Allianz mit dem serbischen Nationalismus der 1990er Jahre ein. Dies führte die Kirche, größere Teile ihrer Würdenträger bis hin zur Legitimierung ethnischer Kriegsführung und Gewalt. Zugleich wurde die Kirche die führende Kraft einer konservativen Re-Traditionalisierung der serbischen Gesellschaft. In den letzten Jahren hat sich der politische Einfluss der Kirche relativiert, diese konzentriert sich wieder stärker auf ihre traditionelle gesellschaftliche Rolle.

Im Allgemeinen herrscht in Serbien **Religionsfreiheit**. Die serbische Verfassung und Gesetze erkennen allerdings nur 7 „traditionelle“ Konfessionen an, woraus eine gewisse Diskriminierung anderer religiöser Gruppen und ihrer Angehöriger resultiert, etwa bei der Registrierung von Religionsgruppen – ein Bereich, in dem es jüngst Fortschritte gegeben hat. Zugleich genießt die Serbisch-Orthodoxe Kirche eine klare Bevorzugung gegenüber anderen Konfessionen. Der jüngste Bericht des US-amerikanischen State Department über Religionsfreiheit für **2019** bescheinigte Serbien insgesamt ein zufriedenstellendes Niveau an religiösen Freiheiten. Allerdings notierte er Fälle von Alltagsdiskriminierung etwa gegen Zeugen Jehovas auch durch die Polizei, welchen von den Behörden nur teilweise konsequent nachgegangen wird.

# Alltag & Praktische Informationen

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Vor der Reise nach Serbien sollte man sich über Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen sowie die Gesundheitsvorsorge informieren. Für das praktische Zurechtfinden im Alltag Serbiens empfiehlt sich außerdem eine gründliche Vorbereitung in Fragen der Sicherheit, Infrastruktur und Kommunikation.



(Quelle: © JuJu939 , CC BY-SA 3.0)

## Währung

serbische Dinar

## Wechselkurs

117,210 RSD pro € (Dezember 2020)

## Zeitzone

MEZ

## Landesvorwahl (Telefon)

+381

## Klima (für Hauptstadt)

kontinental

## Aktuelle Corona-Einschränkungen

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands und eines weitreichenden Lockdowns Mitte März sind weitreichende Einschränkungen im Alltag in Serbien verbunden.

Ein- und Ausreisen nach/von Serbien sind nicht möglich, da die Grenzen – außer für den Warenverkehr – geschlossen sind und ebenso die internationalen Flughäfen – außer für Hilfsgüterlieferungen. Ausländische Bürger mit Aufenthaltsstatus können einreisen, müssen sich aber dann in eine 14-tägige Quarantäne (28 Tage für Ausländer aus sogenannten Hochrisikostaaten) begeben. Innerhalb Serbiens gelten weitreichende Ausgangsbeschränkungen. Für Menschen über 65 besteht eine fast komplette Ausgangssperre, für alle anderen nachts. Der öffentliche Nah- und landesweite Verkehr ist eingestellt. Der Besuch von Parks und öffentliche Plätzen ist verboten, ebenso Gruppenbildungen von mehr als zwei Personen. Schulen und alle anderen öffentlichen Einrichtungen sind geschlossen ebenfalls alle Einzelhandelsgeschäfte mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften und Apotheken.

Deutsche Staatsbürger können sich beim **Auswärtigen Amt** über die aktuellen Entwicklungen informieren.

### Aufhebung fast aller Maßnahmen

Mit dem rapiden Absinken der Infektionszahlen wurden Anfang Mai fast alle Einschränkungen wieder aufgehoben. Seit 4. Mai sind die weitgehenden Ausgangssperren komplett aufgehoben, seit 6. Mai der Ausnahmezustand. Die Grenzen wurden für den Personenverkehr wieder geöffnet, das Vorweisen eines aktuellen Coronatests ist seit dem 22. Mai entfallen, womit die Ein- und Durchreise wieder ohne Einschränkungen möglich ist. Reisende erhalten an der Grenze ein zweisprachiges Informationsblatt über die zu beachtenden Pandemiemaßnahmen. Alle Geschäfte, Hotels und Gaststätten sind wieder geöffnet, Veranstaltungen mit bis zu 1.000 Personen wieder erlaubt. Der Nah- und Fernverkehr rollt seit dem 8. Mai wieder, der Flughafen Belgrad wurde wieder hochgefahren, die Anzahl der Flüge von und nach Deutschland bleibt allerdings deutlich unter dem Niveau von vor der Krise. Während die Abstandsregel weiter gilt, gibt es keine Maskenpflicht.

### Neue Einschränkungen

Aufgrund des erneuten Ansteigens der Fallzahlen seit Ende Juni wurden die **Maßnahmen** zur Eindämmung der Pandemie wieder verschärft, auch wenn vom ursprünglichen Plan der Wiedereinführung von Ausgangssperren abgesehen wurde. In Belgrad und mehreren anderen Städten und Gemeinden wurde die Ausnahmesituation erklärt. Großveranstaltungen sind nun wieder verboten, in ganz Serbien dürfen sich höchstens zehn Personen im Freien oder in geschlossenen Räumen versammeln. Eine Distanz von 1,5 Metern ist einzuhalten. Im öffentlichen Personenverkehr, in Geschäften, Einkaufszentren, Cafés, Restaurants und Nachtclubs usw. besteht die Pflicht, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und soziale Distanz zu wahren. Auch bei Aufenthalten im Freien ist ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen, wenn es nicht möglich ist, den Mindestabstand einzuhalten.

## Einreise und Aufenthalt



*(Quelle: Wikipedia; public domain, basierend auf einer UN-Karte)*

Die Ein- und Ausreise nach bzw. aus Serbien in Richtung Westeuropa erfolgt in der Regel über den Luftweg, über den Flughafen Belgrad sowie über den Landweg – entweder über eine der Autobahnen bzw. autobahnähnlichen Straßenverbindungen, die das Land mit Kroatien und Ungarn im Norden bzw. Westen verbinden, oder alternativ mit dem Zug. Daneben gibt es Busverbindungen nach Westeuropa. Für deutsche Staatsbürger besteht keine Visumpflicht und seit 2010 ist auch die Einreise mit Personalausweis möglich. Damit besteht ein Aufenthaltsrecht von 3 Monaten. Für längere Aufenthalte oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist die Beantragung eines Einreisevisums bei einer der serbischen diplomatischen Vertretungen vor Reiseantritt notwendig. Ausländer müssen innerhalb von 24 Stunden ihren Aufenthaltsort polizeilich anmelden, bei Hotelaufenthalten wird dies vom Hotel

übernommen.

Nähere und tagesaktuelle Informationen zu [Einreise-](#), Zollbestimmungen und Sicherheitshinweise finden sich auf der [Landesseite des Auswärtigen Amts](#) sowie der Website der [Konsularvertretungen der Republik Serbien](#) in Deutschland.

## Wohnen

In Belgrad und den meisten größeren Städten Serbiens haben sich die Mietpreise für Wohnungen (und Häuser) in den letzten Jahren deutlich erhöht. Sie liegen aber auch in der Hauptstadt noch deutlich unter vergleichbaren Preisen in Deutschland (lediglich Luxuswohnungen in ganz zentraler Lage nähern sich den deutschen Preisen an). Die Wohnungssuche läuft über Mundpropaganda, Immobilienagenturen sowie zunehmend über entsprechende Portale im [Internet](#). Die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas ist mittlerweile in der Regel unproblematisch.

Ausländer können in Serbien [Immobilieigentum](#) erwerben, und zwar unabhängig davon, ob sie im Land erwerbstätig sind oder nicht. Rechtlich unklar ist, ob Ausländer, welche nicht in Serbien erwerbstätig sind, im Land Grundbesitz zum Zweck des Hausbaus erwerben können oder nicht.

## Geld

Offizielle Währung in Serbien ist der [Dinar \(RSD\)](#). Es gibt Banknoten zu 10, 20, 50, 100, 200, 500, 1.000 und 5.000 Dinar. Münzen sind seit 2008 nicht mehr im Umlauf. Der [Umrechnungskurs](#) liegt bei etwa 120 Dinar pro Euro. Der Euro ist in Serbien nicht als Zahlungsmittel zugelassen.

Neben einheimischen Banken ist in Serbien auch eine größere Zahl ausländischer Banken, allen voran aus Österreich und Russland, vertreten.

Kreditkarten können in größeren Geschäften und internationalen Ketten als Zahlungsmittel verwendet werden. Die [Geldversorgung](#) über EC-Karte ist in den mittleren und Großstädten und in touristisch erschlossenen Gebieten gewährleistet. Darüber hinaus ist zu empfehlen, ausreichend Bargeld mit sich zu führen.

Banken haben in der Regel von Montag bis Freitag von 8 bis 19 Uhr und Samstag von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

## Reisen und Verkehr

Reisen durch Serbien mit [öffentlichen Verkehrsmitteln](#) sind sowohl mit Bahn als auch Bus möglich. [Bahnnetz](#) und Züge sind zum Großteil veraltet. Der Bau einer Schnellbahntrasse ist geplant. Wesentlich besser und komfortabler ausgebaut ist das Busnetz. Lokale/regionale Busse fahren in Serbien praktisch jedes Dorf an. Besonders bei überregionalen Reisen bieten sich die

Langstreckenbusse an, die komfortabler und in der Regel schneller sind als die Bahn.

Serbien hat ein gut ausgebautes Straßennetz. Eine Autobahn durchzieht das Land von der kroatischen Grenze über Belgrad in den Süden bis fast zu serbisch-mazedonischen Grenze. Weitere Autobahnausbauten, etwa von Belgrad über Novi Sad bis zur ungarischen Grenze im Norden, sind geplant oder bereits im Bau. Daneben gibt es autobahnähnlich ausgebaute Straßen. Die Benutzung dieser beiden Straßenformen ist Mautpflichtig. Bezahlt werden kann mit Kreditkarte oder Bargeld (Dinar und – mit erheblichem Aufschlag – auch in Euro). Mautpflicht besteht in Serbien auf folgenden Straßen: E-75 Belgrad-**Novi Sad**, E-70 **Novi Sad-Feketić-Subotica**, E75 **Belgrad-Niš**, E75 **Niš-Leskovac** und E70 **Belgrad-Šid**.

Nachtfahrten durch Serbien erfordern höchste Aufmerksamkeit, da aufgrund der schlechten Qualität von Straßenbelag sowie Straßen- und Kfz-Beleuchtung ein erhöhtes Risiko besteht.

Für ausländische Autofahrer in Serbien wird dringend empfohlen, sich strikt an die **Straßenverkehrsregeln** zu halten und insbesondere die Geschwindigkeitsbegrenzungen und Überholverbote zu beachten. Die geltenden Höchstgeschwindigkeiten sind auf Landstraßen 80 km/h und auf Autobahnen 120 km/h. Die Promillegrenze in beträgt 0,3. Verstöße gegen die Verkehrsordnung werden abhängig von der Schwere des schuldhaften Verhaltens mit empfindlichen Strafen bis hin zu mehrjährigem Freiheitsentzug geahndet. Bei jedem Unfall muss in Serbien die Polizei gerufen werden, die ein Schadensprotokoll anfertigt, das für Versicherungszwecke und ggf. Zollverfahren bei der Ausreise unerlässlich ist. Deutsche Autofahrer können in Serbien fahren mit einem nationalen deutschen Führerschein in den bestehenden drei Ausführungen (grauer Pass, rosaroter Ausweis oder Führerschein im Kartenformat). Der Besitz eines internationalen Führerscheins ist nicht erforderlich. Benötigt wird für deutsche Fahrzeuge die grüne Versicherungskarte; auf dieser muss die Länderangabe "SRB" auf der Karte eingetragen sein.

Infolge des Jahrhunderthochwassers vom Mai 2014 sind 3.500 Kilometer Straßen und 30 Prozent des Schienennetzes beschädigt worden. Autobahnen und die internationalen Eisenbahnverbindungen sind davon allerdings nicht betroffen. Reisende, die sich abseits dieser Verbindungen mit Auto oder Bahn in Serbien bewegen wollen, sollten sich deshalb unbedingt vor Reiseantritt bei den örtlichen Behörden über den Zustand der Verkehrsverbindungen informieren.

In Serbien eignet sich der Luftweg nur beschränkt für inländische Reisen. Das Land verfügt akutell nur über zwei funktionsfähige Flughäfen - den **Belgrader Hauptstadtflughafen Nikola Tesla**, der 18 km vor der Stadt liegt, und den **Flughafen Konstantin der Große** in der südserbischen Stadt Niš. In Serbien gibt es nur eine nationale Fluggesellschaft, die **Air Serbia**, die seit 2013 zu 49 Prozent der **Etihad Airways** aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört. Flugverbindungen von und nach Deutschland bestehen mit dem Flughafen Belgrad; außerdem fliegen mehrere Billigfluglinien den Flughafen Niš aus mehreren deutschen Städten an.

Das Reisen auf dem Schiffsweg, d.i. vor allem auf der Donau eignet sich in erster Linie für touristische Zwecke. Wichtigster Ausgangspunkt für Schifffahrten ist der **Hafen Belgrad**.

Für **touristische Reisen** durch Serbien bieten sich zahlreiche Routen und Ziele an. Am interessantesten für Städtereisende sind die Hauptstadt **Belgrad** sowie die Hauptstadt der Provinz Vojvodina, **Novi Sad**. Die Vojvodina selber lädt als Kulturlandschaft, welche in vielem dem benachbarten Ungarn ähnelt, zum Besuch ein. Touristische Attraktionen sind auch Serbiens bekannte Nationalparks **Derdap** sowie der Stausee **Eisernes Tor** an der Grenze zu Rumänien. Serbiens Flusslandschaften gehören zu den wichtigsten touristischen Attraktionen des Landes, neben der Donaulandschaft locken die Flusstäler der **Drina** an der Grenzen zu Bosnien-Herzegowina zum Besuch. Zum Wandern und Skifahren eignen sich in Serbien am besten die Gebirge **Kopaonik** und **Zlatibor**. Die wichtigsten kirchlichen Bauwerke der Serbisch-Orthodoxen Kirche liegen im heute unabhängigen Kosovo.

# Kinder

Serbien ist eine kinderfreundliche Gesellschaft. Familien mit Kindern werden daher überall bevorzugt behandelt.

Gerade in den größeren Städten gibt es ein reichhaltiges Freizeitangebot für Kinder. Die Hauptstadt Belgrad bietet Kindern neben einem Kinderkulturzentrum und verschiedenen Kinder- und Puppentheatern den **Belgrader Zoo**. In verschiedenen serbischen Städten finden regelmäßig Kindertheaterfestivals statt, so etwa in Novi Sad, Subotica, Pančevo, Jagodina u.a.

Serbien verfügt über ein ausgebautes Netz an staatlichen Kindergärten. V.a. in der Hauptstadt Belgrade gibt es mittlerweile außerdem eine Vielzahl an privaten Einrichtungen der vorschulischen Erziehung.

In der Hauptstadt gibt es die **Deutsche Schule Belgrad** (DSB) welche einen Kindergarten, eine Vor- und Grundschule sowie ein Gymnasium umfasst. Bei der DSB handelt es sich um eine von der Kultusministerkonferenz der Länder und dem serbischen Bildungsministerium anerkannte deutsche Auslandsschule. Sie bietet einen Hauptschul- und Realschulabschluss und führt zum Abitur.

# Sicherheit

Serbien ist ein relativ **sicheres Reiseland für Ausländer**. Allerdings ist es angebracht, gewisse **Grundregeln** zu beachten. So sollten Fahrzeuge wegen häufiger Diebstähle und Aufbrüche möglichst nur in verschlossenen Garagen oder auf bewachten Parkplätzen abgestellt werden. Im geparkten Fahrzeug sollten keine Reisedokumente oder Wertsachen oder anderes Gepäck zurückgelassen werden. Polizisten in Serbien sprechen in der Regel weder Englisch noch Deutsch, so dass es bei Bedarf notwendig sein wird, einen Dolmetscher hinzuzuziehen.

In früheren Jahren hat das **Auswärtige Amt** von Reisen in den mehrheitlich serbisch bewohnten Nordkosovo gewarnt. Zwar hat sich mittlerweile infolge des politischen Dialogs zwischen Serbien und dem Kosovo die Sicherheitslage in dieser Region weitgehend beruhigt, zukünftige Eskalationen können aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Von Fahrten in den Nordkosovo und die Grenzregion ist daher abzuraten.

Für Deutsche, insbesondere Entsandte, die sich längere Zeit in Serbien aufhalten, bietet sich an, ihre persönlichen Daten (und die der mit ausgereisten Angehörigen) in der Krisenvorsorgedatenbank **ELEFANT** des Auswärtigen Amts zu registrieren.

# Gesundheit



*Apotheke in Belgrad (Quelle: © Dzajic-Weber)*

Eine medizinische Versorgung in Serbien entspricht im Schnitt nicht dem deutschen Standard. Auch Krankenhäuser verfügen oft nicht über die adäquate Ausstattung oder können nicht alle Krankheitsbilder angemessen medizinisch versorgen. Die Hygiene ist unzureichend. Die Ausnahme bildet in der Hauptstadt Belgrad wie in einigen anderen Großstädten (Novi Sad, Nis) eine Zahl an öffentlichen und privaten Kliniken und Praxen.

Serbische Einrichtungen erheben für die Behandlung von Ausländern

erheblich höhere Gebühren als für serbische Staatsbürger. Eine kostenlose Behandlung auf Auslandskrankenschein („JU-6“) ist nur in staatlichen Krankenhäusern möglich. In Serbien gibt es ein ausreichend dichtes Netz an Apotheken. Sie sind an Werktagen von 8 bis 20 Uhr und an Samstagen von 8 bis 15 Uhr geöffnet. Sonntags sind nur diensthabende Apotheken geöffnet.

Das Auswärtige Amt empfiehlt vor Antritt einer Reise nach Serbien **Impfungen** gegen Tetanus, Diphtherie und Hepatitis A, bei Langzeitaufenthalt über vier Wochen oder besonderer Exposition auch gegen Hepatitis B und Tollwut.

## Kommunikation

Das Telefon- und das Mobilfunknetz sind gut ausgebaut. Die Mobilfunkerreichbarkeit umfasst nahezu das ganze Land. Die beiden großen Mobilfunkanbieter sind **Telenor** (GSM 900/1800) und **Telekom Srbija a.d** (GSM 900).

Derzeit gibt es Roamingverträge mit Anbietern in Serbien von E-Plus, O2, T-Mobile und Vodafone.

Wichtige Telefonnummern: Notruf: 112, Polizei: 92, Feuerwehr: 93, Rettungsdienst: 94

ADAC-Auslandsstation in Serbien: (011) 42 27 07

Telefonauskunft (national): 988 oder 011988 (für die Region Belgrad) oder 011989

Landesvorwahl von Deutschland nach Serbien: +381

Landesvorwahl von Serbien nach Deutschland: +49

Das Internet ist auch in Serbien, insbesondere unter der jüngeren Generation mittlerweile weit verbreitet. Das Länderkürzel in Serbien ist „.rs“ (alt: .yu).

## Nützliche Informationen von A bis Z

### Arbeitszeiten

Die Regelarbeitszeit in Serbien ist von 8 bis 16 Uhr.

Behörden arbeiten i.d.R. von 8 bis 15 oder 16 Uhr.

### Begrüßung

Begrüßt wird in Serbien mit einem dreifachen Wangenkuss, der abwechselnd links und rechts gegeben wird – beginnend mit der linken Seite.

### Einkaufen

Einkaufen ist in Serbien, insbesondere in den größeren Städten kein Problem. Zahlreiche Lebensmittel- und Drogerieketten haben in den letzten Jahren nach Serbien expandiert. In den Großstädten entstehen immer mehr riesige Einkaufszentren.

Geschäfte haben in den größeren Städten durchgehend Montag bis Freitag von 8-19 Uhr und Sa 8-16

Uhr auf, Lebensmittelgeschäfte öffnen oft schon um 6 Uhr und schließen erst um 21 Uhr abends. In Kleinstädten haben Geschäfte in der Regel mittags für mehrere Stunden geschlossen. Die großen Einkaufszentren in den Metropolen sind i.d.R. durchgehend geöffnet.

In den meisten Städten gibt es neben Geschäften auch Lebensmittelmärkte, auf denen die Bauern der Umgebung ihre Produkte anbieten.

## Feiertage

Datum	Bezeichnung	Serbischer Name	Anmerkung
1. und 2. Januar	Neujahr	(Kalendarska) Nova Godina	Neujahr nach dem Gregorianischen Kalender
7. Januar	Weihnachten	Božić	Orthodoxes Weihnachten; 25. Dezember nach dem Julianischen Kalender
13. und 14. Januar	Serbisches Neujahr	Srpska Nova Godina	Orthodoxes Neujahr-Arbeitstag
15. Februar	Nationalfeiertag	Dan državnosti Srbije	1835: erste Verfassung Serbiens
Beweglicher Feiertag	Ostern	Uskrs (kirchlich: Vaskrs)	Arbeitsfrei von Freitag bis Dienstag
1. und 2. Mai	Tag der Arbeit	Praznik rada	
9. Mai	Tag des Sieges	Dan pobjede	Ende des Zweiten Weltkrieges 1945- Arbeitstag
28. Juni	St. Veitstag	Vidovdan	Tag der für das Vaterland gefallenen Serben- Arbeitstag
11. November	Tag des Waffenstillstands	Dan primirja	Ende des 1. Weltkriegs

Wenn ein staatlicher Feiertag auf den Samstag oder Sonntag fällt, ist der nächste Arbeitstag frei. Neben den arbeitsfreien **Feiertagen** gibt es noch andere kirchliche und nationale Feiertage, die nicht arbeitsfrei sind.

Zahlreiche Webseiten bieten Informationen zu den **serbischen Feiertagen** wie **Ostern**, sowie zu damit verbundenem **Brauchtum**.

### Medien

In Serbien gibt es eine Vielzahl an Fernseh- und Radiosendern sowie an überregionalen und lokalen Tages- und Wochenzeitungen. Verschiedene elektronische Medien bieten in den späten Abendstunden Nachrichten in englischer Sprache an.

Deutsche und englischsprachige Sender sind über Satellit überall zu empfangen.

In den großen Städten sind deutsche und andere internationale Tages- und Wochenzeitungen erhältlich.

Nachrichten und andere Informationen bieten diverse Internetmedien. Einige bieten auch einen englischsprachigen Nachrichtendienst an – so etwa der **Radio- und Fernsehsender B92**. Einen kommerziellen, englischsprachigen Pressespiegel bieten die **V.I.P. News**, die v.a. von Botschaften und internationalen Organisationen abonniert sind.

## Nachtleben

Serbien hat in den letzten Jahren einen Ruf durch sein **Nachtleben** gemacht. Die Hauptstadt **Belgrad** und **Novi Sad** locken durch ihr vielfältiges kulturelles Angebot. Zum Magnet für die Jugend der Nachbarländer (Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina) sind die beiden Städte aber vor allem durch die Klub- und Musikszene geworden, sowie durch verschiedene Festivals.



*Hauptpostamt Belgrad (Quelle:  
© Dzajic-Weber)*

### Post

Serbien verfügt über ein ausgebautes Postwesen. Postämter finden sich in allen größeren und kleineren Städten. Briefe ins europäische Ausland brauchen in der Regel einige Tage bis eine Woche. Der Brief- und Paketservice in Serbien wird von dem öffentlichen Unternehmen **Post Serbia** betrieben. Daneben existieren die üblichen internationalen Paket- und Postschnelldienste.

### Sport

Serbien ist eine sportbegeisterte Nation. Volkssport Nummer eins ist der Fußball mit seinen beiden Traditionsklubs **Roter Stern Belgrad** und **Partizan Belgrad**. Tennis ist in den letzten Jahren Dank des Weltranglistenersten **Novak Đoković** zur zweitbeliebtesten Sportart aufgestiegen. Andere beliebte Sportarten, in denen serbische Sportler und Mannschaften internationale Konkurrenz standhalten, sind Basketball, Handball und Leichtathletik.

### Sprache

Amtssprache in Serbien ist **Serbisch**, es gilt das kyrillische und das lateinische Alphabet. Um sich in der Hauptstadt Belgrad und in Zentral- und Südserbien zumindest orientieren zu können, empfiehlt es sich bei längeren Aufenthalten, sich das kyrillische Alphabet anzueignen. Hilfreich sind außerdem diverse **Online-Wörterbücher**. In den großen Städten wird in Hotels und Restaurants Englisch gesprochen. Vor allem die jüngere Generation spricht Englisch. Aufgrund der Arbeitsmigration nach Deutschland, Österreich und die Schweiz seit den 1960er Jahren sprechen viele Menschen auch Deutsch.

### Stromversorgung

Die Stromversorgung ist in Serbien in allen Landesteilen stabil. Standard sind 220 V und 50 Hz, sowie die in Deutschland üblichen **Stecker- und Steckdosentypen F** („Schuko“-Stecker) und **C** (Eurostecker).

### Wasser

Die Wasserversorgung ist in den Großstädten und allermeisten kleineren Städten normal. Aufgrund des veralteten Zustands der Wasserleitungen und der schlechten Wasserqualität wird jedoch dringend davon abgeraten, Leitungswasser zu trinken. Mineralwasser ist überall käuflich erhältlich.

### Zoll

In Serbien bestehen für folgende Warengruppen  
Mengenbeschränkungen bei der zollfreien Einfuhr: Alkoholika - 2 l  
Wein oder 1 l Spirituosen über 22%, Tabakwaren - 200 Zigaretten  
oder 50 Zigarren oder 250 g Rauchtabak, 1 Parfüm oder Eau de  
Toilette.

Haustiere dürfen nur mit gültigem Gesundheits- und Impfnachweis  
eingeführt werden.

Devisen dürfen unbegrenzt eingeführt und bis zu einem Betrag von  
10.000,- Euro wieder ausgeführt werden. Beträge von über 10.000,-  
Euro sind bei der Einreise unbedingt beim Zoll anzumelden; der  
entsprechende Beleg ist bis zur Ausreise aufzubewahren. Nicht  
angegebene Devisen werden bei der Ausreise beschlagnahmt.  
Dinare dürfen bis zu einem Gegenwert von 10.000,- Euro ein- und  
ausgeführt werden, eine größere Summe darf nur eingeführt werden,  
wenn sie bei einer ausländischen Bank gekauft und dies durch  
Belege nachgewiesen werden kann.

Ausführliche Informationen bietet die [Webseite der Zollbehörde  
Serbiens](#).

## Nützliche Adressen

**Botschaft der Bundesrepublik Deutschland**

**Belgrad**

Neznanog junaka 1 a, 11040 Belgrad

Tel.: +381 11 3064-300

Fax: +381 11 3064-303

Öffnungszeiten:

08.00 - 16.00 Uhr (freitags 08.00 bis 14.00 Uhr)

Rechts- und Konsularreferat

(auch Visastelle)

Birčaninova 19a, 11000 Belgrad

Tel.: +381 11 3064-400

Fax: + 381 11 3064-402

**Botschaft der Republik Serbien Berlin**

Taubertstr. 18, 14193 Berlin

Tel.: 030 8957700

Öffnungszeiten:

08.30 - 16.30 Uhr

## BMZ: Zusammenarbeit mit Serbien



*Bei einem Besuch eines Kinder- und Jugendzentrums informiert sich Bundesentwicklungsminister Gerd Müller über die Lage der Roma in Serbien. © Thomas Trutschel/photothek.net*

[Länderdarstellung](#) des BMZ mit entwicklungspolitischen Daten sowie einem Überblick zur aktuellen Situation und Zusammenarbeit.

## Die GIZ in Serbien



Informationen über die Struktur und die Arbeit der [GIZ in Serbien](#)

## Trainingsangebote der Akademie

Die [Akademie der GIZ](#) gestaltet Lernangebote für die internationale Zusammenarbeit. Wir führen mehr als 2000 Fort- und Weiterbildungen durch und entwickeln innovative, wirksame und nachhaltige Lernkonzepte. Und das weltweit.

> Angebote aus dem [Weiterbildungskatalog](#)

Bei allen Fragen rund um das Fort- und Weiterbildungsprogramm der Akademie helfen wir Ihnen gerne weiter.

> Wir freuen uns über Ihre [Anfragen!](#)

## Kontakt

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Länderbeitrag oder zum LIPortal insgesamt. Richten Sie Ihre Anfrage an:

Rolf Sackenheim  
(Akademie für Internationale Zusammenarbeit)

[Zum Kontaktformular](#)